



**Gesellschaft zur Rechtlichen und  
Humanitären Unterstützung e.V.  
Der Vorstand**

# **Information**

**Nr. 4 / 2018**

**Wahrheiten und Lügen**

*Eine aktualisierte Wortmeldung  
zum 17. Juni 1953*

**Für Mitglieder, Sympathisanten und Interessierte**

Berlin, Mai 2018



<b><u>Inhalt</u></b>	<b><u>Seite</u></b>
Vorwort	4
1. Zum Platz und zur Funktion des 17. Juni 1953 in der Erinnerungs“kultur“ der BRD	6
2. Zur internationalen und nationalen Lageentwicklung am „Vorabend des 17. Juni“. Zur Entwicklung einer tiefen gesellschaftlichen Krise in der DDR und ihren Ursachen	10
3. Zum eruptiven Ausbruch der angestauten Widersprüche	36
4. Zur rechtlichen Ahndung von Straftaten im Zusammenhang mit dem 17. Juni 1953	48
5. Zur Behauptung, der 17. Juni 1953 sei ein „Volksaufstand“ gewesen	62
6. Abschließende Gedanken	79
Literaturempfehlungen	88

## Vorwort

Als Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung e.V. hatten wir es 2013 für erforderlich gehalten, uns mit einer Wortmeldung gegen das von den antikommunistischen Beherrschern des Zeitgeistes verordnete Geschichtsbild über die Ereignisse um den 17. Juni 1953 in der DDR zu wenden. Nunmehr sind seit diesen Ereignissen 65 Jahre vergangen und es erhebt sich die Frage, ob es notwendig und sinnvoll ist, unsere Positionen erneut und in aktualisierter Form zu veröffentlichen.

Wir meinen ja,

- weil wieder medienwirksam Geschichtsklitterung mit einem nach bundesdeutscher Leserart „blutig niedergeschlagenen Volksaufstand mit dem Willen zur deutschen Einheit“ betrieben wird;
- weil Einblicke in tatsächliche gesellschaftliche Vorgänge, deren Ursachen und Triebkräfte unverändert wichtig sind – für Gegenwart und Zukunft;
- weil schon damals die weitreichenden Pläne vor allem des US-Imperialismus im Bunde mit seinem westdeutschen Vasallen darauf zielten, die Sowjetunion aus Mitteleuropa zu verdrängen und den Weg für die Liquidierung nicht nur der DDR frei zu machen;
- weil sozialistische Entwicklungen im Bündnis fast eindreiviertel Jahrhundert nachweisen konnten, dass die Befreiung der Menschheit von Ausbeutung, Kriegen und Zerstörung der Umwelt möglich und notwendig ist.

Die Regierenden, die Justiz, Zeitgeist-Medien, Forschungszentren, Gedenkstätten und Stiftungen sowie die anderen „Aufarbeiter“ stellen die DDR für ihren Versuch einer sozialistischen Alternative auf deutschem Boden immer hasserfüllter an den Pranger. Selbst jede annähernd positive Erinnerung daran soll ausgelöscht werden. Es geht letztlich darum, jeden Gedanken an eine gerechtere Gesellschaft als es das kapitalistische System je sein kann, zu unterbinden.

Ein Grund mehr, in unserer erneuten Wortmeldung zum Thema 17. Juni 1953 tatsachenbelegte reale Zusammenhänge, Abläufe und

Folgen in einer aktualisierten und erweiterten Auflage der Information 2/2013 darzulegen. Dazu fühlen wir uns als GRH umso mehr befugt, da die Methode antikommunistischer Geschichtsdarstellung mit bestimmend war für die in Siegermanier betriebene Klassenjustiz gegen Funktionsträger der DDR – wie schon zuvor gegen Kommunisten, Sozialisten, Demokraten und Friedenskämpfer in der Alt-BRD.

Die Forderung nach einer wahrheitsgemäßen Darstellung der Geschichte beider deutscher Staaten und ihrer Einbindung in die Systemauseinandersetzung ist und bleibt hochaktuell.

In diesem Sinne nehmen wir als demokratische Organisation, auf dem Boden des Grundgesetzes handelnd, auch mit der vorliegenden Wortmeldung das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung wahr.

Als eine seit 25 Jahren engagierte Menschenrechtsorganisation werden wir auch zukünftig nicht hinnehmen, dass Bürger wegen ihres Engagements für den Aufbau und den Schutz der DDR sowie einer auf Wahrheit gerichteten Erinnerungskultur verunglimpft, beleidigt, ausgegrenzt und kriminalisiert werden.

Möge unsere Information 4/2018 für all jene weitere Anregung und Unterstützung sein, die sich öffentlich gegen die „Aufarbeitung“ der DDR als „Unrechtsstaat“ zur Wehr setzen. Möge sie beitragen, Geschichtswissen zu vermitteln und wieder aufzufrischen. Es geht uns um historische Wahrheiten, denn *„die Zerstörung des Geschichtsbewusstseins ist die größte Kulturzerstörung, die der Kapitalismus heute unternimmt. Es ist der Versuch, die menschlichste aller Fähigkeiten, die Fähigkeit nämlich, Dinge und Verhältnisse ändern zu können, zu eliminieren.“*<sup>1</sup>

Autorengruppe der GRH

Berlin, im Mai 2018

---

<sup>1</sup> Manfred Wekwerth, zitiert aus jungeWelt, 21. 01. 2013

## 1. Zum Platz und zur Funktion des 17. Juni 1953 in der Erinnerungs“kultur“ der BRD

Wieder nähert sich ein 17. Juni, diesmal der 65. Jahrestag eines – nach staatlicher und weitgehend parteienübergreifender bundesdeutscher Lesart – *„blutig niedergeschlagenen Volksaufstandes‘ mit dem Willen zur deutschen Einheit in Freiheit“*.<sup>2</sup> Die staatsoffiziellen Rituale zum 17. Juni waren stets von Revanchismus und Anmaßung gegenüber der DDR bestimmt. Schon vordem erklärte Konrad Adenauer am 1. Februar 1953 auf der Grünen Woche in Westberlin, es gelte, *„den Osten wieder zu kolonisieren“*. Und er fügte hinzu, dass er *„wieder zu kolonisieren“* sehr bedacht und bewusst ausgesprochen habe, weil er glaube, *„daß man dieser Aufgabe diesen Namen geben müsse.“*<sup>3</sup> Drei Wochen nach den Ereignissen um den 17. Juni verabschiedete der Deutsche Bundestag am 3. Juli 1953 *„mit allen Stimmen gegen die der Kommunisten ein ,Gesetz über den Tag der deutschen Einheit‘, durch das der 17. Juni zum gesetzlichen Feiertag erklärt wird“*.

Das Gesetz hat folgenden Wortlaut: *„Am 17. Juni hat sich das deutsche Volk in der sowjetischen Besatzungszone und in Ost-Berlin gegen die kommunistische Gewaltherrschaft erhoben und unter schweren Opfern seinen Willen zur Freiheit bekundet. Der 17. Juni ist dadurch zum Symbol der deutschen Einheit in Freiheit geworden. ... Das Gesetz gilt auch im Lande Berlin“*.<sup>4</sup>

Zehn Jahre später, am 11. Juni 1963, proklamierte der damalige Bundespräsident, Heinrich Lübke, den *„Tag der deutschen Einheit“* in *„Würdigung der Volkserhebung im Osten zum Nationalen Gedenktag des deutschen Volkes“*.<sup>5</sup>

Beinhalteten die hier nur kurz skizzierten Tatsachen keine offene Bedrohung der DDR? Kann ein Staat und seine Herrschenden, deren oberstes Ziel von Anfang an darin bestand, die DDR zum

<sup>2</sup> Aus dem Gesetz über den „Tag der deutschen Einheit“ vom 3. Juli 1953; BGBl. I, S. 778.

<sup>3</sup> Bulletin der Bundesregierung vom 3. Februar 1953, Nr. 22, S. 173.

<sup>4</sup> BGBl. 1953 I, S. 778.

<sup>5</sup> Diese Erklärung wurde am 17. Juni 1963 durch den damaligen Bundesinnenminister Höcherl in Kraft gesetzt und im BGBl. 1963 I; S. 397, veröffentlicht.

Verschwinden zu bringen und deren Mission heute darin besteht, die DDR sogar aus dem Gedächtnis zu tilgen, Akteur und Maßstab für die „Aufarbeitung“ der DDR-Geschichte sein?

Seriöse Historiker verweisen darauf, dass in der „Wendezeit“ 1989/90 der 17. Juni so gut wie keine Rolle gespielt hat. Bundesdeutsche und erstrecht die Millionen „Fremdarbeiter“ wussten zu dieser Zeit schon vielfach gar nicht mehr, warum es diesen „Feiertag“ überhaupt gab. DDR-Oppositionelle nahmen in ihrem vorgegebenen Bestreben nach einer „besseren DDR“ aus verständlichen Gründen auch keinen Bezug auf dieses Datum. Selbst dann nicht, als aus der Losung „*Wir sind das Volk*“ „...*ein Volk*“ wurde. Warum wohl?

Nachdem der Versuch gescheitert war, auf deutschem Boden Grundlagen für eine sozialistische Entwicklung zu schaffen und die DDR in die BRD „aufging“, gab es Chancen für eine sachliche, an Zusammenhängen und Fakten orientierte Geschichtsbetrachtung. Statt dessen wurden und werden im Stile des Kalten Krieges die krisenhaften Entwicklungen und Ereignisse um den 17. Juni 1953, die Demonstrationen und Streiks im Ostteil Berlins und einigen Städten und Gemeinden der DDR durch Politiker, Historiker und Medien gebetsmühlenhaft als „Volksaufstand“ gegen das „kommunistische Regime“ bezeichnet und gefeiert.

Um hier nur ein besonders markantes Beispiel zu nennen: Die Etappen der staatlichen, politischen, kulturellen und medialen Kampagnen zur Würdigung des vermeintlichen „Volksaufstandes“ wurden u. a. 2013 mit einer ministeriell abgesegneten Dauerausstellung in etwa 2.200 Orten des In- und Auslandes eingeläutet. Gezeigt wurde sie erstmals in Berlin im heutigen Bundesfinanzministerium, dem damaligen Haus der Ministerien der DDR in der Leipziger-/Ecke Wilhelmstraße. Damit sollte offenkundig der historische Charakter der Vorgänge am 17. Juni 1953 unterstrichen werden. Dabei ist gerade das ein Ort, an dem damals offen zutage trat, wie aus ursprünglich berechtigten sozialen Arbeiterforderungen politische, auf den Sturz der Regierung und Beseitigung der jungen Arbeiter-und-Bauern-Macht gerichtete provokative, ultimative Forderungen wurden – nicht nur mit Parolen und Losungen, sondern mit zunehmender krimineller Gewalt und Zerstörungswut. Und das vor allem mit aktiver politischer, organisatorischer und massenhafter personeller Unterstützung aus dem wenige hundert Meter entfernten Westberlin.

## **Geschichtliche Hintergründe und Zusammenhänge werden ausgeblendet.**

Es wird unterdrückt, dass Ursachen für die Ereignisse maßgeblich mit der Nachkriegsentwicklung, insbesondere den unterschiedlichen strategischen Zielstellungen der Siegermächte entstanden waren. Und sie waren auch beeinflusst vom Agieren deutscher Parteien und Politiker im Widerstreit von Volksinteressen, von Erhaltung und Neuaufstellung kapitalistischer Gesellschaftsverhältnisse oder aber antifaschistisch-demokratischer Entwicklungen mit sozialistischer Perspektive.

Die Quellenlage dazu ist umfangreicher geworden. Bei objektivem Herangehen und dem Willen um Erforschung und Darstellung historischer Wahrheiten ermöglichen sie heute eine differenziertere Sicht auf die über ein halbes Jahrhundert zurückliegenden Ereignisse. Dazu gehören auch bisher unerschlossene bzw. unveröffentlichte Dokumente sowie Erinnerungen damals handelnder Personen. Jedoch: Unbeeindruckt hiervon werden in altem hasserfüllten Anti-DDR-Stil Gedenkveranstaltungen, Konferenzen, Ausstellungen und Publikationen inszeniert. Auf die Aufarbeitung der DDR als „Unrechtsstaat“ sind mehr als 1200 Forschungsprojekte ausgerichtet, etwa 250 Archive und Bibliotheken, rund 1050 Institutionen der politischen Bildung, 65 Gedenkstätten und Museen, 20 Fachzeitschriften. Allein am Hannah-Ahrend-Institut in Dresden sind ca. 130 Bücher entstanden.<sup>6</sup> Die „Bundesstiftung Aufarbeitung“ listete in einer Pressemitteilung vom 21.12.2016 auf, dass sie die „Diktaturaufarbeitung“ im Jahre 2017 bundesweit mit rund 2,3 Millionen Euro unterstützen wird.

Wozu dieser Aufwand nach 23 Jahren des Untergangs der DDR, dieser Drang nach ihrer Verteufelung bis in alle Ewigkeit? Die Gründe hierfür liegen wohl auf der Hand: Die tief greifenden Krisen des Kapitalismus haben Fragen und Zweifel an der Zweckmäßigkeit, Überlegenheit und Endgültigkeit dieser Gesellschaftsordnung hervorgerufen, wie schon lange nicht mehr. Die rasant auseinander klaffende Schere zwischen arm und reich in den hoch entwickelten kapitalistischen Staaten, die neokolonialistische Ausbeutung vieler Völker und ganzer Kontinente, die rigorose subversive Unterwanderung und Kriegsführung gegen

---

<sup>6</sup> Horst Schneider: Über die Produktion falscher Geschichtsbilder und die Notwendigkeit, sie zurückzuweisen; in: Beilage zur Zeitschrift „RotFuchs“, Juli 2017



missliebige Staaten, die Blockierung dringend notwendiger Maßnahmen zum Schutz der menschlichen Existenz auf der Erde – alles das hat zur Formierung eines Widerstandes geführt, an dem auch zunehmend Kräfte beteiligt sind, die bisher abseits standen.

Je deutlicher die Unfähigkeit des Kapitalismus zur Lösung dieser systemimmanenten menschenfeindlichen Wirkungen sichtbar wird, umso mehr versucht die politische Elite, hiervon abzulenken.

Sozialismus/Kommunismus als Theorie und gar als praktische Entwicklungsschritte werden mit allen Mitteln der Propaganda, staatlicher Repression und mit internationalen Interventionen bekämpft.

Als übergreifende politisch-ideologische Konstruktionen im Sinne absoluter Wahrheiten werden dafür eingesetzt:

- Darstellung des Sozialismus als bürgerfeindliche Diktatur;
- Heiligsprechung des herrschenden Privateigentums an Produktionsmitteln als alleinige Grundlage für Fortschritt und Wohlstand;
- Beschönigung des bürgerlichen Parlamentarismus nach westlichem Vorbild als non-plus-ultra der Demokratie und der Freiheit des Einzelnen;
- Verherrlichung des Kapitalismus (u. a. „soziale Marktwirtschaft“ genannt) als höchstentwickelte und damit letzte Gesellschaftsformation;
- Verletzung des Völkerrechtes zur Durchsetzung imperialer Ziele mittels Kriegen, Interventionen und vielfältige Einmischungen in innere Angelegenheiten souveräner Staaten – mit katastrophalen Folgen.

Das wird in der Gegenwart mittels unverschämter politischer, ökonomischer, militärischer und subversiver Einflussnahme, einschließlich der Führung von Kriegen gegen souveräne Staaten und ohne Rücksicht auf katastrophale Folgen praktiziert, propagandistisch zudem verbunden mit dem Vorwand des Schutzes der Menschenrechte.

Es ist nicht verwunderlich, dass die Herrschenden in Deutschland den früheren DDR-Bürgern alle positiven Erfahrungen und Erinnerungen an das Leben in der DDR, an die ihnen möglichen Vergleiche rauben wollen. Mit ungeheurer Intensität und außerordentlichem Aufwand wird Geschichtsfälschung betrieben – mit intellektuellem Anspruch wie auch mit primitivem „Bild“-Stil. Alle bürgerlichen Parteien

benutzen das für ihre politische Standortbestimmung und für Wählerfang im Bundestagswahlkampf. Ausgelöscht werden soll, was von der DDR trotz aller Unzulänglichkeiten und Fehler vor allem bleibt: Während ihrer Existenz ging von deutschem Boden kein Krieg aus, sie bot ihren Bürgern soziale Sicherheit und sie entwickelte Formen des Zusammenlebens, die trotz aller Diskriminierungsbemühungen lebendig geblieben sind.

Das „Erinnerungs-Feuerwerk“ um den 17. Juni 1953 macht seine eindeutige antikommunistische Funktion mehr als drastisch deutlich: Durch die eindimensionale Geschichtsdarstellung (treffender gesagt Geschichtsfälschung), durch eine gigantische Massenmanipulation über den „Unrechtsstaat DDR“ will man den Menschen, vor allem der jungen Generation suggerieren, dass der Kapitalismus die beste und die endgültige Gesellschaftsordnung ist, dass jeder Versuch nach Alternativen zu suchen oder diese gar zu wagen, aussichtslos sei. Zugleich wird das aktuell von allen bürgerlichen Parteien für ihre politische Standortbestimmung und für Wählerfang im Bundestagswahlkampf benutzt.

## **2. Zur internationalen und nationalen Lageentwicklung am „Vorabend des 17. Juni“. Zur Entwicklung einer tiefen gesellschaftlichen Krise in der DDR und zu ihren Ursachen.**

Wir meinen: Wenn heute über die Ereignisse um den 17. Juni 1953, deren Verlauf, Ursachen und Bedingungen sowie deren Wertungen sachlich debattiert werden soll, dann muss der alte Historikergrundsatz gelten, dass vergangene Vorgänge nur aus den zeitgenössischen Verhältnissen zu begreifen sind.

Und so sind auch die Vorgänge im Juni 1953 ohne Kenntnis der unmittelbaren Nachkriegsentwicklungen nicht wirklich versteh- und erklärbar. *„Es kommt ... nicht nur auf die Beschreibung der Vorgänge an, darüber gibt es genügend Material, sondern auf die Beantwortung der Frage, welche unterschiedlichen Strömungen in diesen Tag X mündeten.“*<sup>7</sup>

---

<sup>7</sup> Hans Bentzien: Was geschah am 17. Juni? Vorgeschichte, Verlauf, Hintergründe. edition ost, Berlin 2003, S. 7

Ausgangsfragen hierfür müssen demzufolge unseres Erachtens sein:  
 Welche Ziele verfolgte die Sowjetunion nach dem Sieg über das  
 faschistische Deutschland?  
 Welche Ziele verfolgten die Westalliierten auf deutschem Boden?  
 Wie wirkte sich das auf das Leben der Menschen aus?

Die Sowjetunion war Opfer eines deutschen Angriffskrieges geworden, wie ihn die Menschheit in dieser Totalität und Grausamkeit bis dahin nicht kannte. Der deutsche Faschismus, von der deutschen Monopolbourgeoisie in den Sattel gehoben, verfolgte auf dem Weg zur Weltherrschaft ein komplexes Ziel:

- Eroberung des riesigen Territoriums der Sowjetunion mit seinem gewaltigen menschlichen Potential, seinen unermesslichen Bodenschätzen;
- Vernichtung eines für sie perspektivisch gefährlichen sozialistischen Systems;
- Erringung eines enormen strategischen Vorteils gegenüber den imperialen Mitkonkurrenten.

Die Völker der Sowjetunion und ihre Streitkräfte wehrten im Großen Vaterländischen Krieg mit äußersten Anstrengungen, mit Opfermut und Heldentum die deutsche Aggression ab. Der Krieg kostete nach neueren Schätzungen mehr als 27 Millionen Sowjetbürgern das Leben, davon zwei Drittel Zivilisten. Das Land, die Infrastruktur, vor allem im europäischen Teil, waren weitgehend zerstört. Es bleibt das historische Verdienst der UdSSR, gemeinsam mit den anderen Mächten der Anti-Hitler-Koalition – über Systemgrenzen hinweg – nicht nur die Zivilisation in Europa vor dem Faschismus gerettet zu haben.

Unter all diesen Umständen war es logisch, dass die Sowjetunion vorrangiges Interesse daran hatte, gemeinsam mit den westlichen Alliierten Nachkriegslösungen zu finden, die verhindern, dass jemals wieder Krieg von Deutschland ausgehen kann. Das beinhaltete vor allem Maßnahmen zur Entnazifizierung, zur Schaffung einer einheitlichen alliierten Verwaltung Deutschlands und zur Wiedergutmachung für die verursachten Kriegsschäden.

Entgegen den vor allem in der BRD dominierten Auffassungen wollte die sowjetische Führung keine Separatstaaten oder -gebiete auf deutschem Boden, sondern strebte eine parlamentarische Republik mit

antifaschistisch-demokratischem Charakter für ganz Deutschland an, die dem deutschen Faschismus die gesellschaftlichen Grundlagen entzieht. Diese Republik sollte unter gemeinsamer Verantwortung der Siegermächte entstehen und blockfrei sein. Das hätte – so das sowjetische Ziel – erneute Bedrohungen der UdSSR durch ein wieder erstarktes Deutschland zumindest weit hinausgeschoben, der Sowjetunion den Zugang zu Reparationszahlungen durch ganz Deutschland gesichert und auch eine mögliche Allianz eines deutschen westlichen Teilstaates mit der neuen Führungsmacht USA verhindern können.

Ausdrücklich erteilte Stalin zunächst Orientierungen auf eine sozialistische Entwicklung in der sowjetisch besetzten Zone eine Absage.<sup>8</sup> Damit sollte zugleich den von den Westmächten begonnenen und sich verstärkenden Tendenzen eines „Kalten Krieges“ entgegengewirkt werden, an dem die Sowjetunion kein Interesse haben konnte. Eine Option hinsichtlich Entwicklung und Stärkung einer DDR mit sozialistischer Zielstellung stellte sich erst, als die aggressive Politik der Westmächte, die BRD inbegriffen, eine gesamtdeutsche Lösung aussichtslos machte.

Bald wurde jedoch klar, dass die im Ergebnis des 2. Weltkrieges erstarkte und zur westlichen Führungsmacht entwickelte USA es nicht hinnimmt, dass das gewachsene Prestige der Sowjetunion, die im Kampf gegen den Faschismus die Hauptlast getragen hatte, zu einem weltweiten Einflussfaktor für sozialistische Entwicklungen führen könnte. Schon während der Potsdamer Konferenz im August 1945 erteilte Präsident Truman der Politik der friedlichen Koexistenz eine Absage.

Der Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki, trotz bereits signalisierter Kapitulation Japans, war auch eine unverhüllte Drohung an die Sowjetunion. Die US-Administration nahm Kurs auf eine Loslösung aus dem Anti-Hitler-Bündnis mit der Sowjetunion und auf die Schaffung eines US-amerikanisch dominierten und gegen die Sowjetunion gerichteten westlichen Paktsystems – unter Einbeziehung der drei Westzonen Deutschlands.

Nicht nur, insbesondere aber die USA, war strategisch an der „Eindämmung“ des sowjetischen Einflusses auf Westeuropa interessiert. Der BRD unter Adenauer war von Anfang an die Rolle

---

<sup>8</sup> Vgl. Wilfried Loth: Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte. Rowohlt Verlag, Berlin 1994, Kap. I.

einer europäischen Speerspitze für dieses „Eindämmen“ und letztlich für das „Zurückrollen“ des Sozialismus zgedacht.

Die „Befreiung der DDR“ zur Herstellung der alten Macht- und Eigentumsverhältnisse stand von Anfang ganz oben auf der Programmliste der Bonner Regierung. Die westdeutsche Wiederbewaffnung und die Eingliederung in die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) waren hierbei vorrangig betriebene Ziele. Adenauer beließ es nicht bei entsprechenden Zustimmungs- und Bereitschaftserklärungen. Er traf bereits erste, noch geheim gehaltene Vorbereitungen.

Bereits Anfang Oktober 1950 traf er sich mit 15 ehemaligen hohen Offizieren der deutschen Wehrmacht. Darunter zehn in Generals- oder Admiralsrang, namentlich auch die Kriegsplaner an der Seite Hitlers, Adolf Heusinger und Hans Speidel. Aus diesem Kreis gingen später sechs Generale und ein Admiral der im Aufbau begriffenen Bundeswehr mit höchsten Dienststellungen in den westdeutschen Streitkräften und teils auch in Führungsgremien der NATO hervor.<sup>9</sup>

Weitere Meilensteine auf dem Weg zur Spaltung Deutschlands waren:

- Die Abkehr vom Potsdamer Abkommen, so von der Schaffung deutscher Zentralverwaltungen für Schwerpunktbereiche der Industrie, des Handels, der Finanzen;
- die Schaffung der Bi- und dann der Tri-Zone;
- die Einführung einer separaten Währung für die Westzonen, einschließlich der Westsektoren Berlins, die gemäß Potsdamer Abkommen, gemeinsam mit dem Ostsektor als Zentrum für die Verwaltung Gesamtdeutschlands installiert waren und damit einen gesonderten Status besaßen;
- die Verkündung des Marshall-Planes, dessen Funktion angesichts der zunehmenden Systemauseinandersetzung darin bestand, die ökonomischen Voraussetzungen für die Gründung eines westdeutschen Separatstaates zu schaffen, was schließlich am 20. September 1949 geschah.

Die Sowjetunion gab dennoch ihre Bemühungen und Hoffnungen auf Entspannung der Lage über einen Weg zu einer gesamtdeutschen

---

<sup>9</sup> Vgl. Hans Joachim Harder: Geburtsstunde der Bundeswehr hinter Klostermauern. Das wehrpolitische Expertentreffen in Himmerod vor 50 Jahren. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung; 9. 10. 2000, S. 11.

Lösung nicht auf. Die sowjetische Note vom 10. März 1952 an die Westmächte (als „1. Stalin-Note“ bekannt) bekräftigte die Ernsthaftigkeit dieser Strategie. Die Note beinhaltete Vorschläge zur Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland, Wiederherstellung Deutschlands als einheitlicher Staat, Abzug aller Besatzungstruppen binnen Jahresfrist nach Inkrafttreten des Vertrages, keine Beteiligung an Militärbündnissen, keinerlei Beschränkung der nationalen Friedenswirtschaft, Festlegung der Grenzen gemäß Potsdamer Abkommen.

Mit eifriger Mitwirkung der Adenauer-Regierung wurden die Vorschläge durch die westlichen Alliierten abgelehnt. Fadenscheinige Begründung: Zuerst müsse es gesamtdeutsche Wahlen geben. Publizistisch begleitet: Die Vorschläge seien nur Täuschungsmanöver. Als am 9. April 1952 die sowjetische Regierung auf den Vorschlag gesamtdeutsche Wahlen unter Kontrolle der Besatzungsmächte einging („2. Stalin-Note“), wurde auch das abgelehnt. Wahrscheinlich war sich der Westen sicher, die Existenz der DDR auch auf anderem Wege beenden zu können, während der Ausgang gesamtdeutscher Wahlen nicht so sicher schien. Dafür steht die von Adenauer befolgte Linie *„Lieber das halbe Deutschland ganz, als das ganze Deutschland halb“*! Und gegenüber dem französischen Außenminister: *„Vergessen Sie nie, dass ich der einzige Regierungschef bin, der die Einheit Europas der Einheit Deutschlands vorzieht“*.<sup>10</sup>

Wolfgang Clausner charakterisierte in der Zeitschrift „RotFuchs“ die von Stalin über viele Jahre verfolgte Strategie eines einheitlichen, friedensorientierten Deutschlands als Ausdruck weitgehender sowjetischer Interessen. Es sei wahrscheinlich, dass der sowjetischen Führung eine Lösung nach dem Österreich-Beispiel im Interesse des Friedens in Europa und der Welt vorschwebte, die zugleich den Grundinteressen der Sowjetunion entsprach. Das bedeutet im Klartext: Akzeptanz eines bürgerlich demokratischen Deutschlands unter der Bedingung immerwährender Neutralität. Das hätte natürlich den Verzicht auf eine Existenz und sozialistische Entwicklung der nicht einmal zweieinhalb-jährigen DDR bedeutet. So klinge es wie ein Treppenwitz der Geschichte, dass das bundesdeutsche Kapital und

---

<sup>10</sup> Egon Krenz auf der wissenschaftlichen Konferenz „Der Marxismus im 21. Jahrhundert“ in Peking; RotFuchs, Heft 1/2017

seine Adenauer-Regierung dank ihres mangelnden politischen Weitblicks dafür sorgte, dass der verhasste sozialistische Nachbarstaat nicht bereits nach knapp drei Jahren das Zeitliche segnete, sondern dass ein Drittel Deutschlands dem Kapital 40 Jahre lang als Ausbeutungsobjekt entzogen blieb.<sup>11</sup>

Und nicht nur das: Es bot die Möglichkeit, in diesen Jahren sozialistische Grundzüge und Entwicklungen wirksam zu machen, die maßgeblich zur Eindämmung von Kriegsgefahr und zum Entzug von Profitdominanz führten. Die erzielten beispielhaften sozialen Errungenschaften bleiben im Gedächtnis für neue sozialistische Anläufe.

Nach Ablehnung der sowjetischen Vorschläge war klar, dass sich die Entwicklung schnurgerade im Sinne des bereits 1945 von US-Präsident Truman eingeleiteten Politikwechsels vollzieht, den „Kommunismus“ nicht mehr nur „einzudämmen“, sondern die von ihm „besetzten“ Territorien zu „befreien“.

Der 1953 ins Amt gekommene 34. Präsident der USA, Dwight D. Eisenhower (bis 1961), und sein Außenminister John F. Dulles räumten dieser Konzeption des „Roll-back“ Vorrang ein. Dulles hatte bereits 1952 dazu aufgerufen, auch durch die Aktivierung konterrevolutionärer Kräfte im Innern der „Ostblock-Staaten“, die dortigen Ordnungen zu stürzen. Seine so genannte Buffalo-Rede enthielt präzise Hinweise, wie Unzufriedenheit erzeugt und geschürt, wie zur Störung der Produktionsziele eine „Arbeitslangsam-Bewegung“ organisiert werden kann – bis hin zur Durchführung von Sabotage in der Industrie. Dulles kündigte Maßnahmen an, mit denen der „Widerstand“ hinter dem „Eisernen Vorhang“ in diesem Sinne entfacht und organisiert werden sollte.<sup>12</sup>

Am 26. Mai 1952 unterzeichneten Adenauer und die Außenminister der USA, Großbritanniens und Frankreichs den „Vertrag über die Beziehungen der Bundesrepublik und den drei Westmächten“ – gekoppelt mit dem am nächsten Tag unterzeichneten Vertrag über die „Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG)“. Ziel war die Schaffung einer westeuropäischen Armee. Die BRD sollte in diese mit eigenem Kontingent (14 aktive Divisionen) integriert werden. Mit der Einbeziehung der BRD in die NATO (Unterzeichnung der

<sup>11</sup> RotFuchs, Heft 8/2012, Extra-Beilage, S. 1

<sup>12</sup> Siehe dazu: Autorenkollektiv „Die Sicherheit. Zur Abwehrarbeit des MfS“; edition ost, Berlin 2002, Bd.1, S.136

Pariser Verträge 1954, Ratifizierung Februar 1955) wurde schließlich die Spaltung Deutschlands zementiert.

Die Bundeswehr wurde unter maßgeblicher Einbeziehung früherer Führungskader der Nazi-Wehrmacht installiert, die Remilitarisierung Westdeutschlands erhielt einen neuen Schub und der Kalte Krieg wurde frostiger. Westberlin wurde in Abkehr zum Potsdamer Abkommen – trotz ständiger sowjetischer Proteste – faktisch wie ein Bundesland behandelt, am Leben erhalten von Steuergeldern („Notopfer Berlin“) der Westdeutschen. Weitere Schritte waren u. a. separate Wahlen in den Westsektoren; Gründung, Steuerung und Finanzierung der von den USA geförderten „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ (KgU), einer von mehreren Terror- und Sabotageorganisationen zur Störung der Entwicklung in der DDR; Sprengung der Sendemasten des Berliner Rundfunks in Tegel; Bildung einer Dreimächtekommandantur für Westberlin; Verlegung einer Reihe von Bundesbehörden nach Westberlin; Angleichung der Gesetzgebung; forcierte Eingliederung in die westdeutsche Wirtschaft u. a. m.<sup>13</sup>

Trotz sowjetischer Proteste wurde Westberlin zu einer Basis westlicher Geheimdienste und Agentenorganisationen. Es waren letztlich an die neunzig. Die Lage inmitten der DDR und die faktisch offenen Grenzen zwischen Westberlin und Ostberlin, der Hauptstadt der DDR, waren für subversive Aktivitäten aller Schattierungen geradezu ideal.

Alle 150 gesamtdeutschen DDR-Initiativen, darunter Vorschläge für freie gesamtdeutsche Wahlen, gegen Remilitarisierung, für eine deutsche Konföderation, überhaupt für ein friedliches Zusammenleben der beiden deutschen Staaten wurden von der Bonner Regierung ignoriert oder abgelehnt. Adenauer erklärte dazu am 20. Juni 1952 im „Rheinischen Merkur“: *„Es gibt nur ein Deutschland, das deutsche Bundesrepublik heißt, und was östlich von Elbe und Werra liegt, sind unerlöste Provinzen“*. Es gehe nicht um Wiedervereinigung, sondern *„um Befreiung des Verlorenen“*.<sup>14</sup>

<sup>13</sup> Vgl. Hans Bentzien, a. a. O., S. 39

<sup>14</sup> Prof. Dr. Georg Grasnick in: RotFuchs, Heft 9/2010, Extra-Beilage, S. 3



Und so beantwortet sich die Frage, wer Motor der deutschen Spaltung in diesen schicksalsschweren Jahren war. Wer die Hauptverantwortung trägt für die Entstehung von Bedingungen, die für Jahrzehnte die Menschen in Ost und West trennten, belasteten und die für sie mitunter unerträglich waren. Und die nicht zuletzt Einfluss hatten auf die krisenhafte Entwicklung in der DDR im Juni 1953. Dennoch wird bis heute der DDR die alleinige Schuld an der Befestigung und Sicherung der Staatsgrenze zur BRD zugeschoben!

Bereits 1948 wurde die streng geheime Direktive NSC 20/1 des Nationalen Sicherheitsrates der USA bestätigt, nach der die USA zu einem atomaren Vernichtungsfeldzug gegen die Sowjetunion fähig sein müssten oder aber diese Fähigkeit zu deren Erpressung und Erdrosselung nutzen. Der zweite Weg sah die Option der antisozialistischen Wühl- und Zersetzungstätigkeit als Staatspolitik vor. Die Zukunft werde zeigen, welcher Weg der effektivere sei.<sup>15</sup>

Diese aggressive Politik der Westmächte (dazu gehörten auch der Krieg der USA in Korea und die massive atomare Aufrüstung) führte in der sowjetischen Führung zur Einschätzung, dass die Gefahr eines Krieges gegen die vom Krieg und seinen Folgen noch geschwächte Sowjetunion und gegen die erst im Wandel befindlichen Staaten Osteuropas sehr real ist. Moskau sah sich genötigt, Gegenmaßnahmen zu ergreifen und zusätzliche Ressourcen für die Verteidigung aufzubringen. Es forderte erhebliche Erhöhungen der Beiträge seiner Verbündeten, auch von der DDR. Das beinhaltete: Steigerung der Reparationsleistungen; forcierter Aufbau eigener Verteidigungskräfte; erhebliche Kürzungen in allen Positionen des Wirtschaftsplanes zu Gunsten dieser Aufwendungen.

Die Lage erforderte aber auch und vor allem, Entscheidungen über die weitere gesellschaftliche Entwicklung in der DDR herbeizuführen. Die Sowjetunion hatte ihre übernommenen Verpflichtungen aus dem Potsdamer Abkommen ernst genommen und erfüllt, die westlichen Alliierten hatten sich aus dem Abkommen de facto verabschiedet. Die Bemühungen um die Herstellung der Einheit Deutschlands auf der Grundlage möglicher gemeinsamer Interessen mit den Alliierten waren gescheitert. Eine gefährliche West-Ost-Konfrontation war unübersehbar. Und so stellte sich dringlich die Frage nach einer

---

<sup>15</sup> Vgl. Die Sicherheit..., a. a. O.; Bd. 1, S.77

Alternative, also einer sozialistischen Entwicklung in der DDR – und damit einer Stabilisierung der sich herausbildenden Macht- und Interessenblöcke.

Zwar waren auf dem Weg zu einer antifaschistisch-demokratischen Gesellschaft unter Leitung der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) erste wesentliche Aufgaben gelöst:

- Maßnahmen zur Beseitigung von Faschismus und Militarismus wurden durchgeführt und gesetzlich verankert. Die Bestrafung der Kriegsverbrecher und die Entnazifizierung wurden durch die Sowjetische Militäradministration mit besonderem Nachdruck vorangetrieben. Gemäß Direktive Nr. 38 des Alliierten Kontrollrats wurden in der SBZ 10.000 Angehörige der SS, 2.000 der Gestapo sowie einige Tausend des NS-Führungskorps, insgesamt 18.300 Personen vor deutsche Gerichte und sowjetische Militärtribunale gestellt und verurteilt. Außerdem wurden später gemäß Kontrollratsdirektive 24 vormals aktive Nazis aus der öffentlichen Verwaltung und Stellen mit besonderen Anforderungen an öffentliches Vertrauen bzw. für das Gemeinwohl entfernt: 74.000 aus Regierungsbehörden, fast 14.000 aus der Polizei, 29.000 aus der Volksbildung, 27.000 aus Führungsetagen der Wirtschaft. Damit waren in der SBZ die Voraussetzungen für einen umfangreichen Elitenaustausch gegeben.<sup>16</sup>
- Im Osten vollzogen sich tief greifende Veränderungen der Besitzverhältnisse. Der Boden der großen Güter über 100 ha wurde aufgeteilt – übrigens eine verpflichtende Festlegung des Potsdamer Abkommens, deren Umsetzung von den westlichen Alliierten in ihren Zonen verhindert wurde. Im Osten Deutschlands erhielten dagegen Neubauern das ihnen zugeteilte Land kostenfrei als erblichen Besitz. Im Ergebnis der Bodenreform erhielten 119.000 Landarbeiter und 83.000 Flüchtlinge aus den deutschen Ostgebieten, in der SBZ als Umsiedler bezeichnet, 2,1 Mio. ha Land.<sup>17</sup>
- Die Großbetriebe der Rüstungskonzerne und die Unternehmen der Kriegsgewinnler wurden entschädigungslos enteignet und in

<sup>16</sup> Rolf Badstübner: Vom „Reich“ zum doppelten Deutschland. Gesellschaft und Politik im Umbruch, Berlin 1999, S. 228/254/267. Zitiert aus Jörg Roesler: Kleine Geschichte der DDR, PapyRossa Verlag 2012, S.15

<sup>17</sup> Ebenda, S. 19

staatliches Eigentum überführt. Das entsprach auch eindeutigen Forderungen im Ergebnis des durchgeführten Volksentscheides in Sachsen und entsprechenden (ergebnislosen) Aktivitäten auch in westdeutschen Ländern. Nach dem Abschluss der Enteignungsmaßnahmen 1948 entfielen 39 Prozent der Bruttoproduktion auf volkseigene Betriebe, der gleiche Anteil auf private Mittelstandsunternehmen und 22 Prozent auf SAG-Betriebe (Sowjetische Aktiengesellschaft).<sup>18</sup>

Die Eigentumsveränderungen hinsichtlich entscheidender Produktionsmittel waren erste Schritte auf dem Weg zu einer sozialistischen Gesellschaftsordnung. Aber sie waren bei weitem noch kein Sozialismus. Sie entsprachen den Festlegungen der Siegermächte im Potsdamer Abkommen und hatten zugleich die eindeutige Zustimmung der Bevölkerung, die darin eine Bestrafung der Schuldigen an Krieg und furchtbarem Leid sah. Auch in den Programmen der nach Kriegsende wieder wirkenden Parteien, so der KPD, der SPD, der CDU (hier sogar die Orientierung auf eine sozialistische Entwicklung!) fanden sich entsprechende Forderungen.

Während der Gründungsauftrag der KPD 1945 den Verzicht auf Einführung des Sowjetsystems und die Orientierung auf eine parlamentarisch-demokratische Republik enthielt, hieß es im Ahlener Programm der CDU vom Februar 1947: *„Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. ... Inhalt und Ziel dieser sozialen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben sein.“* In diesem Zusammenhang ist bezeichnend, dass der amerikanische Militärgouverneur Lucius D. Clay den darauf bezogenen Sozialisierungsartikel der durch Volksentscheid am 1. Dezember 1946 beschlossenen hessischen Verfassung außer Kraft setzte.

Da nun mit der Existenz zweier deutscher Staaten mit gesellschaftlich unterschiedlichen Entwicklungen, der Eskalierung des Kalten Krieges und der Einbindung der BRD in das westliche Militär- und Wirtschaftsbündnis eine neue Lage entstanden war, sah die SED- und Staatsführung in der DDR keine Perspektiven mehr für eine Durchsetzung der Vorschläge, wie sie in den beiden sowjetischen

---

<sup>18</sup> Ebenda, S. 20

Noten an die Westmächte unterbreitet worden waren. Es war klar geworden, dass sich die Westmächte und die BRD mit ihrer Verweigerungshaltung hinsichtlich einer gesamtdeutschen Lösung durchgesetzt hatten.

In den Führungen der Kommunistischen Parteien Ost-Europas herrschte Einmütigkeit darüber, dass die Volksdemokratie ein neuer Weg des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus sei. Ferner herrschte zwischen der Führung der KPdSU und der SED Einmütigkeit darüber, dass die DDR den Übergang zum Sozialismus nicht im Gleichschritt mit den volksdemokratischen Ländern (eingeleitet 1947/48) mitmachen könne, um der vordringlichen Herstellung der Einheit Deutschlands keine Hindernisse in den Weg zu legen. Zugleich herrschte aber auch Übereinstimmung darüber, dass für den Fall einer Spaltung durch die Westmächte und ihrer westdeutschen Schützlinge die antifaschistisch-demokratische Ordnung in der DDR nicht auf ewige Zeiten künstlich konserviert werden konnte, da es im Weiteren nur ein Zurück zum Kapitalismus oder ein Vorwärts zum Sozialismus geben konnte. Es war also von den Umständen erzwungen, dass die Sowjetunion eine Deutschlandpolitik betrieb, die beiden Möglichkeiten Raum bot und sie keiner von ihnen unüberwindliche Hindernisse in den Weg legte.<sup>19</sup>

Die Westmächte lehnten die sowjetischen Vorschläge ab und schafften mit dem Abschluss des Deutschlandsvertrages (26. Mai 1952), später dann des Vertrages zur Bildung der „Europäischen Verteidigungsgemeinschaft“ unter Einbeziehung der Bundesrepublik in das westliche Militärbündnis (27. Mai 1952) vollendete Tatsachen. Es war eindeutig geworden, dass sich die Westmächte und die BRD mit ihrer Verweigerungshaltung hinsichtlich einer gesamtdeutschen Lösung durchgesetzt hatten. So wurde auch ersichtlich, dass die später durch die DDR-Führung gefassten Beschlüsse nicht Ursache, sondern unvermeidliche Folge der von den Westmächten und ihren westdeutschen Partnern herbeigeführten Spaltung Deutschlands war.

Daraufhin eröffnete Stalin im April 1952 gegenüber den in Moskau weilenden Pieck, Grotewohl und Ulbricht *„dass die Einheitsperspektive hinfällig sei, da man nicht mit*

---

<sup>19</sup> Dr. Kurt Gossweiler, Hintergründe des 17. Juni 1953, zitiert aus: Spurensicherung, Zeitzeugen zum 17. Juni 1953, S. 353/354

*Kompromissbereitschaft der Westmächte in der deutschen Frage rechne, welche Vorschläge man auch mache. Die DDR solle ihren eigenen Staat aufbauen und die Demarkationslinie zu Westdeutschland als gefährliche, stark zu sichernde Grenze betrachten.*<sup>20</sup> Zugleich diktierte er der DDR ein beschleunigtes Militärprogramm, das den sofortigen Aufbau einer Armee einschloss. Ihm war wohl bewusst, dass Grenzfragen in der Geschichte immer schon Auslöser für Kriege waren und auch, dass diese Grenze nicht nur eine Grenze zwischen zwei deutschen Staaten, sondern zwischen zwei Machtblöcken voller Interessengegensätze war.

Entsprechend beschloss der Ministerrat der DDR am 1. Juli 1952, eine Kasernierte Volkspolizei zu schaffen. Das bedeutete eine Verdoppelung der bewaffneten Kräfte. Auch das als eine Reaktion auf vorangegangene bundesdeutsche Entwicklungen. Die Militärausgaben stiegen gegenüber den im Volkswirtschaftsplan vom März 1952 hierfür vorgesehenen Mittel noch im gleichen Jahr um das Mehrfache. Die Bezahlung der sowjetischen Waffenlieferungen erfolgte durch Erzeugnisse der Schwerindustrie. Die notwendige Ankurbelung der entsprechenden Produktion musste auf Kosten von Neu- und Ersatzinvestitionen insbesondere in der Lebensmittel- und Leichtindustrie erfolgen.

Die Verringerung des Konsumgüterangebots wiederum warf die Frage auf, die Kaufkraft dem verringerten Angebot anzupassen – sollte die Geldstabilität erhalten werden. Die SED-Führung versuchte, die erforderlichen Einsparungen durch den Wegfall von Subventionen (z. B. Wegfall von Lebensmittelkarten; Sozialversicherung für Selbständige und Steuererhöhungen für private Unternehmen; Einsparungen in der Verwaltung), aber auch durch Preiserhöhungen aufzubringen. Die hierdurch gewonnenen fast 1,5 Mrd. Mark reichten jedoch nicht.<sup>21</sup>

Mit der auf Weisung des Oberkommandos der Warschauer Vertragsstaaten im Mai 1952 begonnenen Einrichtung von Sperrzonen an den West- und an den Ostseegrenzen, einschließlich der Umsiedlung von Bewohnern in diesen Streifen, wurden Zeichen

---

<sup>20</sup> Vgl. Bernd Bonwetsch/Sergej Kudrjacob: „Stalin und die 2. Parteikonferenz der SED. Ein Besuch der SED-Führung in Moskau.; 31. März – 8. April 1952 und seine Folgen“; in: Jürgen Zarusky (Hrsg.) „Stalin und die Deutschen“, S. 177

<sup>21</sup> Vgl. Jörg Roesler, a. a. O., S. 33

der Abgrenzung und Sicherung gesetzt. Es war der Beginn der Errichtung eines tief gestaffelten Verteidigungssystems, das den Realitäten der Ost-West-Konfrontation, des Kalten Krieges und der permanenten Gefahr des Abgleitens in einen 3. Weltkrieg Rechnung tragen sollte und auch trug.

Der DDR-Führung erschien es nunmehr dringend erforderlich, Entscheidungen über den weiteren Weg der Gesellschaft in der DDR zu treffen. Im Juli 1952 wurde die 2. Parteikonferenz der SED nach Berlin einberufen. Aus der Analyse der Lage wurde nach einem Grundsatzreferat Walter Ulbrichts der Beschluss über die planmäßige Errichtung der Grundlagen des Sozialismus getroffen. Dieser Orientierung wurde durch die Delegierten mit großem Jubel zugestimmt, war doch verbreitet Unsicherheit über den weiteren Weg der jungen DDR vorhanden. Die führenden Gremien der befreundeten Parteien von CDU, LDPD, NDPD und DBD begrüßten ebenfalls die getroffenen Festlegungen.

Zum ersten Mal in der deutschen Geschichte stand eine revolutionäre Partei vor der realen Möglichkeit und zugleich dem Wagnis, in einem von schweren materiellen und geistigen Kriegsfolgen gezeichneten kleinen Land und zudem von einem starken revanchelüsternden imperialistischen Nachbar unablässig bedrängt, den Sozialismus aufzubauen. Festgeschrieben wurden vor allem die führende Rolle der Arbeiterklasse; die bevorzugte Entwicklung des volkseigenen Sektors in Produktion und Handel; die Kollektivierung der Landwirtschaft auf freiwilliger Grundlage; die Entwicklung des Staatsapparates nach Prinzipien eines demokratischen Zentralismus und in diesem Zusammenhang die Auflösung relativ selbständiger Länder zugunsten des Aufbaus von Bezirken, zusätzlichen Kreisen sowie die Aufstellung bewaffneter Streitkräfte. Für die Periode eines sozialistischen Aufbaus wurde die Notwendigkeit betont, einen scharfen Kampf gegen alle antisozialistischen Kräfte zu führen, deren Pläne zu entlarven und deren Aktivitäten zu verhindern.

Das Vorhaben, in der DDR mit der planmäßigen Schaffung von Grundlagen des sozialistischen Aufbaus zu beginnen, stimmte offensichtlich nicht mit den in Moskau existierenden Plänen überein. Dort wurde trotz der Ost-West-Konfrontation an einer gesamtdeutschen Lösung entsprechend den „Stalinnoten“ festgehalten. Das zeigte sich – trotz vorheriger Zustimmung zur

Sozialismuskonzeption – an äußeren Zeichen der Zurückhaltung. So wurde die Zustimmung des Präsidiums des ZK der KPdSU vom 8. Juli 1952 zur vorgesehenen Sozialismusorientierung bis Konferenzbeginn nicht übermittelt. Das Grußtelegramm Stalins enthielt lediglich gute Wünsche beim Aufbau für ein einheitliches, unabhängiges, demokratisches und friedliebendes Deutschland. Die Lage eskalierte sogar zeitweilig, als der sowjetische Innenminister Berija insbesondere nach Stalins Tod im März 1953, versuchte, eine Strategie des „Verkaufs“ der DDR an den Westen gegen handfeste Unterstützung beim Wiederaufbau der Sowjetunion durchzusetzen.

In der sowjetischen Parteiführung und in der Führung der Streitkräfte setzten sich jedoch die Befürworter einer sozialistischen Entwicklung in der DDR und in den anderen Volksdemokratien durch. Sie sahen angesichts der geschaffenen Tatsachen im Rahmen der „Roll-back“-Strategie des Westens keine realistische Chance mehr für ein Wiedervereinigungs-Modell, das ihren berechtigten Interessen, vor allem auch in sicherheitspolitischer Hinsicht, hätte entsprechen können. Sie wollten die Sowjetunion und deren Einflussbereich an der Elbe und nicht an der Oder verteidigen.

Aber: Welche Spielräume besaß die DDR-Führung, um angesichts der entstandenen Lage nicht nur die im Osten außerordentlich schweren Kriegsfolgen zu beseitigen, sondern auch die in Jahrhunderten gewachsenen und nun auseinander gerissenen Produktionsstandorte und Handelsbeziehungen zu kompensieren? Welche Chancen bestanden, die Vorzüge einer sozialistischen Gesellschaftsordnung – wenn auch in ihren Anfängen – gegenüber der durch natürliche Vorteile ohnehin bevorzugten BRD sichtbar zu machen? Diese war zudem nicht nur als Bollwerk gegen sozialistische Ausstrahlungen nach Westeuropa von den westlichen Siegermächten ökonomisch aufgepäppelt worden (Marshall-Plan), sondern mit wachsender ökonomischer, militärischer und auch außenpolitischer Stärke (Alleinvertretungsanmaßung für alle Deutschen/Hallstein-Doktrin) auf die Beseitigung der DDR fixiert. Und die BRD hatte ausgezeichnete Bedingungen für offensive und subversive Einwirkungen in die DDR und deren Bevölkerung.

Die Umsetzung der Beschlüsse der 2. Parteikonferenz der SED zur Schaffung von Grundlagen für den Aufbau des Sozialismus in der DDR stieß auf wesentlich veränderte innere und äußere Bedingungen.

Absoluten Vorrang hatten auch hinsichtlich dieser sozialistischen Variante die sowjetischen Interessen nach möglichst schnellem Wiederaufbau des Landes und nach Gewährleistung der Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit der Sowjetunion, auch für ihren wesentlich erweiterten Einflussbereich.

Zudem waren mit der Spaltung Deutschlands riesige neue Probleme entstanden. Die Startbedingungen beider deutscher Staaten waren höchst unterschiedlich, besonders auf wirtschaftlichem Gebiet. Die Sowjetunion war durch den Krieg schwer geschädigt und nicht in der Lage, der DDR eine dem Marshall-Plan vergleichbare Unterstützung zu geben. Im Gegenteil: Nachdem die US-Amerikaner die in Potsdam vereinbarten Reparationszahlungen und -lieferungen bereits ab Mai 1946 zu stoppen begannen, musste die sowjetische Seite ihren Ausrüstungsbedarf umso intensiver aus ihrer Zone befriedigen.<sup>22</sup> Die DDR zahlte unter schwierigsten Bedingungen 97 – 98 Prozent der Reparationslast Gesamtdeutschlands.<sup>23</sup>

Für die Lösung der anstehenden Probleme wirkten sich auch die für Ostdeutschland ungünstigen Standortnachteile bezüglich Bodenschätze, Bevölkerungsdichte, Produktionsstandorte für Schwer- und verarbeitende Industrie oder auch hinsichtlich Infrastruktur in ihrer ganzen Breite aus.

Das Gebiet der DDR, von Kriegszerstörungen in wesentlich stärkerem Maße betroffen, war zunächst ökonomisch ein Torso. Die materiell-technische Ausgangsposition betrug lediglich 50 Prozent des Niveaus der westdeutschen. Die Grundstoffindustrie, die Basis der Schwerindustrie mit 120 leistungsfähigen Hochöfen, befand sich im Ruhrgebiet. Die DDR verfügte über vier veraltete Hochöfen. Von der Vorkriegsproduktion Deutschlands entfielen bei Roheisen nur 1,3 Prozent auf das Gebiet der DDR. Bei Steinkohle waren es zwei. Bei Stahl sieben Prozent. Was Bodenschätze betraf, so verfügte die DDR zwar über Uranerzvorkommen sowie über Braunkohle und Kalisalze, aber kaum über Steinkohle, Kupfer und Zinn. Das Verkehrswesen war schwer angeschlagen, die Landwirtschaft ausgezehrt.<sup>24</sup> Die von den Alliierten festgelegte polnisch-deutsche Grenze an Oder und Neiße bedeutete zudem zusätzliche Probleme für die Aufnahme und Versorgung der ausgesiedelten Menschen.

---

<sup>22</sup> Vgl. Jörg Roesler, a. a. O., S. 16

<sup>23</sup> Vgl. Siegfried Wenzel: „Was war die DDR wert?“, Berlin 2000, S. 22

<sup>24</sup> Vgl. Georg Grasnick: a. a. O., S. 1



Durch die separate Währungsreform in den Westzonen wurden die Wirtschaftsbeziehungen mit Ostdeutschland weitgehend zerschnitten. Nochmals: Diese separate Währungsreform symbolisierte die faktische Spaltung Deutschlands – nicht der spätere „Mauerbau“ und weitere Abgrenzungsmaßnahmen. Die DDR musste sich auch gegen die Folgen des damit verbundenen Schwindelkurses samt Schieberkolonnen wehren.

Embargo- und Boykottmaßnahmen gegen die DDR führten notwendigerweise zu einer verstärkten Ausrichtung der Wirtschaft auf die Sowjetunion und die anderen verbündeten Staaten. Das bedeutete praktisch die Abkopplung vom Weltmarkt mit weitreichenden Konsequenzen. Wenige Beispiele aus einer langen Kette:

- Im Februar 1950 verbot die BRD-Regierung im Rahmen des so genannten Interzonenhandels vertraglich vereinbarte Stahllieferungen an die DDR. Das „Röhrenembargo“ sollte dem Aufbau dort einen empfindlichen Schlag versetzen. Auch 1951 und 1952 kam es wiederholt zum Handelsabbruch.<sup>25</sup>
- Am 11. März 1952 wurde der Notenbank der DDR durch drei US-amerikanische Banken mitgeteilt, dass auf Anordnung des amerikanischen Schatzamtes auf der Grundlage der „*Verordnung über die Kontrolle ausländischer Guthaben*“ alle Dollarguthaben der DDR in den USA und auf Schweizer Banken gesperrt seien. Diese Guthaben hat die DDR nie wieder gesehen.<sup>26</sup>

Die systematische Abwerbung junger, ausgebildeter Facharbeiter, von Technikern, von Ärzten und Wissenschaftlern war für die DDR ein großer Verlust, für die BRD zusätzlicher Gewinn. Die Menschen gingen nicht weg, weil sie hungern mussten. Aber die bessere wirtschaftliche Lage und die Lebensbedingungen in der BRD verfehlten nicht ihre Wirkung, erschienen vielen attraktiver.

Unterschätzt werden darf auch nicht die Schürung von Anti-Sowjetismus durch den Westen, der den von der Nazipropaganda hinterlassenen Antikommunismus geschickt bediente. Dieser hatte vor allem in den letzten Kriegstagen noch neue Nahrung infolge Plünderungen und Vergewaltigungen durch Soldaten der Roten

<sup>25</sup> Vgl. Georg Grasnick: Beilage zur Zeitschrift „RotFuchs“, Heft 9/2010

<sup>26</sup> Vgl. Kurt Andrä: Zum Umgang mit der Geschichte – Der 17. Juni 1953, Heft 97, Februar 2003

Armee erhalten. Angesichts verbrannter Städte und Dörfer, von Konzentrationslagern, des fanatischen, sinnlosen Widerstandes der Hitler-Armee, der vielen Sowjetsoldaten noch kurz vor Kriegsende das Leben kostete, entluden sich Gefühle des Hasses und der Vergeltung, auch an Unschuldigen.

Vergessen werden darf auch nicht, dass sich für die Menschen im Westen kaum etwas hinsichtlich ihrer Anschauungen und Traditionen, des Lebens in bürgerlich-kapitalistischen Verhältnissen, auch nicht bei versuchter persönlicher Verdrängung faschistischer Beeinflussung, änderte. Anders im Osten, wo sich Neues, Ungewohntes, Veränderungen in ideologischen und politischen Kategorien und mittels ungewohnter Methoden vollzogen. Zudem hatten auch hier zwölf Jahre Faschismus in den Köpfen der Menschen ihre Spuren hinterlassen. Kein Wunder, dass sich Konflikte entwickeln konnten, die im Zuge der versuchten Beseitigung einer sozialistisch orientierten DDR für ein bundesdeutsches „Roll-back“ nutzbar waren und genutzt wurden. Dennoch wurden bereits in dieser äußerst schweren Anfangsperiode der DDR Leistungen erbracht und auch Ergebnisse erzielt, die Grundlagen, aber auch Erfahrungswerte schafften für die besonders in den sechziger Jahren erkennbaren positiven Entwicklungen in vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens.

Unter großen Anstrengungen, aber auch mit Enthusiasmus wurden in kurzen Zeiträumen neue Kapazitäten in der Schwerindustrie, dem Bergbau und Schwermaschinenbau geschaffen. Beispiele hierfür sind das Eisenhüttenkombinat Ost bei Fürstenberg/Oder die Stahl- und Walzwerke Brandenburg/Havel, Gröditz, Hennigsdorf, Riesa, die Maxhütte Unterwellenborn, das erste Edelstahlwerk in Döhlen, die Großkokerei Lauchhammer, in der nach einem neuen Verfahren Braunkohle zu hüttenfähigem Hochtemperaturkoks gewonnen wurde. Im VEB Bergmann Borsig Berlin wurde das größte Drehwerk in Deutschland angefahren, das alle Großteile für Turbinen und Generatoren von Kraftwerken produzierte. In Calbe nahm der erste Niederschachtofen seinen Betrieb auf.

Auf dem Land entstanden die ersten Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG). Anfangs wurden sie von Neubauern und Landarbeitern gegründet und durch

Maschinenausleihstationen unterstützt. Im Unterschied zum sowjetischen Modell wurden drei Genossenschaftstypen geschaffen (Typ I: Gemeinsame Bodenbearbeitung, individuelle Viehwirtschaft; Typ II: Gemeinsame Bearbeitung auch des Grünlandes; Typ III: Einbringung der gesamten Nutzfläche, Maschinen, Gebäude, geeignetes Nutzvieh. Der Boden blieb in allen Typen Eigentum der in die LPG eintretenden Bauern, die Vergütung erfolgte nach Leistung und prozentualen Bodenanteilen). Die strategisch richtige Entscheidung für Agrargenossenschaften entsprach dem erkennbaren Trend zur Mechanisierung in der Landwirtschaft und der Überzeugung, dass mit den überwiegenden und schlecht ausgerüsteten Kleinbetrieben eine moderne, leistungskräftige Landwirtschaft nicht erreicht werden kann. Es ermöglichte zugleich die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Bäuerinnen und Bauern.

Anstrengungen zur Verbesserung der sozialen Lage wurden auch hinsichtlich der Stärkung der Rolle der Frau, der rechtlichen Sicherung und Unterstützung von Kinderreichen, bei der Errichtung von Kinderkrippen, Kindergärten, Tagesstätten, 11-wöchentlichem Schwangerschaftsurlaub und besonderer berufliche Förderung unternommen. Es wurden die Grundlagen für ein modernes, über die damaligen Eigentumsgrenzen hinausgehendes Schulsystem geschaffen, das befähigten Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit bot, auch ohne gefüllte Geldbeutel und Privilegien der Eltern eine höhere Schulbildung zu erwerben. *„Zu den unverkennbaren Wirkungen des Volkseigentums in der DDR gehörte, dass im Resultat seiner Leistungskraft schon in den 50er und 60er Jahren aus den Gewinnen der volkseigenen Wirtschaft ein vorbildliches Sozial- und Bildungswesen, kulturelle Einrichtungen in Stadt und Land finanziert wurden. Zugleich wurden teilungsbedingte ökonomische Disproportionen verringert und zielbewusst historisch gewachsene Unterschiede der Wirtschaftskraft und des Arbeitsplatzangebotes in den Regionen nach und nach ausgeglichen. Damit wurden im sozialen Gesamtinteresse Aufgaben in Angriff genommen und gelöst, die eine profitorientierte Wirtschaft nie in Erwägung gezogen hätte.“*<sup>27</sup>

Dennoch bauten sich im Frühjahr 1953 ernsthafte Schwierigkeiten

---

<sup>27</sup> Herbert Graf: Mein Leben. Mein Chef Ulbricht. Meine Sicht der Dinge. edition ost im Verlag Das Neue Berlin; Berlin 2008, S. 148

auf, die den neu strukturierten Verwaltungsapparat (Wegfall der Länderstruktur, Neubildung von Bezirken und Kreisen, zusätzlicher Bedarf geeigneter Kader) vor bisher unbekannte Aufgaben stellte.

Die anspruchsvollen und komplizierten Aufgaben zur Schaffung der Grundlagen für den Aufbau des Sozialismus in der DDR waren eng verflochten mit den außerordentlich harten zusätzlichen Auflagen der Sowjetunion nach dem Kurswechsel in der Deutschlandfrage. Diese Forderungen wurden rigoros durchgesetzt. Eine besondere Rolle spielte dabei die Tatsache, dass nach Kriegsende in der sowjetischen Besatzungszone die sowjetische Militäradministration (SMAD) – ähnlich wie die Militäradministrationen in den Westzonen – die oberste Regierungsgewalt besaß. Und auch nach Gründung der DDR besaß die Sowjetische Kontrollkommission (SKK) noch jahrelang maßgebliche Kontroll- und “Empfehlungsbefugnisse“, die sie auch konsequent wahrnahm. Diese Praxis war bestimmt von militärischem Denken in Realisierung sowjetischer strategischer und taktischer Zielstellungen und unter Anwendung sowjetischer Staats- und Parteiprinzipien. Die Entwicklung und Forcierung des Personenkults um Stalin gehörten dazu.

Letztendlich führte die absolute Priorität der Landesverteidigung in Folge des aufgezwungenen Rüstungswettlaufes zu einer Überbetonung des Militärischen und zu einer Unterschätzung des sozialen und psychologischen Faktors. Zwangsläufig erhöhte das auch die Möglichkeiten, die sich der westlichen Propaganda, Subversion, Infiltration und psychologischen Kriegsführung hieraus boten.

Verhängnisvoll wirkte sich die Stalinsche These von der gesetzmäßigen Verschärfung des Klassenkampfes beim Übergang zum Sozialismus in der Praxis aus. Vor allem in schwierigen Phasen der Entwicklung wurden absurde Beschuldigungen gegenüber politisch engagierten Menschen erhoben, um von eigenen Fehlern abzulenken. Auch viele deutsche Kommunisten und Antifaschisten fielen diesen unverzeihlichen und sozialismusfeindlichen Kampagnen zum Opfer. Diese spezifischen Hypothesen beeinflussten maßgeblich das sowjetische Sozialismus-Modell. Es war das bis dahin einzige real existierende. Zudem hatte es die Kraft der Gesellschaft und des Staates gezeigt, dem faschistischen Aggressor zu widerstehen und ihn zu besiegen.

Die Übernahme des sowjetischen Modells auch in den volksdemokratischen Ländern mit sozialistischer Zielstellung erfolgte unter ungenügender Beachtung deren jeweils spezifischer Geschichte und des Entwicklungsstandes und führte zu schweren Verwerfungen. Das war auch im ersten Jahr nach dem Beschluss erkennbar, planmäßig mit der Schaffung von Grundlagen für den Aufbau des Sozialismus in der DDR zu beginnen. Auch die SED- und Staatsführung der DDR blieb nicht frei von überhasteten Beschlüssen, die im Widerspruch zur realen Lage und auch zum angestrebten Ziel standen, eine bessere, als die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu schaffen. Und sie waren nicht frei in der Fassung von Beschlüssen, da seitens der UdSSR Einfluss auf diese Beschlüsse genommen wurde. Führende Funktionäre, wie Walter Ulbricht, Wilhelm Pieck sowie andere Mitglieder des Politbüros der SED, die die ersten Jahre des sozialistischen Weges in der DDR maßgeblich mitbestimmten, hatten sich an der Seite der Sowjetunion während ihrer Emigration in Moskau aktiv am Kampf gegen die faschistischen Aggressoren beteiligt. So blieben sie in ihrer späteren Verantwortung nicht unbeeinflusst von den sowjetischen Vorstellungen über den Weg zum Sozialismus und Kommunismus. Ganz abgesehen davon, dass sie an die befehlsartigen Vorgaben der sowjetischen Nachkriegsadministration gebunden waren. Die jetzt zugänglichen Protokolle und andere Dokumente zeigen aber auch vielfach Versuche, auf die Beachtung spezifischer Bedingungen in Deutschland zu dringen.

In ihrer Analyse über sowjetische Einflüsse und ostdeutsche Handlungsspielräume stellt Monika Kaiser fest, dass „*insbesondere Walter Ulbricht namens der SED bei der Sowjetischen Militäradministration intervenierte*“ um gegen „*widersprechende Anweisungen*“ sowie „*ständige Einmischungen der verschiedenen sowjetischen Dienststellen in alle möglichen zivilen Belange aufzutreten*“.<sup>28</sup> Auch gegenüber dem Hohen Kommissar und späteren Vorsitzenden der Sowjetischen Kontrollkommission (SKK), Semjonow, versuchte Ulbricht den Handlungsspielraum der DDR zu erweitern. Semjonow beklagte sich über zielgerichtete Einschränkungen des Verkehrs der DDR-Behörden mit der SKK,

---

<sup>28</sup> Monika Kaiser: Wechsel von sowjetischer Besatzungspolitik zu sowjetischer Kontrolle. In: Sowjetisierung und Eigenständigkeit in der SBZ/DDR (1945-1953), Böhlau Verlag, Köln 1999; zitiert aus Herbert Graf, a. a. O., S. 308/309

denunzierte diese Praxis als Nationalismus und beschwerte sich in einem streng geheimen Brief an Stalin.<sup>29</sup>

Die Führung der SED verfolgte nationale Interessen nicht nur in administrativen und ökonomischen Fragen, sondern auch in Sicherheitsfragen. Als die Nachricht von einer bevorstehenden Anreise einer Gruppe sowjetischer Geheimdienstler (Berija-Fraktion) eintraf die, wie in Budapest und Prag, Schauprozesse zum angeblichen Nachweis westlicher imperialistischer Unterwanderungen vorbereiten wollten, waren sich die anwesenden Politbüro-Mitglieder in ihrer Ablehnung ohne Zögern einig. In einem sofortigen Telefongespräch mit Stalin erinnerte Wilhelm Pieck an dessen Worte hinsichtlich eines behutsamen Umgangs in der deutschen Frage. Nach Angabe von Hermann Axen hat Pieck entschlossen geäußert: *„Wenn diese Gruppe nicht zurückgehalten werden kann, müssten wir sie zurückschicken, sobald die landet.“* Stalin stimmte dem zu und beorderte die Gruppe noch unmittelbar nach der Landung zurück.<sup>30</sup>

Letztlich aber blieb der Handlungsspielraum der Verantwortungsträger in der DDR in der ersten Hälfte der 50er Jahre sehr begrenzt. Die Durchsetzung der Beschlüsse zum Aufbau der Grundlagen des Sozialismus in einem kleinen Land, das außer den Reparationsleistungen die erhöhten Verteidigungsleistungen zu erbringen hatte, ging über die politischen, ökonomischen und sozialen Möglichkeiten der DDR hinaus. Die SED-Führung versuchte, auf ihrer 10. Plenartagung des ZK mit einem „beschleunigten sozialistischen Aufbau“ die vielfältigen Aufgaben und Probleme zu lösen. Das Programm der Sparsamkeit, das Finanzminister Willy Rumpf auf der Tagung begründete, sah vor:

- Höhere Besitz- und Einkommenssteuern;
- gezielte Preiserhöhungen, ausgenommen Waren des Grundbedarfs;
- Einsparungen in der volkseigenen Wirtschaft;
- Reduzierung von Sozialausgaben und von Aufwendungen für die Kultur.

Die Bündnisbeziehungen zu den Mittelschichten, zu wirtschaftsstarken Bauern und zu kirchlichen Kreisen wurden sektiererisch eingengt. Die Strafrechtspraxis folgte rigiden

---

<sup>29</sup> W.S. Semjonow: Von Stalin bis Gorbatschow, Nikolaische Verlagsbuchhandlung 1995, zitiert aus Herbert Graf, a. a. O., S. 309

<sup>30</sup> Hermann Axen: Ich war Diener der Partei. Autobiographische Gespräche mit Harald Neubert, edition ost, Berlin 1996; zitiert nach Herbert Graf, a. a. O., S. 309

sowjetischen Methoden und Prinzipien, was von vielen Bürgern als Kulturbruch empfunden wurde. Es wurden auch davon betroffene Bürger zu Gegnern der DDR, die sie ansonsten nicht geworden wären.

So entstand eine äußerst bedrohliche wirtschaftliche und politische Lage.<sup>31</sup>

Hinzu kam: Die Zahlen der Republikflüchtigen nahmen dramatische Ausmaße an – durchschnittlich 20 Tausend Menschen verließen monatlich die DDR.<sup>32</sup>

Aufschlussreich über die Zunahme der strafrechtlichen Sanktionen, insbesondere im Zeitraum zwischen Mitte 1952 und Mitte 1953, sind die kurzen Angaben über korrigierende Maßnahmen, die der Stärkung der demokratischen Gesetzlichkeit dienen sollten, vorgetragen von Otto Grotewohl auf der 15. Tagung des ZK der SED vom 24.-26. Juli 1953: *„Seit dem 11. Juni war es möglich, 18.000 Strafverfahren und Urteile auf etwaige Härten zu überprüfen. Das Ergebnis: Entlassen wurden 8871 Personen, allesamt verurteilt wegen geringfügiger Vergehen gegen das Gesetz zum Schutze des Volkseigentums oder Nichterfüllung der Ablieferungspflichten (Bauern) oder Steuerschulden (Mittelstand)...*“<sup>33</sup>

Vor welchen grundsätzlichen Problemen sich die SED- und Staatsführung gegen Ende des Jahres 1952 sah, geht aus dem Entwurf eines Schreibens des ZK der SED an die Regierung der UdSSR vom Januar 1953 hervor. Darin wird auf die Disproportionen in der Wirtschaft hingewiesen, die sich aus der Spaltung des ehemals einheitlichen deutschen Wirtschaftsgefüges ergeben hatten. Auf den Aufbau bewaffneter Streitkräfte und ihre Versorgung mit Material und Ausrüstung sei die DDR nicht vorbereitet. Das bedeute, dem normalen Verbrauch der Bevölkerung Erzeugnisse in erheblicher Höhe zu entziehen. Kritisch angemerkt wurden die zusätzlichen Forderungen nach strategischen Maßnahmen auf dem Gebiet des Verkehrswesens und dem Aufbau einer Luftfahrtindustrie sowie die erhebliche Erhöhung der Reparationszahlungen an die Sowjetunion. Deshalb wurde die Sowjetunion um verstärkte Lieferungen dringend benötigter

<sup>31</sup> Vgl. Siegfried Prokop: Der 17. Juni 1953, Geschichtsmysmen und historischer Prozess, in: Hefte zur ddr-geschichte, Nr. 81, S.14/15

<sup>32</sup> Vgl. Siegfried Prokop: Der 17. Juni 1953; ebenda

<sup>33</sup> Vgl. Hans Bentzin, a. a. O., S. 146

Engpassmaterialien und die Reduzierung der Reparations- und Exportverpflichtungen der DDR ersucht.

Die Sowjetische Kontrollkommission, die noch immer als eine Art „Ober-Regierung“ in der DDR tätig war (Übergabe der vollen Souveränität durch die Sowjetunion an die DDR erst 1955), übergab – in Kenntnis dieses Papiers – im Februar 1953 an die Regierung der DDR ein Memorandum. Darin wurden die nach ihrer Ansicht vorhandenen Möglichkeiten benannt, zusätzliche Mittel für die verlangten Verteidigungsmaßnahmen zu erwirtschaften. Gleichzeitig schlug man ein strengeres Sparsamkeitsregime vor. Es sah erhebliche Einschränkungen im gesamten sozialen Bereich einschließlich der medizinischen Versorgung, wie auch im Wohnungsbau vor. Die Führung der SED und die Regierung der DDR kamen diesen »Empfehlungen« der SKK zwar zögerlich, aber doch nach. Die in die Enge getriebene DDR-Führung beschloss einen rigorosen Sparkurs, der nicht, wie im Herbst 1952, vor allem Privatunternehmer, sondern diesmal voll die Bevölkerung insgesamt traf. Es erfolgten Einschnitte in den ohnehin niedrigen Lebensstandard:

- Die Preise für verschiedene Lebensmittel, wie Fleisch und Zuckerwaren, wurden angehoben.
- Die Kontingentierung von Lebensmitteln bei gleichzeitiger Erhöhung der Preise in den Läden der „zuteilungsfreien“ Staatlichen Handelsorganisationen (HO) wurde verschärft.
- Mit Aufhebung der Rationierung für Textilien und Schuhe stiegen zugleich deren Preise in den HO-Läden.
- Die Fahrpreismäßigungen, darunter für Schwerbeschädigte und für Arbeiterrückfahrkarten, wurden gestrichen und Maßnahmen zur Veränderung der Steuer- und Abgabeordnungen verfügt.

Hinzu kam die pauschale Anhebung der Arbeitsnormen in den volkseigenen Industriebetrieben und im Bauwesen um mindestens 10 Prozent, die ab 1. Juni 1953 gelten sollte. *„Der Höhepunkt aber war die generelle, durch Gesetz vorgeschriebene Erhöhung der Arbeitsnormen um durchweg mindestens 10%. Dieser Punkt hatte eine katastrophale Auswirkung, bedeutete er doch für die gleiche Arbeitsleistung 10% weniger Lohn“.*<sup>34</sup>

---

<sup>34</sup> Hans Bentzien: „Was geschah am 17. Juni?“ a. a. O., S.69



In Betriebsversammlungen wurde mit Empörung darauf hingewiesen, dass ohnehin alle Möglichkeiten ausgeschöpft würden und die Arbeiter keine Faulenzer seien. Die Rücknahme der Beschlüsse wurde verlangt. Die SED- und Staatsführung spürten den verstärkten Druck und versuchten, mit verschärften Repressionen gegen tatsächliche und vermeintliche Klassengegner und Konterrevolutionäre, gegen Privatunternehmer, Großbauern und auch gegen die evangelische Kirche in die Offensive zu kommen. Unzufriedenheit und Empörung nahmen sprunghaft zu. Besonders besorgniserregend war – wie schon beschrieben – die wesentliche Zunahme von Bürgern, die die DDR verließen.

Anfang Juni 1953 wurden Otto Grotewohl, Walter Ulbricht und Fred Oelsner (Wilhelm Pieck lag im Krankenhaus) nach Moskau beordert, wo am 3. und 4. Juni 1953 Gespräche mit der sowjetischen Führung erfolgten. Dort bekamen sie ein bereits am 27. Mai 1953 durch das Präsidium des Ministerrates der UdSSR beschlossenes Dokument vorgelegt. Es trug die Überschrift „**Maßnahmen zur Gesundung der politischen Lage in der Deutschen Demokratischen Republik**“ und war die verbindliche Vorgabe für den von der Führung der SED einzuschlagenden „**Neuen Kurs**“. Die sowjetische Führung hatte erkannt, dass, resultierend aus der Entwicklung in der DDR, an der Westgrenze ihres Machtbereichs eine ernsthafte Gefahr entstanden war. Diese gefährdete zunehmend die eigene Strategie auch im Hinblick auf ihre Deutschlandpolitik. Mit der Kursänderung sollten Voraussetzungen für eine Stabilisierung der DDR und darüber hinaus für eine Vorbildwirkung gegenüber den Werktätigen in der BRD geschaffen werden, um eine Massenbewegung für die Schaffung eines einheitlichen, demokratischen, friedliebenden, unabhängigen Deutschlands zu entwickeln. Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang, dass nach dem Tode Stalins am 5. März 1953 eine Art Machtvakuum in der Sowjetunion entstanden war, woraus sich eine scharfe Auseinandersetzung innerhalb der sowjetischen Führung auch über die künftige Deutschlandpolitik entwickelt hatte. Eine Stärkung der DDR jedenfalls wurde als eine günstige Voraussetzung für eine Weiterverfolgung gesamtdeutscher Lösungen gesehen. Darauf deuten auch die im Dokument über den „Neuen Kurs“ enthaltenen Aufgabenstellungen hin.

In den von Wilfriede Otto veröffentlichten internen Dokumenten der SED aus dem Jahre 1953 fasst sie in ihrem Kommentar die in der genannten Verfügung geäußerte Kritik und die Vorgaben der sowjetischen Führung – als Ausdruck einer fehlerhaften politischen Linie der SED bezeichnet – in folgenden Richtungen zusammen: *„Als grundsätzliche Probleme wurden insbesondere der Kurs auf einen beschleunigten sozialistischen Aufbau, die Nichtbeachtung der realen Bedingungen in der DDR wie auch der deutschen und internationalen Lage, die rasche Entwicklung der Schwerindustrie, das Einschränken und Verdrängen privater Initiative, die übereilte Schaffung von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, das Einmischen in Angelegenheiten der Kirche, die Verletzung der Gesetzlichkeit und der Bürgerrechte benannt. Die SED sollte das Administrieren reduzieren und ihre Haltung gegenüber der Intelligenz korrigieren. Besonders brisant war der auf Wladimir Semjonow zurückgehende Abschnitt über die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und den Abschluss eines Friedensvertrages. Diese Aufgabe sollte zum Mittelpunkt der Aufmerksamkeit werden, die Propaganda über die Notwendigkeit des Übergangs zum Sozialismus in der DDR wurde als ‚unrichtig‘ verworfen, der Block der demokratischen Parteien und Organisationen sowie die Nationale Front sollten bedeutend gestärkt werden“*.<sup>35</sup>

Für die in der DDR entstandene Lage machte die sowjetische Führung die SED-Führung unter Walter Ulbricht verantwortlich. In Widerspruch zum tatsächlichen Beschluss der 2. Parteikonferenz behauptete Moskau, die SED hätte ohne Vorhandensein der hierfür notwendigen inneren und äußeren Bedingungen den *„beschleunigten“* Aufbau des Sozialismus beschlossen und damit die innere Situation verschärft. Grundsätzlich sei sie deshalb für die Krise verantwortlich. Die SED-Führung wurde veranlasst, dieser einseitigen Wertung zuzustimmen und die Fehler als hausgemacht auszugeben. Eigene Eingeständnisse im Zusammenhang mit dem von Stalin im April 1952 diktierten beschleunigten Militärprogramm und den Forderungen der Sowjetischen Kontrollkommission nach außerordentlichen zusätzlichen Leistungen bei gleichzeitigen Einsparungen waren nur indirekt ableitbar. Es gab nunmehr aber doch Festlegungen zur Gewährleistung wirtschaftlicher Hilfe an die DDR. Auch wurde die Beseitigung von Mängeln in der Ausübung des Besatzungsregimes,

---

<sup>35</sup> Karl Dietz Verlag, Berlin 2003, S.19

insbesondere hinsichtlich der Beschränkung unmittelbarer Interessen der Zivilbevölkerung durch sowjetische Truppen angekündigt. Damit waren vor allem Eingriffe örtlicher Kommandanten in die Bereitstellung von Wohnungen und anderem Bevölkerungsbedarf gemeint.

Am 9. Juni wurde das Politbüro der SED zusammengerufen. Es entbrannten harte Diskussionen über Ursachen und Konsequenzen der in Moskau getroffenen Einschätzung der Lage sowie der zu treffenden Maßnahmen, auch zu Fragen des Arbeitsstils innerhalb des Politbüros und zur Führungsrolle Walter Ulbrichts.

Die Umsetzung der Forderungen der KPdSU- und Staatsführung in der UdSSR aber war alternativlos, zumal die sowjetische Seite Bereitschaft zeigte, für die Verwirklichung des „Neuen Kurses“ substantielle Hilfe zu leisten.

Der „Neue Kurs“ wurde am 9. Juni vom Politbüro und am 11. Juni 1953 vom Ministerrat der DDR beschlossen. Für viele überraschend veröffentlichte das „Neue Deutschland“ (das Zentralorgan des ZK der SED) am 11. Juni 1953 ein Kommuniqué des Politbüros des Zentralkomitees der SED vom 9. Juni 1953, in dem sozialpolitisch einschneidende und andere zu Ablehnung und Protesten führende Maßnahmen zurückgenommen wurden und die Parteiführung die politische Verantwortung für getroffene falsche Einschätzungen und Maßnahmen übernahm. Nicht betroffen von der Rücknahme aber waren die Normenerhöhungen in der Industrie und im Bauwesen. Auch die in Moskau geforderte Überprüfung uneffektiver und unfreiwillig gegründeter LPG wurde nicht erwähnt. Damit bekamen gerade Arbeiter und Bauern keine Antwort auf die ihnen besonders wichtigen Fragen.

Nach der überraschenden Sozialismus-Orientierung auf der 2. Parteikonferenz der SED, den wenig später folgenden Spar- und Zwangsmaßnahmen, die zu einer Verschlechterung der Lebenslage führten – nun deren Rücknahme! Die Reaktionen waren, bei aller Befriedigung über die Zurücknahme, Fassungslosigkeit, Verunsicherung, Desorientierung. Die Mitglieder der SED fühlten sich von ihrer Führung blamiert, die Parteileitungen zunehmend gelähmt. Nachdem sie mit großem persönlichen Einsatz versucht

hatten, ihre Kollegen von der Notwendigkeit der beschlossenen Maßnahmen zu überzeugen, ließ man sie nun wissen, dass das alles falsch gewesen sei; nunmehr werde ein neuer Kurs eingeschlagen. Die Bürger konnten nicht verstehen, weshalb innerhalb weniger Monate das als falsch bezeichnet wurde, was vorher richtig sein sollte. Für sie war das willkürliches Leiten über ihre Köpfe hinweg. Die Autorität und das Vertrauen zur SED- und Staatsführung sowie der SED- Parteiorgane insgesamt waren stark beeinträchtigt. Von vielen Menschen wurden die Reaktionen als Schwäche gewertet, von manchen Interessierten auch als Bankrotteingeständnis gedeutet. Als jedoch noch am 16. Juni morgens in einem Artikel der Gewerkschaftszeitung „Tribüne“ die Normenerhöhungen als in vollem Umfang für richtig erklärt und deren Verwirklichung bis zum 30. Juni 1953 gefordert wurde, kam „das Fass zum überlaufen“. Der DDR-Rundfunk sendete zudem erst in den Mittagsstunden eine Erklärung des Politbüros vom Vortag, in der die administrative Erhöhung der Normen als völlig falsch eingeschätzt und dem Ministerrat vorgeschlagen wurde, diese unverzüglich zurück zu nehmen. Doch da war es zu spät. Da war der Westberliner „Rundfunk im amerikanischen Sektor“ (RIAS) viel schneller und wirksamer. Mit seinen täglichen Sendungen „Berlin spricht zur Zone“ und „Werktag der Zone“ hatte er bereits seit Monaten die Normenfrage zu einem Dauerthema gemacht, nach Kräften die Unruhe und Unzufriedenheit geschürt und den Sturz und das Ende des „Systems“ als das wichtigste politische Anliegen der Arbeiter bezeichnet.

### **3. Zum eruptiven Ausbruch der angestauten Widersprüche**

Bereits in den Monaten und Wochen zuvor war es zu lokalen Protestversammlungen und Arbeitsniederlegungen in einigen Betrieben gekommen, die aber beigelegt werden konnten. Nun aber, vor allem am 16. Juni in Berlin beginnend und dann am 17. Juni auch in anderen Bezirken der DDR, entlud sich der angestaute Frust und Zorn der Arbeiter über die erlebte Verschlechterung ihrer Lebenslage in offene Empörung, in Streiks und Demonstrationen. Daran änderten auch die am 11. Juni zurückgenommenen Einschnitte in das ohnehin niedrige Lebensniveau nichts mehr. Zumal sich noch am 17. Juni in

vielen Bezirken zeigte, dass auch die Rücknahme der für die Arbeiter wichtigen Normenregelung nicht bis an die Basis gedrungen war.

Auslöser der Ereignisse waren sowohl am 16. wie auch am 17. Juni in Berlin Demonstrationen und Streiks der Bauarbeiter. Von zwei Großbaustellen in der Stalinallee sowie dem Krankenhausneubau im Stadtbezirk Friedrichshain formierten sich, nach vorherigen „informellen“ Absprachen zwei Demonstrationzüge, die sich vereinigten und auf ihrem Weg zum Haus der Gewerkschaften und zum Regierungssitz in der Leipziger Straße schnellen Zulauf erhielten. Auch in anderen Orten waren Bauarbeiter oft Auslöser der Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen. Sie insbesondere waren von den Normenerhöhungen betroffen. Schwierige Arbeitsbedingungen, Mängel in der Unterbringung und die Trennung von ihren Familien beeinflussten die Stimmung. Es zeigte sich in den folgenden Tagen, dass vor allem sie Demonstrationen vor die Tore erreichbarer Betriebe führten und deren Belegschaften zum Streik aufforderten.

Insgesamt beteiligten sich an den Protestaktionen im Juni 1953 in der DDR mehrere hunderttausend Menschen. Selbst der sich als bekennender Antikommunist betätigende Historiker Arnulf Baring kam zu folgender Einschätzung: *„Über den Umfang der Streikbewegung am 17. Juni besteht zwischen östlichen und westlichen Quellen im großen und ganzen Übereinstimmung: Grotewohl sprach im Juli 1953 offiziell von 272 Ortschaften, in denen gestreikt worden sei, und von 300.000 Arbeitern, die sich an den Streiks beteiligt hätten, westliche Angaben verzeichnen 274 Ortschaften und 372.000 am Streik beteiligte Arbeitnehmer. Die Gesamtzahl der Arbeitnehmer (ohne Lehrlinge) betrug damals 5,5 Millionen. Vergleicht man die Zahl der Arbeitnehmer mit der Zahl der Demonstranten, dann zeigt sich, wie verhältnismäßig wenige Arbeiter sich am 17. Juni beteiligt haben: Legt man die Angaben Grotewohls zugrunde, sind es 5,5 %, folgt man den westlichen Zahlen 6,8 %.“* Selbst die von Torsten Diedrich angebotene Zahl von 496.765 Streikenden aus 593 Betrieben würde einem Anteil von 11,1 Prozent der Werktätigen entsprechen.<sup>36</sup>

---

<sup>36</sup> Der 17. Juni 1953 in der DDR. Bewaffnete Gewalt gegen das Volk, Berlin 1991, S. 288; zitiert aus Wilfriede Otto in: „Die SED im Juni 1953“ a. a. O., S. 27

Charakteristisch war, dass anfangs, vor allem am 16. Juni, auf den Straßen Berlins sowie in Betriebsversammlungen weitgehend soziale Verbesserungen und Änderungen hinsichtlich der Normenfrage gefordert wurden. Die Demonstranten waren erregt, aber diszipliniert. Das änderte sich bald, insbesondere ab den Mittagsstunden des 16. Juni und von Anfang an am 17. Juni. Plötzlich dominierten politische Forderungen, zugleich mit einer Radikalisierung verbunden, die in blinde Zerstörungswut bis hin zu schwersten terroristischen und anderen Straftaten der Schwerstkriminalität eskalierte. Aus den Demonstrationen heraus wurden von hassgesteuerten Provokateuren Menschen, die sie als SED-Mitglieder bzw. Funktionäre ausmachten oder die sich sonst für Ruhe und Ordnung einsetzten, ermordet, misshandelt und zusammengeschlagen. Gebäude der SED, des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB), der Freien Deutschen Jugend (FDJ) und anderer gesellschaftlicher Organisationen sowie Dienststellen, vor allem der Volkspolizei und des MfS, gestürmt, Inneneinrichtungen zertrümmert, Waffen und Gelder entwendet, Mobiliar und Akten auf die Straße geworfen, Losungen, Bilder und Fahnen zerstört. Viele Verteidiger wurden, selbst bei Aufgabe von Widerstand, misshandelt und teilweise schwer verletzt. Gefängnisse (wie in Halle oder Magdeburg) wurden gestürmt und Inhaftierte befreit – auch mittels angedrohtem und ausgeführtem Schusswaffeneinsatz. Selbst in Krankenhäuser eingelieferte Misshandelte wurden zurückgefordert. Unter den Tätern befand sich ein hoher Anteil Jugendlicher sowie Orts- und Betriebsfremde.

In Berlin nutzten viele bestens über die Stellplätze und Bewegungen der Demonstrationzüge informierte Westberliner, vor allem an Randalen interessierte Jugendliche und offen feindlich zur DDR und zur sowjetischen Besatzungsmacht eingestellte Personen die offenen Grenzen zur Teilnahme, zur Aufheizung der Stimmung, auch mittels Falschinformationen und zu Gewalttätigkeiten aus. Die offenen Sektorengrenzen boten ihnen zudem sichere Rückzugsmöglichkeiten. Aus den Einsatzprotokollen der Berliner Volkspolizei geht hervor, dass sich ab den Nachmittagsstunden des 16. Juni eine deutliche Veränderung der sozialen Zusammensetzung in den Demonstrationen vollzog. Es beteiligten sich immer mehr Jugendliche, die zunehmend aus Westberlin kamen und aggressiv auftraten. Am Abend erschienen dann noch ca. 500 über die Oberbaumbrücke (Kreuzberg) kommende Jugendliche, die sich mit

ca. 500-800 aus den U-Bahnschächten der Stalinallee Kommenden vereinigten.<sup>37</sup>

Angriffsschwerpunkte bildeten das Volkspolizei-Präsidium am Alexanderplatz sowie das Haus der Ministerien in der Leipziger Straße. Das Niederbrennen des nahe gelegenen HO-Kaufhauses „Columbus“ am Potsdamer Platz ist vor allem als Symbol in Erinnerung geblieben. Diese Radikalisierung war auch in einigen Bezirken der DDR, vor allem am 17. Juni feststellbar. Schwerpunkte bildeten traditionelle Industrieregionen, wie das „Chemiedreieck“ um Halle, die Bezirkstädte Magdeburg, Leipzig, auch der Raum Görlitz an der neuen deutsch-polnischen Grenze mit einem hohen Anteil von Umsiedlern, betroffen von Wohnungsnot und fehlenden Arbeitsplätzen. Auch hier kam es, wie in Berlin, zu Totschlag und Misshandlung von Funktionären und Sicherheitskräften sowie zu Brandstiftungen.

Die Transparente und Rufe bezogen sich nun – neben Beseitigung der Normenerhöhung und auch anderer, bereits zurückgenommener sozialer Härtemaßnahmen – vorwiegend auf politische Forderungen, wie: Rücktritt der Regierung und Bildung einer provisorischen Regierung; Zulassung aller großen bürgerlichen Parteien Westdeutschlands; freie Wahlen in 4 Monaten; Freilassung aller politischen Gefangenen; sofortige Abschaffung der Zonengrenzen; Rückgabe der „Ostgebiete“; sofortige Auflösung der Kasernierten Volkspolizei; keine Repressalien gegen Streikteilnehmer.<sup>38</sup> Bereits am Nachmittag des 16. Juni wurden im Demonstrationzug Forderungen nach Generalstreik erhoben, auch unter Einsatz „erbeuteter“ Lautsprecherwagen.

### **Woher kamen die plötzlich und weitgehend einheitlich geschriebenen und skandierten politischen Forderungen?**

Auskunft hierüber gab u. a. Egon Bahr, 1953 Chefredakteur des RIAS.

---

<sup>37</sup> Vgl. Torsten Diedrich/Hans-Hermann Hertle: Alarmstufe „Hornisse“. Die geheimen Chef-Berichte der Volkspolizei über den 17. Juni 1953; Metropol Verlag Berlin 2003, Lageberichte Ost-Berlin. Anmerkung: Der Anteil Jugendlicher war auch in Bezirken der DDR sehr hoch. Auffallend war ihre Aggressivität und Beteiligung an Gewalttaten. So war auch ihr Anteil an den Verhafteten und Verurteilten groß. Er betrug z.B. an den vom Bezirksgericht Dresden Verurteilten mehr als 50% (Angaben aus Wikipedia/17. Juni 1953)

<sup>38</sup> Vgl. Programm der zentralen Streikleitung des Kreises Bitterfeld, per Telegramm an die Regierung gesandt, Wikipedia/17. Juni 1953

In seinem Buch „Zu meiner Zeit“ berichtet er offen darüber, wie er im RIAS erschienene Vertreter der Streikleitung der Bauarbeiter in der Stalinallee, die bis dahin über keine Liste von Forderungen verfügten, empfing. Dass er die aus Sicht des RIAS als erforderlich betrachteten politischen Forderungen mit ihnen beraten hat und diese ihnen sogar in fünf oder sechs Punkten formulierte. Die wurden dann über den Sender als Position der Streikleitung am 16. und 17. Juni von den Abend- bis in die Morgenstunden stündlich verbreitet. Senderhilfe für einen Aufruf zum Generalstreik, den die Streikleitung anfangs wünschte, habe Bahr – wie er schreibt – aus mehreren Gründen ablehnen müssen. Was ihn aber nicht hinderte, noch in der Nacht des 17. Juni den Westberliner Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Ernst Scharnowski, mit der Maßgabe aus dem Bett zu holen, über den RIAS einen Aufruf zu verlesen. Der enthielt neben euphorischen Unterstützungsbekundungen die Aufforderung, überall in der „Zone“ eigene „Strausberger Plätze“ zu schaffen. Und der Programmdirektor des Rundfunks im Amerikanischen Sektor (RIAS), Eberhard Schütz, wurde in der Abendsendung zuvor noch deutlicher, indem er die politischen Forderungen in den Mittelpunkt rückte und im Namen des RIAS die Erwartung aussprach, *„in den nächsten Tagen von weiteren Siegen berichten zu können“*.<sup>39</sup> Als sich die Meldungen über Streiks und Demonstrationen auch aus Bezirken der DDR verdichteten, so Egon Bahr wörtlich: *„...stellten wir zu unserer Überraschung fest: Überall waren die Forderungen, die wir in meinem Zimmer mit der Streikleitung aus der Stalin-Allee formuliert hatten, und zwar auch in dieser Reihenfolge, übernommen worden. Gerade weil es keine Organisation gegeben hatte, war unbestreitbar: Der RIAS war, ohne es zu wissen und ohne es zu wollen, zum Katalysator des Aufstandes geworden. Ohne den RIAS hätte es den Aufstand so nicht gegeben.“*<sup>40</sup>

Die Tageszeitung „jungeWelt“ vom 15. Mai 2003 fügte diesen Einlassungen in einem Kommentar zur Rolle Bahrs am 17. Juni 1953 eine zutreffende Bemerkung hinzu: *„Das lehrt: CIA-Putsche, BND-Spionage und Kriege der freien Welt wurden zwar organisiert, aber willenlos und ohne Wissen der Organisatoren. Darauf kam im Sozialismus keiner“*.

<sup>39</sup> Vgl. Christian Ostermann: Die USA und der Aufstand vom 17. Juni 1953; in: Deutschland Archiv, Mai/Juni 1997, S. 354

<sup>40</sup> Egon Bahr: Zu meiner Zeit, Carl Blessing Verlag, München 1996, S. 80



Um Missverständnissen vorzubeugen: Zweifellos trug der RIAS durch seine nahezu pausenlose Berichterstattung über die Ereignisse maßgeblich zur Ausbreitung der Unruhen auf die gesamte DDR bei. Insofern war er ein Organisator, war er ein auslösender Funke für Brandherde und schwere Verbrechen in Regionen der DDR. Aber er war weder hauptverantwortlich für die den Unruhen zugrunde liegenden Ursachen, noch konnte er in die Interessenlage der Alliierten im Weiteren eingreifen. Folgerichtig hatte der US-amerikanische Hochkommissar McCloy (in Sorge um die selbst für die US-Strategie gefährliche Entwicklung einer direkten Konfrontation mit der Sowjetunion) anfragen lassen, ob der RIAS vielleicht den dritten Weltkrieg beginnen wolle.

**In Betrachtung der Vorgänge im Juni 1953 erhebt sich die Frage, wie es möglich sein konnte, dass es den letztlich ausreichend starken Schutz- und Sicherheitskräften der DDR nicht gelang, die Ausschreitungen, terroristischen Handlungen, Brandstiftungen und anderen Zerstörungen zu verhindern.**

Es ging ja nicht um die Verhinderung von Streiks; die waren gemäß Artikel 14, Abs. 2 der Verfassung der DDR vom 7. Oktober 1949 erlaubt. Es ging auch nicht um Versammlungsverbote, denn nach Artikel 9, Abs.1 der gleichen Verfassung war garantiert: *„Alle Bürger haben das Recht, innerhalb der Schranken der für alle geltenden Gesetze ihre Meinung frei und öffentlich zu äußern und sich zu diesem Zwecke friedlich und unbewaffnet zu versammeln“*. Es ging um die Verhinderung von schweren Straftaten, wie das in jedem zivilisierten Staat der Welt zur Pflicht gemacht wird.

Aus den Dokumenten, welche die Befehlsgebung, Lageberichte und Analysen des Chefs der Deutschen Volkspolizei und der nach geordneten Leiter enthalten, lassen sich zwei Prämissen ableiten, die maßgeblich die beschriebenen Folgen ermöglichten:

1. Die DDR-Führung und speziell auch die der VP gingen grundsätzlich von dem Charakter der Volkspolizei als Polizei des Volkes aus. Der schloss bewaffnetes Vorgehen gegen Arbeiter und Arbeiterinteressen aus. Sie unterschätzten aber den Grad der Entfremdung, der sich zwischen SED-Führung, Regierung und Volk entwickelt hatte. Sie glaubten, dass die Rücknahme der strittigen Sparmaßnahmen am 9. Juni, einschließlich Rücknahme der

Normenerhöhung am 16. Juni, die Lage entspannt. Diese Entwicklung sollte nicht durch Polizeieinsätze gefährdet werden. Sie unterschätzten den Grad der Wirksamkeit, der durch pausenlose Ansagen des RIAS und des Norddeutschen Rundfunks (NDR) sowie durch logistische Unterstützung aus Westberlin – geplant oder nicht – erzielt wurde. Und auf einen spontanen Massenstreik sowie Gewalttätigkeiten waren die Organe der DDR weder ideologisch noch führungsmäßig vorbereitet.

Nach den Vorkommnissen in Berlin am 16. Juni ging die Führung von einer regionalen Begrenzung auf die Hauptstadt unter besonderer Berücksichtigung der direkten gegnerischen Einflussnahme von Westberlin aus. Diese Auffassung wurde nach den Krawallen am 16. Juni auch in einer Zusammenkunft des Sowjetischen Hohen Kommissars Semjonow, des Chefs der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland, Marschall Gretschko, Ulbrichts, Grotewohls und Zaissers (Minister für Staatssicherheit) vertreten. Ein Einsatz der Kasernierten Volkspolizei (KVP) wurde zu diesem Zeitpunkt nicht vorgesehen. Die Zentrale Führung der VP unterließ die Informierung über die Vorgänge in Berlin und entsprechende lagebezogene Handlungsorientierungen für die Bezirke.

2. Die Grundorientierung für die Kräfte vor Ort lautete:

Kein Schusswaffengebrauch, keine Gewaltanwendung sondern beschwichtigendes Vorgehen. Diese Linie wurde auch noch eingehalten, als die Initiative auf der Straße längst von aggressiven Gewalttätern übernommen war und Sicherheitskräfte entwaffnet, verletzt, getötet wurden. Allein in Berlin wurden 46 Volkspolizisten verletzt, davon 14 schwer. Noch am Morgen des 17. Juni hatte die Hauptverwaltung der Deutschen Volkspolizei (HVDVP) ihre Bezirksbehörden orientiert, im Falle von Streiks und Demonstrationen zu argumentieren, über Normenrücknahme zu informieren, deeskalierend zu wirken, auf keinen Fall Schusswaffen einzusetzen. Erst gegen Mittag wurde befohlen, dass zu schützende Objekte und Einrichtungen auch mit der Waffe zu verteidigen sind. Es gibt viele Beispiele dafür, mit welcher hoher Einsatzbereitschaft die Einsatzkräfte vor Ort, in oft aussichtsloser Lage versuchten, den Mob zu stoppen. Allein die Verhinderung der Erstürmung von Objekten und Einrichtungen in zwei Dritteln aller Versuche spricht hierfür. Der psychische und auch ideologische Druck, nicht zuletzt durch ungenügende Informierung der Kräfte, führten zu außerordentlichen

Belastungen. Torsten Diedrich und Hans-Hermann Hertle bescheinigen in ihrem Buch den eingesetzten Volkspolizisten, dass sie in ihrer Mehrheit aus Überzeugung Ruhe und Ordnung gegen die Demonstranten durchsetzten bzw. diese wieder herstellten und nicht wenige auch die Überzeugung einte, dem Aufbau einer besseren Gesellschaftsordnung zu dienen.<sup>41</sup>

Erst in den Mittagsstunden des 17. Juni wurden in Berlin durch den Militärkommandanten des sowjetischen Sektors von Groß-Berlin in Wahrnehmung des für alle Alliierten geltenden Besatzungsrechts und zeitversetzt in den meisten Bezirken der DDR (davon in 167 der 217 Kreise) entsprechend der Lage durch die örtlichen Militärkommandanten der Ausnahmezustand ausgerufen. Als die Sowjetarmee militärische Präsenz zeigte, ebte die Gewalt schnell ab. Auch die Kasernierte Volkspolizei kam teilweise zum Einsatz. Das sowjetische Eingreifen und auch der besonnene Einsatz von Einheiten der KVP, der Deutschen Volkspolizei und des MfS zum Schutze wichtiger politischer und wirtschaftlicher Zentren und Einrichtungen führte zu einer raschen Beruhigung der Lage. Entscheidend aber war, dass die übergroße Mehrheit der Bevölkerung die Provokateure, die diese Situation für konterrevolutionäre und kriminelle Zwecke, darunter Plünderungen nutzten, nicht unterstützten. Viele Betriebe und Einrichtungen verweigerten sich den Aufrufen zu Streiks und Demonstrationen, wurden durch Arbeiter und Angestellte gegen Randalierer und Brandstifter verteidigt. Es bildeten sich sogar Arbeiterwehren, Vorläufer der später gebildeten Kampfgruppen der Arbeiterklasse. Das hatte aber angesichts der erlebten Gewaltausbrüche auch mit der Ernüchterung vieler Streikteilnehmer zu tun. Ihnen wurde der Widerspruch zwischen Erlebtem und ihren eigentlichen Anliegen bewusst. Tatsache ist: Das Eingreifen von Einheiten der Sowjetarmee zur Herbeiführung einer festen öffentlichen Ordnung führte in einigen Fällen auch zur Anwendung von Schusswaffen. Es wurden gegebenenfalls Warnschüsse abgegeben, gezielte Schüsse grundsätzlich zur Selbstverteidigung.<sup>42</sup>

Es gab mehrere Tote und Verletzte. Aber selbst der damalige US-Chef des RIAS, Gordon Ewing, musste 1983 resümieren: *„Im Gegensatz zu der Sensationsberichterstattung und den Berichten*

---

<sup>41</sup> Diedrich/Hertle; a. a. O., S. 30

<sup>42</sup> Diedrich/Hertle; ebenda

*der tendenziösen Presse, zeigte die Rote Armee während der Ereignisse in Berlin äußerste Disziplin. Doch bis zu einem gewissen Grade wurden sie zu anderen Aktionen durch die sie umgebenden Leute herausgefordert, die mit Steinen und Eisenstücken, oder was sie gerade fanden, nach ihnen warfen.“<sup>43</sup>*

Die immer wieder kolportierte Behauptung, nur durch einen Einsatz sowjetischer Panzer sei ein „Volksaufstand niedergewalzt“ worden, wies der bereits zitierte Historiker Arnulf Baring wie folgt zurück: *“Der Aufstand ist nicht durch sowjetische Truppen niedergeschlagen worden. Aufs Ganze gesehen war die revolutionäre Welle schon gebrochen, bevor die Russen aufmarschierten. Ihr Eingreifen war kein Wendepunkt, sondern hat nur den Schlusspunkt gesetzt: die Streik- und Demonstrationsbewegung hatte sich im Laufe des Tages erschöpft. Der Elan war versickert, der Aufstand in den Anfängen stecken geblieben“<sup>44</sup>*

1973 wurde unter dem Titel *„Ein Mittwoch im Juni. Vor 20 Jahren: Volksaufstand, Arbeiterrevolte oder Agentenputsch“* eine vom NDR produzierte Dokumentation zum 17. Juni ausgestrahlt. Sie ist insofern beachtenswert, weil sie zu verschiedenen Dingen von den Zeitgeist-Vorgaben und -Behauptungen abweicht. In ihr wird zu der Behauptung, sowjetische Panzer seien brutal und rücksichtslos gegen die Demonstranten vorgegangen, auch auf Baring verwiesen und wie folgt zitiert: *„Ich würde sagen, dass die Sowjetunion insgesamt sehr vorsichtig und umsichtig diesem Aufstand ein Ende gesetzt hat. Ich glaube man muss im Gegenteil sagen, dass die Sowjetunion sich soweit wie möglich bemüht hat, Blutvergießen zu vermeiden.“*

Der sich an Baring anschließende Kommentar des NDR lautete:

*„Als am 17. Juni am Potsdamer Platz Schüsse fielen, wurden sieben Personen tödlich verletzt, sechs von ihnen waren Westberliner.“<sup>45</sup>*

In diesem Zusammenhang ist auch die Wiedergabe der Feststellungen bedeutsam und aufschlussreich, die zwei Kameraleute des Westfernsehens während ihrer Aufnahmen am Potsdamer Platz getroffen haben: Erich Onasch und Helmut. W. Sonntag haben keine Zweifel woher *„die zwölf bis fünfundzwanzig jungen Leute kamen, die dort randalierten, im Columbiahaus und Cafe Vaterland Feuer legten. Sie kamen aus Westberlin.“*

<sup>43</sup> Justus von Denkmann: Der Fall Erna Dorn, spotless Verlag, Berlin 2002, S. 13/14

<sup>44</sup> Arnulf Baring: Der 17. Juni 1953. Köln/Berlin 1965. Zitiert nach Herbert Graf, Mein Leben. Mein Chef Ulbricht. Meine Sicht der Dinge; a. a .O., S. 184

<sup>45</sup> Anm.: Der Ereignisort Potsdamer Platz war Territorium der DDR-Hauptstadt

Woher kamen die Brandflaschen? „*Es war wohl auf jeden Fall eine russische Emigrantenorganisation, die dann vieles verteilte, Flugblätter, Benzinkanister oder Brandflaschen, Stöcke und ähnliche Dinge. Wer sich bedienen wollte konnte von dort irgendwelche Dinge abholen. Sieben Särge standen dann vor dem Schöneberger Rathaus, die darin liegenden wurden von den Politikern Jacob Kaiser und Ernst Reuter mit hehren Worten als Menschen gewürdigt, die ihr Leben für Deutschland geopfert haben*“.

Soweit aus einem weiteren Bericht, der von der üblichen West-Sicht auf den 17. Juni abweicht – aber kaum eine Fortsetzung fand.<sup>46</sup>

Die angegebenen Zahlen von Toten und Verletzten differieren. Sowjetischen geheimen Angaben zufolge soll es 44 Tote, davon 11 ermordete Parteifunktionäre und 4 vollstreckte Todesurteile gegeben haben. 350 Demonstranten, 83 Parteifunktionäre und Polizisten sollen verletzt worden sein.<sup>47</sup> „Wikipedia“ listet in direktem Zusammenhang mit den Ereignissen quellenbelegte 47 Todesopfer (34 Demonstranten, 1 Zufallsopfer, 5 Angehörige der VP und der Sowjetarmee sowie 2 durch Gerichte der DDR und 5 durch sowjetische Gerichte ausgesprochene und vollstreckte Todesurteile).

In einer anderen Auflistung wird auf 51 nachweisbare Todesopfer verwiesen. In damit verbundener Einschätzung wurde resümiert: „*Tatsächlich ist es auf den eher zurückhaltenden Schusswaffeneinsatz der DVP, aber auch später der sowjetischen Armee in den meisten Regionen zurückzuführen, dass es nicht wesentlich mehr Todesopfer bei den Unruhen im Juni 1953 gab.*“<sup>48</sup>

**Die westlichen Alliierten blieben in ihren aktuellen Reaktionen hinsichtlich der Ereignisse um den 17. Juni 1953 zurückhaltend.** Ihre drei Stadtkommandanten in Berlin kamen in den Morgenstunden des 17. Juni überein, dass ihre Hauptaufgabe die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung sei. Sie waren beunruhigt über Demonstrationzüge durch Westberliner Territorium. Auch wurde in Berlin stationierten CIA-Agenten untersagt, Ostberliner Demonstranten und Streikenden Waffen zur Verfügung zu stellen.<sup>49</sup>

<sup>46</sup> Vgl. Film und Geschichte/17. Juni; NDR

<sup>47</sup> Vgl. Siegfried Prokop: hefte zur ddr-geschichte; Nr. 81, S. 43

<sup>48</sup> Vgl. Diedrich/Hertle, a. a. O., S. 28

<sup>49</sup> Christian F. Ostermann: Subversive Aktionen gegen die DDR. Die amerikanische Reaktion auf den 17. Juni 1953, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, Berlin 1996, S. 266/267

Der Premierminister des Vereinigten Königreiches, Winston Churchill, sah den Aufstand kritisch, da er dadurch seine Initiative für eine neue 4-Mächte-Konferenz gefährdet sah. Er erklärte der Sowjetregierung, „*dass sie im Recht gewesen sei, als sie den Aufstand niederschlug.*“ Churchill hatte nach Stalins Tod und Irritationen hinsichtlich der sowjetischen Deutschlandpolitik Chancen auf einen Kompromiss in Richtung Einheit Deutschlands gesehen. Nach intensiven Aktivitäten Adenauers, gemeinsam mit den USA diese Initiative ins Leere laufen zu lassen, versetzten die Ereignisse um den 17. Juni seinen Bemühungen den Todesstoß.

### **Daraus ergeben sich jedoch auch Fragen:**

- War es Zufall, dass am 13. Juni 1953 Eleanor Dulles – Sonderberaterin für Berliner Fragen im State Department und Schwester des US-Außenministers John F. Dulles sowie des Spionagechefs Allan W. Dulles – nach Westberlin kam? Zwei Tage später traf auch US-General Ridgway zu einem „Blitzbesuch“ in der Stadt ein. Er hatte noch kurz zuvor Krieg in Korea geführt. Welche Häufung von „Zufälligkeiten“! Aber es waren keine Zufälligkeiten. Die Lage war hochexplosiv geworden. Es waren starke, auch widerstreitende Kräfte am Werk, um die Lage für sich auszunutzen. **Aus den vorliegenden Dokumenten ist erkennbar, dass die USA trotz erzielter Einbrüche, die sie als Erfolg ihrer langfristig angelegten Strategie werteten, unsicher hinsichtlich weiterer Schritte waren.**
- War der „Tag X“ gekommen, waren die antisozialistischen Kräfte in der DDR so stark, dass sie die aktuelle Unzufriedenheit breiter Teile der Bevölkerung mit den sozialen Unzulänglichkeiten und Härten für die Beseitigung der DDR ausnutzen können?
- Wie stark waren das Bewusstsein und der Stolz auf die trotz aller Schwierigkeiten und Mängel geschaffenen Errungenschaften in der Bevölkerung?
- Wie würde die Reaktion der Sowjetunion angesichts des Angriffs auf ihre Interessen, insbesondere ihre Sicherheitsinteressen sein?
- Wie berechenbar war die neue Führung der Sowjetunion nach dem Tode Stalins?

- Welche Konsequenzen könnten sich für den besonderen Status Westberlins ergeben, den die Westmächte auf ihre Art missbrauchten?
- In welcher Weise könnten Interessen der britischen und französischen Alliierten berührt sein?
- Wie weit war ein 3. Weltkrieg entfernt?

Obwohl die USA und Bonn zielstrebig auf eine baldige Wiedereingliederung der DDR in die BRD hingearbeitet haben, waren die Drahtzieher im Westen wohl doch vom Termin des Ausbruchs sozialer Unruhen am 16. Juni 1953 in Berlin und über die insbesondere vom RIAS organisierte Umwandlung in konterrevolutionäre Aktionen überrascht.

Das besonnene Eingreifen der Sowjetarmee und der Sicherheitskräfte der DDR, aber auch die in weiten Teilen der DDR bestehende ruhige Lage, auch das die Bürger abschreckende brutale, unmenschliche Vorgehen faschistischer, antisozialistischer Provokateure, der vielfach aus den Westsektoren Berlins einströmenden aufgetzten Jugendlichen, trugen entscheidend zum schnellen Zusammenbruch und Abklingen von Streiks und Demonstrationen bei. Damit waren die Würfel gefallen. Die Sowjetunion hatte deutlich gemacht, dass sie nicht bereit war, die Existenz der DDR aufs Spiel zu setzen. Sie bekundete ihre Bereitschaft, diese nach Maßgabe ihrer Möglichkeiten zu unterstützen. Sie war entschlossen, die militärische Verteidigung eines sich entwickelnden sozialistischen Systems an der Elbe zu gewährleisten.

Die USA ihrerseits wollten auch nicht das Risiko eingehen, das für ihre Interessen außerordentlich wichtige alliierte Berlinabkommen zu gefährden, das ihnen immer noch Stationierungsrechte in Westberlin und damit eine Brückenkopffunktion inmitten der DDR erlaubte. Angesichts all dieser Faktoren blieben sie bei ihrer Linie, der Westintegration der Bundesrepublik Vorrang einzuräumen. Das sahen sie als Voraussetzung für weitere Vorstöße.

Natürlich versuchten sie dennoch, das Beste für sich aus der momentanen Situation zu machen. Sie werteten den „Aufstand in der DDR“ als bisher bestes Beispiel für die Wirksamkeit der Politik des „Roll-back“, fühlten sich damit bestätigt. So führten sie Ende Juli

1953 durch eine groß angelegte Aktion „Eisenhower-Pakete für die Ostdeutschen“ die Destabilisierungspolitik fort. Die Pakete im Werte von insgesamt 15 Millionen US-Dollar, die in Westberlin abzuholen waren, sollten die Notlage der DDR-Bevölkerung demonstrieren und diese in Widerspruch zur Regierung bringen.

Allerdings: Nach anfänglichen Erfolgen erwies sich der Nutzen der Aktion als begrenzt.

Viele DDR-Bürger fühlten sich benutzt, auch die evangelische Kirche warnte davor, die Ostdeutschen als Werkzeuge amerikanischer Propaganda auszunutzen. Und Westberlins Regierender Bürgermeister Ernst Reuter mahnte zur Vorsicht in Anbetracht des negativen Eindrucks, den die Aktion unter den West-Berliner Arbeitslosen hervorrief. Die Aktion lief sich Ende des Jahres tot.<sup>50</sup>

#### **4. Zur rechtlichen Ahndung von Straftaten im Zusammenhang mit dem 17. Juni 1953**

Die bewussten Tage im Juni waren davon gekennzeichnet, dass sich tausendfacher Protest auf Baustellen, in Betrieben und auf der Straße sicht- und hörbar machte. Das wäre kein Grund für strafrechtliche Konsequenzen gewesen, denn Streik- und Demonstrationsrecht war in der Verfassung der DDR von 1949 in den Artikeln 9 und 14 festgeschrieben und formuliert, wie in vielen bürgerlichen Staaten auch. Wie aber soll ein Staat reagieren, wenn aus Demonstrationen heraus Menschen gelyncht, gefoltert, zusammengeschlagen und schwer verletzt werden? Wenn staatliche und gesellschaftliche Einrichtungen unter Gewaltanwendung besetzt, in Brand gesetzt, verwüstet werden, geplündert wird? Wenn Gefängnisse gestürmt, Polizeikräfte entwaffnet und niedergeschlagen, mit deren Waffen weitere Straftaten begangen und Strafgefangene „befreit“ werden? Keine Gesellschaft, kein Staat kann das ungeahndet lassen – und so war das auch in der DDR. Insbesondere in den Tagen des 16. und 17. Juni 1953 wurden im Zusammenhang mit den Streiks und Demonstrationen eine Vielzahl von Handlungen begangen, die damals und auch noch heute in der Bundesrepublik als Straftaten zu qualifizieren und zu bestrafen wären.

Die folgenden zwei Augenzeugenberichte belegen ausschnittsweise die Intensität von Gewalttaten in den Junitagen 1953. Die

---

<sup>50</sup> Vgl. Ostermann: a. a. O., S. 366



„Bundeszentrale für politische Bildung“ hat im Rahmen des Projektes „17. Juni 1953“ im Internet u. a. Augenzeugenberichte aus Brandenburg veröffentlicht (Angaben vom Original übernommen):

„SPD –PV Ostbüro  
Quelle 3-622/5

Berlin 22.6.53  
wi/bu

*Augenzeugenbericht aus Brandenburg/Havel 17.6.1953*

„Quelle“ beteiligte sich an Demonstrationen rege, entwaffneten bei der SED Kreisleitung die dort postierten 8-9 Vopos. Einer von ihnen wurde in die Havel geworfen, die anderen zogen ihre Röcke aus.... Rote Fahnen wurden entfernt und dafür schwarz-rot goldene Fahnen gehißt. Das Aktenmaterial wurde auf die Straße geworfen.

„Quelle“ sonderte sich mit etwa 20 Mann ab, worunter drei Mann mit 0,8 Pistolen bewaffnet waren. Sie zogen zum Amtsgericht Steinstraße...Die Scheiben des Amtsgerichtes wurden zerschlagen. Nachdem sie die Vopos abgedrängt hatten, brachen sie in das Amtsgebäude ein. Darauf schlug „Quelle“ die Türe zum Gerichtssaal mit einer Axt ein. Die Inneneinrichtung wurde demoliert. Hier öffnete die Vopo aus den Wachstuben das Feuer. Es waren nur Warnschüsse. Die Gruppe drang nun in die eine Tür des Gefängnisses ein. Nachdem von der VP scharf geschossen wurde, revanchierte sich „Quelle“ mit zwei Schüssen gegen die Stellung der Vopo. Dadurch gelang der Einbruch in das Gefängnis.

„Quelle“ forderte nun die Freigabe der politischen Gefangenen. Im gleichen Moment erschien der Richter des Polizeigefängnisses und erbot sich zur Verhandlung und zur Freigabe der Gefangenen bereit. Nach viertelstündlicher Verhandlung begab sich „Quelle“ mit drei Mann der Gruppe zum eigentlichen Gefängnis... Auf diese Art wurden etwa 30 – 35 Menschen freigelassen. Unterdessen rückte ein Gefangenwagen, besetzt mit Wachmannschaften der VP heran, um die übrigen Insassen (schwere Fälle) abzutransportieren, was ihnen nicht gelang, da der Gefangenwagen umgestürzt und die Besatzung entwaffnet wurde. Kurze Zeit darauf traf ein Überfallkommando der Wasserschutzpolizei ein, der (sic) mitsamt der Besatzung umgekippt wurde.

Von der übrigen Menschenmenge wurde zwischenzeitlich das gesamte Gerichtsgebäude geräumt, Aktenmaterial vernichtet und der Staatsanwalt mit Handschellen gefesselt zu Gefangenwagen geführt.

*Er wurde daraufhin blutig geschlagen und in das Gefängnis zurückgeführt, wo er bald mit einem PKW an die Havel gefahren wurde, hier warf man ihn von der Lukenberger Brücke in den Fluß, fischte ihn wieder auf, stellte Wiederbelebungsversuche mit ihm an, was weitergeschah, wurde von „Quelle“ nicht beobachtet. Beim weiteren Abmarsch begegnete „Quelle“ dem Richter des Amtsgefängnisses, der im Gesicht total zerschlagen war. Das linke Ohr war ihm halb abgerissen. Die empörte Menge wollte Lynchjustiz. Da trat ein Arzt für ihn ein...“*

Soweit dieser bis zum 19. Juni reichende Bericht von „Quelle“ 3–6/225.

Die „Bundeszentrale für politische Bildung“ veröffentlichte im Internet einen weiteren „Bericht über Volkserhebung in Rathenow“ unter Bezug auf die Quelle 20.858 des SPD-Ostbüros mit Klarnamen Kurt Gaede, wohnhaft in Rathenow. Gaede sei Metallschleifer in „Optische Werke Rathenow“ gewesen und habe die DDR illegal verlassen, weil er Mitglied der Streikleitung war und strafrechtliche Sanktionen befürchtete. In dem im Internet veröffentlichten Bericht vom 3. Juli 1953 ist festgehalten:

*„Quelle“ zieht mit der Hauptmasse der Bevölkerung zum Amtsgericht, um die politischen Gefangenen zu befreien. Das Gefängnis ist durch Einheiten der KVP gesichert, die erste Anstalten machen zu schießen. Um Blutvergießen zu vermeiden, mahnt „Quelle“ laut zur Vernunft, der Zug bewegt sich... ...Eine riesige Menschenmenge ist versammelt, und vermutlich Leute des Streikkomitees vom ROW fordern „Quelle“ auf zur Masse zu sprechen.*

Weiter im Originaltext: *„Quelle“ faßt seine Gedanke sinngemäß etwa folgender Maßen zusammen: Ich freue mich, daß diese öffentliche Demonstration stattgefunden hat... Ich fass unsere Forderungen folgendermaßen zusammen. Freie Wahlen, Senkung der Normen, Erhöhung des Lebensstandes, Rücktritt der Regierung.*

Er berichtete über die „Volkserhebung in Rathenow“ insbesondere über die Auslösung und den Verlauf der Misshandlungen des Todesopfers Wilhelm Hagedorn und er bringt seine zustimmende Haltung zu den Vorgängen zum Ausdruck. Obwohl er in unmittelbarer Nähe der Geschehnisse gewesen sein muss, hat er nichts getan, um die Misshandlungen zu unterbinden. Im Stadtgebiet von Rathenow kam es unter nie eindeutig geklärten Umständen zu einer Jagd auf einen

ehemaligen Mitarbeiter der Volkspolizei KA 5. Zu seinen dienstlichen Aufgaben hatte vor seinem Einsatz im Betriebsschutz, die Aufklärung von Nazi- und Kriegsverbrechen gehört. Mit der Behauptung er habe Schuld am Tode eines Unschuldigen wurde er zunächst geschlagen und schließlich bestialisch misshandelt. Nachdem er sich kurzzeitig in Sicherheit bringen konnte, wurde er bei dem Versuch, ihn mit einem Krankenfahrzeug in ein Krankenhaus zu schaffen, aus dem Wagen geholt. Danach unter Schlägen zur Havel getrieben, dort weiter geschlagen, wonach er in die Havel fiel. Er versuchte an das andere Ufer zu schwimmen. Dabei wurde er von zwei Jugendlichen mit einem Boot verfolgt und mehrmals mit einem Ruder auf den Kopf geschlagen. Durch Angehörige der Volkspolizei vom gegenüberliegenden Ufer wurde er aus dem Wasser geholt und ins Krankenhaus gebracht, erlag er dort seinen schweren Verletzungen.

Sind das nicht Geständnisse und Beschreibungen komplexen kriminellen Handelns, schwerster vorsätzlicher Straftaten? Werfen nicht beide Berichte zugleich ein bezeichnendes Licht auf Hintergründe und Zusammenhänge, wenn aus Tätern rehabilitierte und entschädigte Opfer gemacht und Straftaten als antikommunistischer Widerstand glorifiziert werden?

Während der Ereignisse um den 17. Juni und unmittelbar danach wurden durch die Deutsche Volkspolizei, durch das MfS und Justizorgane der DDR mehrere tausend Personen vorläufig festgenommen bzw. verhaftet: Rädelsführer und Provokateure, aber auch Mitläufer und Missbrauchte, die anderweitig in den Verdacht der aktiven Beteiligung an den Unruhen gerieten.

In der Zeit vom 17. bis 20. Juni 1953 wurde die Anzahl der festgenommenen Personen in einem streng geheimen sowjetischen Bericht mit 6.521 angegeben.<sup>51</sup> Die Anzahl der Festgenommenen stieg bis zum 8. Juli 1953 auf 9.134 Personen. Davon wurden 2.607 Personen an Gerichte übergeben. 5.756 Personen wurden entlassen, 424 als sonstiger Abgang geführt, über 347 Personen war noch keine Entscheidung getroffen.<sup>52</sup>

Auf der Sitzung des Politbüros der SED am 27. Juni 1953 erfolgte eine „Information zum Tagesordnungspunkt 9 (Verhaftungen) zum

<sup>51</sup> Vgl. Siegfried Prokop unter Verweis auf Christian F. Ostermann, in Hefte zur DDR-Geschichte, Nr.81, S. 43.

<sup>52</sup> Vgl. BStU, Allg. S 1/54, Bd. 3, Bl. 16.

Stand der Festgenommenen vom 27. 6. 1953“: Demnach wurden insgesamt 9.536 Personen festgenommen, davon 4.976 entlassen, 1.268 dem Gericht übergeben und 319 der jeweiligen sowjetischen Kommandantur. 2.973 Personen verblieben in Haft.<sup>53</sup>

Nach einem Bericht der DDR-Justizministerin, Hilde Benjamin, waren bis Januar 1954 3.449 Strafverfahren eingeleitet worden. Davon wurden 1.221 eingestellt, 2.134 kamen zur Anklage, wovon 1.526 mit einer Verurteilung endeten.

Den Verurteilungen lagen zu Grunde:

Bezirks- und Kreisleitungen der SED, der FDJ, Dienststellen der Volkspolizei (VP), Strafvollzugsanstalten, Dienststellen des MfS, Einrichtungen der Räte der Bezirke und Kreise wurden belagert und gestürmt, Menschen misshandelt und getötet, Verwüstungen, Zerstörungen, Plünderungen, Brandstiftungen und Gefangenenbefreiungen begangen. Zum Teil wurden Waffen eingesetzt, die sich die Täter in Dienststellen der VP und des MfS gewaltsam beschafften.<sup>54</sup>

Ausgesprochen wurden zweimal die Todesstrafe, dreimal lebenslänglich, dreizehn Urteile endeten mit einem Strafmaß von zehn bis 15 Jahren, 99 mit fünf bis 10 Jahren, 824 mit ein bis fünf Jahren und 546 mit einem Urteil bis zu einem Jahr.<sup>55</sup>

Der Jurist und Historiker Klaus Bästlein, beileibe kein Freund der DDR, stellt in diesem Zusammenhang fest: *„Gleichwohl herrschte nach dem Aufstand keine „blindwütige Rachejustiz“, was aufmerksame Beobachter wie Karl Wilhelm Fricke schon lange vor dem Ende der DDR bemerkten. Viele überrascht bis heute, dass die Strafverfolgung nach dem 17. Juni 1953 eher zurückhaltend blieb. Die Gesamtzahl der Strafverfahren war erstaunlich gering, und es kam zu einer starken Differenzierung der Strafmaße. Die Zahl der in Folge des Aufstands Abgeurteilten belief sich lediglich auf rund 1.800 Personen. Hinzu kamen etwa 100 weitere Personen, die durch sowjetische Militärtribunale (SMT) abgeurteilt wurden. Nur zum*

<sup>53</sup> Vgl. Wilfriede Otto: Die SED im Juni 1953; a. a. O., S. 209.

<sup>54</sup> Wikipedia/17.Juni 1953: Die Aufständischen besetzten 11 Kreisratsgebäude, 14 Bürgermeistereien, 7 Kreis- und eine Bezirksleitung der SED, Weiterhin wurden 9 Gefängnisse und zwei Dienstgebäude des MfS sowie 8 Polizeireviere, 4 VP-Kreisämter und eine Dienststelle der Bezirksbehörde der DVP erstürmt. Mehr als doppelt so viele Einrichtungen wurden bedrängt, die Besetzung gelang jedoch nicht.

<sup>55</sup> Vgl.: Wilfriede Otto: a. a. O., S. 27, unter Verweis auf Werkentin: Politische Strafjustiz unter Ulbricht, Berlin 1997, S.150.

*Vergleich sei darauf hingewiesen, dass in der DDR allein im zweiten Halbjahr 1953 24.000 vorfristige Haftentlassungen erfolgten sowie 6.000 SMT-Verurteilte (Sowjetische Militärtribunale) freikamen.*<sup>56</sup>

Diese letztlich zurückhaltende, differenzierende Strafverfolgungspraxis folgte zentralen Orientierungen. So orientierte das 14. Plenum des ZK der SED am 21. Juni darauf, bei der Strafverfolgung *„mit größter Sorgfalt zu unterscheiden zwischen den ehrlichen, um ihre Interessen besorgten Werktätigen, die zeitweilig den Provokateuren Gehör schenkten, und den Provokateuren selbst.“*

In einem von Justizministerin Benjamin und Generalstaatsanwalt Melsheimer entworfenen Bericht *„Zur Durchführung des neuen Kurses in der Justiz“*, der am 5. März 1954 Walter Ulbricht zugeleitet wurde, konnte dementsprechend festgestellt werden:

*„Von Anbeginn an wurden Staatsanwälte und Richter darauf hingewiesen, dass sie in der Anklagepolitik und ihrer Urteilspraxis den grundlegenden Hinweis in der Entschliebung des 14. Plenums zu befolgen hatten, nämlich zwischen ehrlichen Arbeitern und Provokateuren zu unterscheiden“.*<sup>57</sup>

In sofortiger Umsetzung der Beschlüsse des 14. Plenums des ZK der SED wurde beim Obersten Gericht der DDR ein „Operativstab“ unter der Leitung der damaligen Vizepräsidentin, Hilde Benjamin, gebildet (er wurde schon Ende August wieder aufgelöst), von dem sofort Weisungen ausgingen,

- die Staatsanwaltschaft solle nur in den schwersten Fällen nach Art. 6 der Verfassung der DDR Anklage erheben;
- beim Strafmaß weitgehend zu differenzieren; bei Verfahren von geringer Bedeutung verstärkt von der Möglichkeit der Einstellung gebrauch zu machen;
- Freiheitsstrafen von bis zu sechs Monaten nicht zu vollstrecken und Verfahren gegen Beschuldigte zurückzustellen, wenn sie starken Rückhalt in ihren Betrieben hätten.

Und auch der damalige 1. Stellvertreter des Ministers für Staatssicherheit, Erich Mielke, wies in einem Fernschreiben an alle Bezirksverwaltungen des MfS einschließlich der Verwaltung von

<sup>56</sup> Klaus Bästlein: Zur Strafverfolgung nach dem 17. Juni 1953 in Berlin (Ost), in NJW 2003, Heft 47, S. 3376, unter Verweis auf Werkentin: Politische Strafverfolgung, S. 162 f und S. 121

<sup>57</sup> Vgl.: Zeitschrift „Politik und Zeitgeschichte“ 2003/17. Juni 1953

Groß-Berlin „Richtlinien über die Abwicklung und Durchführung von Untersuchungsverfahren gegen Personen, die im Zusammenhang mit den Ereignissen am 16. und 17. Juni 1953 sowie in den darauf folgenden Tagen festgenommen wurden“, die Gewährleistung differenzierender Untersuchungen und Einschätzungen an:

*„Voraussetzung für die Einleitung von Strafverfahren und Ziel der Untersuchungen muß in jedem Falle die genaue Feststellung der Schuld der Beschuldigten sein, wobei die Ermittlung und Bestrafung der tatsächlichen Anstifter und Aufwiegler der Unruhen und vor allem jener Beschuldigten, die aus Westberlin sind, in den Vordergrund zu stellen ist.... Ergeben die Untersuchungen, daß die Schuld des Täters gering ist und die Folgen der Tat unbedeutend sind, zum Beispiel, wenn ein beschuldigter Arbeiter lediglich an einer Demonstration wegen wirtschaftlicher Forderungen teilnahm und sich darüber hinaus auch zur Verbreitung antidemokratischer Losungen provozieren ließ, so ist die Einstellung des Verfahrens beim Staatsanwalt zu beantragen und der Beschuldigte sofort in Freiheit zu setzen.“<sup>58</sup>* Und so wurde gehandelt.

Sowohl die politischen Grundorientierungen, wie auch die polizeilichen Maßnahmen und die juristische Ahndung der Straftaten bestätigen die Rechtmäßigkeit und Angemessenheit des staatlichen Vorgehens der DDR-Organen.

### **Einige Anmerkungen zu Grundlagen der Rechtsanwendungen in Folge des 17. Juni 1953.**

Unmittelbar nach der Befreiung vom Hitlerfaschismus bestimmten die Alliierten, die die oberste Gewalt in Deutschland ausübten, das Strafrecht. In der DDR galten im Grundsatz das bis dato geltende Reichsstrafgesetzbuch (RStGB) von 1871 sowie verschiedene strafrechtliche Nebengesetze weiter, wobei aber alle nazistischen Gesetze außer Kraft gesetzt wurden. Nach dem geltenden, vom faschistischen Inhalt „bereinigten“ Reichsstrafgesetzbuch kamen in und nach den Junitagen 1953 vor allem Landfriedensbruch, Aufruhr, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, Mord, Körperverletzung, Nötigung, Brandstiftung sowie Eigentumsdelikte zwecks strafrechtlicher Verfolgung zur Anwendung. Erst 1957 wurden durch

---

<sup>58</sup> Zitiert aus: Unabhängige Autorengemeinschaft „So habe ich das erlebt“: Spurensicherung. Zeitzeugen zum 17. Juni 1953, S. 339/340

ein Strafrechtsergänzungsgesetz Straftatbestände zum Schutze der DDR vor staatsfeindlichen Handlungen normiert.

Neu erlassen und in Kraft gesetzt wurden vom Alliierten Kontrollrat Gesetze zur Verfolgung und Bestrafung von Nazi-Verbrechen, so u. a. die Kontrollratsdirektive 38 vom 12. 10. 1946, die die *„Verhaftung und Bestrafung von Kriegsverbrechern, Nationalsozialisten und Militaristen und Internierung, Kontrolle und Überwachung von möglicherweise gefährlichen Deutschen“* betraf. Im Abschnitt 2 Art. III hieß es: *„Aktivist ist auch, wer nach dem 8. Mai durch Propaganda für den Nationalsozialismus oder Militarismus oder durch Erfindung und Verbreitung tendenziöser Gerüchte den Frieden des deutschen Volkes oder den Frieden der Welt gefährdet hat oder möglicherweise noch gefährdet.“*

Auch diese alliierte Festlegung und der Befehl Nr. 160 der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) vom 3. 12. 1945, in dem „Diversions“ und „Sabotage“ unter Strafe gestellt wurden, wurden zur strafrechtlichen Ahndung schwerer Straftaten im Zusammenhang mit den Ereignissen des 17. Juni 1953 herangezogen.

Im Rahmen der vorliegenden Ausarbeitung ist es nicht möglich, zu diesen alliierten Rechtsnormen, die natürlich Ausdruck eingeschränkter Souveränität in beiden deutschen Staaten waren, einzugehen. Abgesehen davon: Polemik hierüber erscheint generell unangebracht.

Eine besondere Rechtsgrundlage für die strafrechtliche Verfolgung vor allem politisch motivierter schwerer Kriminalität bildete Artikel 6, Abs. 2 der Verfassung der DDR von 1949. Nicht wenige Angeklagte wurden im Zusammenhang mit den Vorgängen um den 17. Juni 1953 nach diesem Artikel verurteilt. Sein Wortlaut: *„Boykotthetze gegen demokratische Einrichtungen und Organisationen, Mordhetze gegen demokratische Politiker, Bekundung von Glaubens-, Rassen-, Völkerhass, militärische Propaganda sowie Kriegshetze und alle sonstigen Handlungen, die sich gegen die Gleichberechtigung richten, sind Verbrechen im Sinne des Strafgesetzbuches. Ausübung demokratischer Rechte im Sinne der Verfassung ist keine Boykotthetze“*.

War die Anwendung dieses Artikels als Grundlage für eine strafrechtliche Verurteilung rechtswidrig? Wir halten es für

notwendig, nachfolgend auf die massive bundesdeutsche Kritik einzugehen, die insbesondere die Anwendung des Artikel 6 betrifft, was von den „DDR-Aufarbeitern“ als „Musterbeispiel für politische Strafjustiz in der Zone“, als Beweis für das „kommunistische Unrechtsregime“ im Osten gebrandmarkt wird.

Als geschichtliche Erinnerungshilfe: Die erste Verfassung der DDR war 1949 als Verfassung für Gesamtdeutschland erarbeitet, in Ost und West diskutiert und vom Deutschen Volkskongress, hervorgegangen aus allgemeinen, geheimen und direkten Wahlen in der sowjetisch besetzten Zone am 30. Mai 1949 als Entwurf einer gesamtdeutschen Verfassung gebilligt worden. Dass dieser Verfassungsentwurf dann im Oktober zu einer Verfassung nur des östlichen deutschen Staates wurde, lag bekanntlich nicht an diesem. Bekannt ist auch, dass die neu gegründete BRD vom ersten Tag ihres Bestehens als vorrangiges Ziel die „Befreiung der Ostzone“ in Angriff nahm, diesen Staat mit allen Mitteln bekämpfte. Damit war es für die DDR-Justiz doch opportun, zu prüfen, welche rechtlichen Mittel zur Abwehr und strafrechtlichen Verfolgung zur Verfügung standen. Die Staatsschutzbestimmungen des Hitlerstaates waren durch die Alliierten durch Gesetz Nr. 11 des Kontrollrates vom 30. Januar 1946, als für den Schutz einer demokratischen Ordnung nicht verwendbar, aufgehoben worden.

Das Bedürfnis nach Staatsschutznormen wurde in der BRD bereits in der Vorbereitungsphase der Separatstaatsgründung in Gestalt des § 143 Grundgesetz geschaffen. Und es sei daran erinnert: Am 30. August 1951 verabschiedete der Bundestag das 1. Strafrechts-Ergänzungsgesetz (ging als „Blitzgesetz“ in die bundesdeutsche Geschichte ein) mit Strafbestimmungen gegen Hoch- und Landesverrat und neu entwickelte Strafbestimmungen der so genannten Staatsgefährdung. Es dauerte bis 1968, bis diese kritikwürdige Strafverfolgungspraxis auch durch Gesetzesänderungen zumindest eingeschränkt werden konnte. Aufgehoben ist sie jedenfalls nicht, wie – nur andeutungsweise – die massiven Attacken gegen die 68er Bewegung, die zahlreichen Gewaltmaßnahmen gegen die Gegner der Castor-Transporte mit Kesseltreiben und Haftkäfigen, der seinesgleichen suchende Einsatz gegen die Protestierenden beim Bush-Besuch in Heiligendamm, die rüden Attacken der Polizei gegen Anti-Nazi-Demonstranten in Dresden bis hin zu fragwürdigen



mehrfährigen Haftstrafen ohne Bewährung wegen „Aufwiegelns der Menge“ in jüngster Zeit zeigten.

Die DDR zeigte sich zögerlich mit der Schaffung neuer Staatsschutzbestimmungen. Es fehlten nicht nur die theoretischen Grundlagen für die Erarbeitung von Staatsschutzvorschriften in einer antifaschistisch demokratischen Gesellschaft, sondern auch Kenntnisse darüber, welche Formen die Staatsverbrechen unter den ungewöhnlichen Bedingungen in Deutschland annehmen würden. Es sollte nicht vergessen werden, dass auch im Jahre 1949 und darüber hinaus immer noch politische Vorstellungen und Ansätze für ein einheitliches Deutschland bestanden. Die Realität sah jedoch so aus, dass die Rechtsorgane mit höchst gefährlichen feindlichen Aktivitäten konfrontiert waren, die nicht als allgemeine kriminelle Straftaten, sondern als bewusster Ausdruck eines Angriffs auf die DDR zu bewerten waren. So wurde die Entscheidung getroffen, die sich aus derartigen Staatsverbrechen ergebenden Rechtsfragen – solange keine entsprechenden Strafgesetze hierzu erlassen wurden – von dem gemäß Artikel 126 der Verfassung neu geschaffenen Obersten Gericht der DDR zu prüfen und zu entscheiden, um den soeben ausgerufenen Staat nicht schutz- und wehrlos zu lassen.

Das Oberste Gericht der DDR und die Bezirksgerichte waren zuständig für Verfahren zur Entscheidung über angeklagte Staatsverbrechen; beide für erstinstanzliche, das Oberste Gericht außerdem für zweitinstanzliche Verfahren. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass sich das Oberste Gericht aus berufserfahrenen Juristen zusammensetzte, die eine antifaschistische Haltung schon während der Zeit der faschistischen Diktatur in Deutschland eingenommen hatten. Dazu gehörten Richterinnen und Richter auch jüdischen Glaubens, die in den angelsächsischen Rechtskreis, u. a. nach Großbritannien, emigriert waren.

Abwertende Kommentare der Medien über deren Leistungen sowie ahnungslos gebliebene antisemitische Diskriminierungen von BRD-Juristen über diese Persönlichkeiten sowie über die neuen, zunächst in Volksrichterlehrgängen ausgebildeten Juristen in der DDR sind direkte oder indirekte, dennoch falsche Rechtfertigungen für die tausendfachen Übernahmen schwer belasteter Nazijuristen in die BRD-Justiz und in, auch hochrangige, Staatsdienste. Unter Missachtung und Bruch des Potsdamer Abkommens.

Nach gründlicher Erörterung und vielen Diskussionen im Kreis der Juristen erklärte der 1. Strafsenat des Obersten Gerichts der DDR in seiner Entscheidung vom 4. Oktober 1950, dass auch der Art. 6, Abs. 2 der DDR-Verfassung von 1949 eine unmittelbar anwendbare Strafbestimmung sei. Diese Entscheidung stützte sich auf Art. 144 der Verfassung, nach dem alle ihre Bestimmungen geltendes Recht waren und damit auch die in Art. 6, Abs.2, als Verbrechen benannten Handlungen als Strafbestimmung zu bewerten sind und damit auch der Strafrahmen für Verbrechen laut Strafgesetzbuch gegeben ist.

Die im Art. 6 benannten strafbaren Handlungen, ohne Zweifel in Form unbestimmter auslegungsfähiger Rechtsbegriffe, enthielten einen Auftrag an die Gerichte, diese im Wege der Rechtsprechung auszufüllen. Das war, wie im Zusammenhang mit der in zeitlichem Zugzwang befindlichen DDR und damit auch ihrer Rechtsprechung, zweifellos nicht optimal. Es war dem Erfordernis geschuldet, gegenüber existentiellen Bedrohungen wehrhaft zu sein. Jedenfalls führte ihre Anwendung immerhin zu der Feststellung, dass die strafrechtlichen Reaktionen im Zusammenhang mit den Ereignissen um den 17. Juni 1953 *„überraschend zurückhaltend, die Strafen gering und eine starke Differenzierung der Strafmaße feststellbar“* war. Nach gesammelten Erfahrungen und hinreichenden Voraussetzungen wurde mit dem Strafrechtsergänzungsgesetz (StEG) von 1957 ein neues, geschlossenes Staatsschutzstrafrecht der DDR geschaffen.

Abschließend zu den Rechtsfolgen im Zusammenhang mit den Vorgängen um den 17. Juni 1953 ist festzustellen, dass deren Spuren bis in die Gegenwart hineinwirken. Diese werden aus der Sicht derer gedeutet, die seinerzeit alles versuchten, den jungen Staat DDR zu erwürgen – unter Ausnutzung seiner objektiven und subjektiven Schwierigkeiten, Fehler und Abhängigkeiten. Bemerkenswerterweise sind heute nicht diejenigen die Helden, welche im Juni 1953 für eine Verbesserung ihrer sozialen Lage auf die Straße gegangen sind. Eigentlich müsste es doch in der Bundesrepublik Deutschland inzwischen Millionen von Helden geben. Helden sind diejenigen, die damals mit unglaublicher Brutalität und Rachsucht gegen den Staat DDR vorgingen, gegen dessen sozialistische Perspektive, gegen dessen Parteiführung, gegen seine Ordnung und gegen diejenigen, die zu dessen Schutz verpflichtet waren. Derer man habhaft werden konnte, wurden inhaftiert, nach Prüfung Gerichten zugeführt. Die

Zahlen der überwiegend Freigelassen nach Festnahme und nach Gerichtsverhandlungen wurden bereits angeführt. Totschläger, Brandstifter, Anstifter zu Gewalttaten und andere Intensivtäter wurden zu Recht bestraft. Sie wurden bereits in der „alten“ Bundesrepublik als Widerstandskämpfer gegen die „kommunistische Gewaltherrschaft“ geehrt und sie werden es heute weiterhin.

Damit ließ man es aber nicht bewenden. Auf der Grundlage des Artikels 17 des Einigungsvertrages zur Rehabilitierung aller Personen, die „Opfer einer politisch motivierten Strafverfolgungsmaßnahme oder sonst einer rechtsstaats- und verfassungswidrigen gerichtlichen Entscheidung geworden sind“<sup>59</sup>, wurden ganze Gesetzespakete für „Unrechtsbereinigung“ geschnürt. Sie fanden und finden auch Anwendung auf gerichtliche Entscheidungen im Zusammenhang mit dem 17. Juni 1953 – ohne Bezug zu den tatsächlichen Verurteilungsgründen herzustellen. Sie beinhalten auch die Rückgabe von Vermögenswerten und weiteren Entschädigungen bzw. Unterstützungsmaßnahmen bei „rechtswidrigen Haftzeiten“ bzw. beruflichen und rentenrechtlichen Nachteilen. Und der zeitliche Rahmen dieser „Unrechtsbereinigung“ wurde vom 8. Mai 1945 bis 2. Oktober 1990 festgelegt. Die Antragsfristen für Rehabilitierungen wurden bis zum 31. Dezember 2019 verlängert.

Es kann nicht in Abrede gestellt werden, dass es in der DDR, so wie in jedem anderen Land – auch **in** der BRD – Unrecht infolge falscher Rechtsanwendung gab. Das ist nichts Ungewöhnliches. „*Das ganze – in der Bundesrepublik wie auch in der DDR – gefächerte System von Rechtsmitteln (Berufung, Revision, Protest, Beschwerde, Kassation, einschließlich möglichen Entschädigungen ...) setzt ja gerade voraus, dass tagtäglich in nennenswertem Umfang bei der Rechtsanwendung Fehler gemacht werden.*“<sup>60</sup>

Das sah die BRD und ihre Justiz natürlich anders. Für sie war nicht falsche Rechtsanwendung, sondern falsches Recht gegeben. Und so ging es nach der Eingliederung der DDR zur Sache.

105.000 Ermittlungsverfahren gegen DDR-Bürger betrafen in erheblichem Umfang Juristen wegen angeblichem Justizunrecht. Juristen bildeten mit 165 Verurteilten – nach Angehörigen der

<sup>59</sup> Zitiert aus: Die Verträge zur Einheit Deutschlands. Beck-Texte im dtv; Verlag C.H. Beck, S. 51.

<sup>60</sup> Erich Buchholz: Unrechtsstaat DDR? Rechtsstaat BRD?, a. a. O. S. 106.

Grenzschutzorgane – die zweitgrößte Berufsgruppe, gegen die vorgegangen wurde.

Ein Beispiel soll verdeutlichen, wie versucht wurde, eine DDR-Staatsanwältin zu verurteilen:

Mit Urteil vom 18. 07.1953 verurteilte der 1A Strafsenat des Bezirksgerichtes Dresden 7 Angeklagte wegen Verbrechens nach Art. 6 der Verfassung der DDR und Kontrollratsdirektive 38 wegen begangener Verbrechen zu 1x lebenslänglich, 1x 13 Jahre Zuchthaus, 1x 11 Jahre, 2x 10 Jahre, 1x 6 Jahre, 1x 4 Jahre Zuchthaus. Die Verurteilten hatten sich am 17. Juni 1953 Arbeiterprotesten gegen erfolgte Normenerhöhungen einem Demonstrationzug in Niesky angeschlossen. Von den Normenerhöhungen waren sie nicht betroffen (Haupttäter waren z.B. Fotograf, Kneipier, selbständiger Fleischermeister). Sie zogen zunächst zum Rathaus, zum Haus der SED-Kreisleitung und zur Dienststelle des Ministeriums für Staatssicherheit. Dort wurden die Fenster eingeschlagen und Türen aufgebrochen. Schließlich wurde in dem Gebäude Feuer mit starker Rauchentwicklung gelegt, um die Angestellten „auszuräuchern“. Die zehn in der Dienststelle befindlichen Angestellten wurden geschlagen. Vier von ihnen wurden in einen Hundezwinger gesperrt, wo man sie anspuckte, mit Steinen und Knüppeln bewarf sowie mit einer Pistole bedrohte. Die Mitarbeiter des MfS wurden aufgefordert, das im Zwinger befindliche Hundefutter zu essen.

Außerdem wurde geplant, den Dienststellenleiter an die Spitze des Zuges zu stellen und mit ihm durch die Stadt zu ziehen. Zu Hilfe kommende Angehörige der Volkspolizei wurden überwältigt, zusammengeschlagen und entwaffnet.

Anschließend wurden Panzerschränke, Schreibtische und weiteres Möbel der Dienststelle aufgebrochen, Akten, Waffen, Telefone, Schreibmaschinen und anderes weggeschafft. Ein Zug der KVP sowie zu Hilfe gerufene sowjetische Armeeangehörige beendeten die Angriffe. Soweit die Straftatbestände von 1953. Das hinderte die Staatsanwaltschaft Dresden mit Anklageschrift vom 24. August 1998 nicht, 45 Jahre später die damalige Staatsanwältin, die im Juli 1953 die Anklage gegen die dann Verurteilten erhoben hatte, wegen Beihilfe zur Rechtsbeugung und Freiheitsberaubung bestrafen zu wollen.

Nach Prüfung und Beschluss der 3. Großen Strafkammer vom 14. Dezember 1998 wurde die Eröffnung des Hauptverfahrens aus tatsächlichen Gründen abgelehnt, nach Beschwerde der Staatsanwaltschaft durch Beschluss des Oberlandesgerichtes Dresden 1999 als unbegründet verworfen sowie schließlich die Angeklagte mit Urteil des Landgerichtes Dresden vom 15.09. 2000 aus tatsächlichen Gründen freigesprochen. Das Gericht sah keine willkürliche menschenrechtswidrige Überdehnung der Tatbestände. Die Ausschreitungen von Niesky mussten aus Sicht der DDR-Justiz als unerhörte Straftaten und eine existentielle Bedrohung der noch jungen und ungefestigten DDR gesehen werden. Es setzte sich wohl die Erkenntnis durch, dass Straftaten mit solchen staatsgefährdenden Angriffen auch heute in jedem Rechtsstaatsystem verfolgt werden. Für die angeklagte DDR-Staatsanwältin aber war es dennoch ein mehrjähriger Albtraum.

Der 17. Juni 1953 und die Rehabilitierung von „Opfern des SED-Regimes“ nahmen auch einen gewichtigen Platz in dem von Staatsminister Neumann am 9. Januar 2013 abgegebenen „Bericht zum Stand der Aufarbeitung der SED-Diktatur“ ein, der von der Bundesregierung zum Beschluss erhoben wurde. Die

Rehabilitierungsmaßnahmen ordnen sich ein in weitere Formen der öffentlichen Würdigung eines „antikommunistischen Widerstandes“. Denkmale, Gedenk- und Erinnerungsorte, Gedenktafeln an Häusern und Einrichtungen, Straßenumbenennungen und andere Ehrungen, wie Ehrentrauerfeiern, Ehrengräber, Ehrenmale, Bücher, Film-, TV-Radio- und Printserien, Internet-gestützte Veröffentlichungen usw. dienen dazu, deutsche Geschichte zu entstellen, sie aus ihren historischen Zusammenhängen herauszulösen und damit zu verfälschen. Historische Gerechtigkeit aber würde erfordern, systematische politische Ungerechtigkeiten in der „Alt-BRD“ als solche staatlich zu benennen und endlich zu revidieren.

Das erste Strafrechtsergänzungsgesetz von 1951 wurde zur Grundlage der strafrechtlichen Verfolgung von Kommunisten, deren Unterstützer und Sympathisanten in den 50er und 60er Jahren. Das alte Justizpersonal des Hitlerstaates war wieder in seinem Element und durfte guten Gewissens wiederholen, was es schon unter Hitler gegen Kommunisten und andere Kriegsgegner getan hatte. Diese Richter und Staatsanwälte sahen sich auch durch die legale Existenz der KPD nicht gehindert, deren Funktionäre nach den Paragraphen des politischen Strafrechts zu verurteilen. Das gesamte Ausmaß dieser staatlichen Verfolgung erscheint heute geradezu unglaublich.

In der Zeit von 1951 bis 1968, also innerhalb von 17 Jahren, gab es staatsanwaltliche Ermittlungsverfahren gegen etwa 200.000 Personen und 10.000 politischen Gefangenen. Eingeleitet wurden sie nahezu ausschließlich wegen gewaltfreier linksoppositioneller Arbeit und wegen sog. Kontaktschuld. Kriminalisiert wurden damit Menschen, die in der Bundesrepublik keine politischen Morde, keine Aufstandsversuche, keinerlei Gewalt begingen.

Besonders bedrückend war es für die Betroffenen, dass manche Ermittlungs- und Strafverfahren von Staatsanwälten und Richtern geführt wurden, die als Täter bereits unter dem Naziregime politische Prozesse geführt hatten.<sup>61</sup> Ist es da nicht auch nachdenkenswert, dass in der 1. Adenauerregierung z. B. mehr NSDAP-Mitglieder saßen, als in der ersten Hitlerregierung?

---

<sup>61</sup> Rolf Gössner: Ein Staat sieht rot

Die von der Fraktion „Die Linke“ in der 16. Wahlperiode des Deutschen Bundestages gestellten Anträge zur „Entschädigung für Opfer nationalsozialistischer Verfolgung“ sowie „Unrecht des Kalten Krieges wiedergutmachen“ fanden im Bundestag keine Mehrheit. Dennoch gibt es kein Aufgeben. Als GRH stehen wir in fester Solidarität an der Seite der Initiatoren zum Aufbau einer Gedenkstätte für die Opfer des Kalten Krieges in der BRD.

## **5. Zur Behauptung, der 17. Juni 1953 sei ein „Volksaufstand“ gewesen**

Dominierende und seit 60 Jahren durch das politische Establishment der BRD unablässig wiederholte Einschätzungen zum Charakter der Ereignisse um den 17. Juni 1953 lauten und werden als unumstößlich erklärt: Der 17. Juni sei ein „Volksaufstand gegen das verhasste kommunistische Regime“ in der Ostzone gewesen. Der Aufstand, auch als „Arbeiteraufstand“ deklariert, habe nur durch sowjetische Panzer niedergewalzt werden können. Er habe nachgewiesen, dass das sozialistische/kommunistische System für Deutschland untauglich sei.

Wahr ist, dass Streiks und Demonstrationen weder vom Umfang, noch vom Charakter der Beteiligung und der Art der Proteste ein Arbeiteraufstand, und schon gar nicht ein Volksaufstand waren. Auf die Beteiligung von ca. 6 – 11 Prozent der Arbeiterschaft an Streiks und Demonstrationen wurde bereits unter Angabe verschiedener Quellen hingewiesen. Millionen Menschen gingen dagegen an jenem Tag wie immer ihrer geregelten Arbeit nach. Auch die örtliche Verbreitung war differenziert. Sie entfaltete sich in Berlin mit den besonderen Bedingungen als geteilte Stadt und als Austragungsfeld des Kalten Krieges auf engstem Raum sowie deren Umfeld. Und sie erfasste industrielle Ballungsgebiete, insbesondere in Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen. Doch selbst in diesen Ballungsgebieten beteiligten sich Schwerpunktbetriebe nicht an Streiks und Demonstrationen, z. B. in Sachsen-Anhalt: *Hydrierwerk Zeitz; Stickstoffwerk Piesteritz; Mineralölwerk Lützkendorf; RAW Stendal*. In Sachsen: *Zelluloidwerke Eilenburg; Gummiwerk Riesa; VEB Nähmaschinenwerke Altenburg; Fritz-Heckert-Werk Karl-Marx-Stadt; Dampfkesselbau Meerane; Spinn- und Zwirnmaschinenbau Karl-Marx-Stadt; Elite-Diamant Karl-Marx-Stadt; AUDI und HORCH Zwickau; Fichtel & Sachs Reichenbach; Waggonbau*

*„LOWA“ Bautzen; Baumwollspinnerei Riesa, ABUS Stahlbau; EKM Pumpen- u. Gebläsewerk; IFA Blechformung; RFT Funkwerk (alle Leipzig); und weitere.<sup>62</sup>*

Von den unmittelbaren Unruhen betroffen waren von ca. 10.000 Gemeinden 272, auf dem Lande war es meist ruhig. Auch hier differieren Angaben – den eigentlichen politischen Charakter allein können sie ohnehin nicht darstellen. Wenn der 17. Juni ein Arbeiteraufstand gewesen sein soll, dann stellt sich zuerst und vor allem die Frage: Was bewegte die Arbeiter; was wollten sie; warum streikten sie in beträchtlichem Umfang und gingen auf die Straße; welche Forderungen erhoben sie; wieso blieben sie weitgehend passiv, als Provokateure Mord und Totschlag und Verwüstungen begingen – im Widerspruch zu Arbeiterethik und Bewahrung von Geschaffenem? Einiges ist hierzu bereits dargestellt – es bedarf der Vertiefung.

Zunächst: Die Arbeiter, alle Werktätigen waren sich im Grunde bewusst, dass sich nach 1945 im Osten Deutschlands grundlegende Umwälzungen vollzogen. Diese antifaschistisch-demokratischen Veränderungen entsprachen mehrheitlich den Interessen der Menschen; Volksbewegungen und Volksentscheide sind hierfür Beleg. Das traf auch auf die spätere Orientierung eines sozialistischen Entwicklungsweges zu. Die Menschen hatten den Zusammenhang zwischen kapitalistischen Produktionsverhältnissen, Ausbeutung und Eroberungskrieg an eigenem Leib erfahren. Unter schweren Bedingungen wurden die gerade in Ostdeutschland infolge sinnlosen faschistischen Widerstandes zerbombten Städte, Betriebe, Verkehrswege wieder funktionstüchtig gemacht. Im Grunde waren sich alle im Klaren, dass eine Veränderung nur schrittweise möglich sein wird, sie hatten die Ruinen vor Augen, nicht nur die steinernen. Aber sie hofften auf eine kontinuierliche, spürbare Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse. Und sie vertrauten einer Arbeiter-und-Bauern-Regierung.

Mit den auf der 2. Parteikonferenz der SED im Juli 1952 gegebenen Orientierungen auf eine sozialistische Gesellschaftsentwicklung verband sich die Hoffnung auf ein besseres Leben, vor allem für die arbeitenden Menschen, für eine gerechtere Verteilung des

---

<sup>62</sup> Aus einer Liste des FDGB-Bundesvorstandes, in: Siegfried Prokop, hefte zur ddr-geschichte, Nr. 81, S. 16/17

Erarbeiteten. Diese Hoffnung schien vor allem im 1. Halbjahr 1953 zu schwinden.

Die aus der Verschärfung des Kalten Krieges von der Sowjetunion befürchtete Vorbereitung eines 3. Weltkrieges führte für die DDR zu Vorgaben, die ihre Kräfte objektiv überfordern mussten. Verstärkte Grenzsicherung zur BRD, Aufbau einer leistungsfähigen Armee, höhere Reparationsleistungen und alle damit verbundenen Maßnahmen zu deren finanziellen und materiellen Sicherung führten zu einer deutlichen Verschlechterung der Arbeits- und Lebensverhältnisse und zu einer Zuspitzung der Lage in der DDR. Jörg Roesler: *„Noch im Dezember 1952 hatte die SED-Führung den Werktätigen in einem Beschluss zur Preispolitik versichert: Der beabsichtigte „Abbau der Preisstützungen und die damit verbundene Erhöhung der Grundstoffpreise führt in unserer sozialistischen Wirtschaft nicht zu einer Erhöhung der Preise für Konsumgüter, da die Preisfestsetzung fest in der Hand der Regierung ist und eine Politik der planmäßigen Senkung der Preise für Verbrauchsgüter verfolgt wird.“*

Und Roesler weist den Auseinandersetzungen um die Normenerhöhung in der Ursachenforschung für den 17. Juni eine maßgebliche Rolle zu. Er beschränkt sich hierbei nicht auf die Zeit nach der 2. Parteikonferenz, also seit der Beschlussfassung über die Schaffung von Grundlagen für den Aufbau des Sozialismus. Er weist auf den Akkordlohn unter dem Kapitalismus im Feindbild der deutschen Arbeiterklasse hin, der seinen Ausdruck in der Losung „Akkord ist Mord“ fand.<sup>63</sup> Diese Erfahrungen waren den älteren unter den am 17. Juni 1953 streikenden Arbeitern noch aus der Zeit der Weimarer Republik bekannt. Vergünstigungen für Normüberbietungen durch physisch besonders Leistungsfähige oder Werktätige, die verbesserte Arbeitsmethoden anwendeten, führten zu erhöhten Normen und für die meisten zu Lohneinbußen. Es ist nachweisbar, dass die Rücknahme der pauschalen Normenerhöhungen für die Industrie- und Bauarbeiter in den meisten der von den Streikenden erhobenen Forderungskatalogen enthalten waren. Die Normerhöhungen wurden als Bedrohung des ohnehin als niedrig empfundenen Lebensstandards durch Lohnkürzungen empfunden, auch im Zusammenhang mit den anderen vorgenommenen Einschränkungen. Zudem widersprach dieses Vorgehen dem 1948

---

<sup>63</sup> Jörg Roesler: hefte zur ddr-geschichte, Nr. 82, S. 28.



eingeführten Prinzip der Kollektivität der Arbeitsnormung, der unmittelbaren Einbeziehung der Werktätigen und der BGL. Es war eingeführt worden, damit Normendiktate vermieden werden können.<sup>64</sup>

Diese veränderte Haltung der SED war Ausdruck der seit Herbst 1952 zunehmend verzweifelten Wirtschafts- und Haushaltlage der DDR, die sie ohne Entlastung und Unterstützung durch die Sowjetunion nicht verbessern konnte. Es ist bekannt, dass die zusätzlichen Belastungen von der sowjetischen Lageeinschätzung und davon abgeleiteten Interessen bestimmt waren. Und es ist auch nachweisbar, dass sich die SED- und Staatsführung der DDR im Rahmen ihrer begrenzten Möglichkeiten bemühte, unter Verweis auf die spezifischen deutschen Bedingungen, gegen nicht realisierbare Forderungen – meist vergeblich – zu opponieren. Das entlastet sie jedoch nicht von dem Vorwurf, den Menschen nur ungenügend die komplizierte Lage verständlich und auf Augenhöhe erläutert, sondern Festlegungen administrativ und in wenig ansprechendem Stil verkündet zu haben. Die Funktionäre vor Ort standen den drängenden Fragen und Forderungen von Werktätigen oft hilflos gegenüber.

In ähnlicher Lage befanden sich auch die Gewerkschaftsfunktionäre. Viele wurden von Arbeitern nicht als ihre unmittelbaren Interessenvertreter wahrgenommen. Die Forderungen in Streikbetrieben, Gewerkschaftsfunktionäre abzusetzen und durch spontan gewählte Vertreter zu ersetzen, fielen auf fruchtbaren Boden. Wie bedeutsam die Normenfrage für die Arbeiter war, wird an folgendem Beispiel deutlich: Nachdem das Politbüro am 16. Juni vormittags getagt und die Rücknahme der administrativen Normenerhöhung beschlossen hatte, informierte Walter Ulbricht hierüber anschließend die Bezirkssekretäre der Partei, überließ ihnen aber die Organisation der Übermittlung an die Basis. Der Erste Sekretär des Bezirkes Suhl, der in realer Lageeinschätzung bereits seit dem 14. Juni einen ständigen Operativstab mit engsten Kontakten zu den Großbetrieben des Bezirkes gebildet hatte, konnte so noch am 16. Juni über die Rücknahme der Normenerhöhung informieren. Im Bezirk Suhl gab es, bei gleicher Krisenlage keine Streiks, Demonstrationen und Ausschreitungen, folglich auch keinen Ausnahmezustand.<sup>65</sup>

---

<sup>64</sup> Ebenda, S. 31

<sup>65</sup> Ebenda, S. 31

Aber es war nicht nur die Normenpolitik, die Arbeiter in Betriebsversammlungen und auf mitgeführten Transparenten veranlasste, mit der Rücknahme der administrativen Normerhöhung auch die Auswechslung der Regierung zu fordern. Obwohl der RIAS in seinen Sendungen „für die Zone“ nicht vergaß, die Normenfrage mit dem Sturz und Ende des Systems als wichtigstes Anliegen der Arbeiter zu verknüpfen, setzten die beteiligten Werktätigen andere Prioritäten. An erster Stelle stand für sie ihr Lohnniveau und ihr Lebensstandard, den sie durch die administrative Normerhöhung gefährdet sahen. Für sie war die Haltung zur Gewerkschaft, zur Partei und zur Regierung von der Normenfrage bestimmt. Ihre einfache Formel: Arbeiten wir schlecht, machen wir Fehler, werden wir bestraft. Warum nicht die Führung von Partei und Regierung? So politisch diese Auffassung in ihrer Konsequenz auch war, so sollte sie nicht als eine Entscheidung für den Kapitalismus und gegen den Sozialismus interpretiert werden.

Auch Forderungen nach deutscher Einheit, die in diesen Jahren noch offizielles politisches Ziel in Ost und West war, wurden nicht als ein Anschluss an die Adenauer-Regierung verstanden, sondern als eine gesamtdeutsche Regierung, nicht als eine westdeutsche, die auch für Ostdeutschland zuständig sein sollte. Es sei daran erinnert, dass die Maßnahmen des „Neuen Kurses“ ausdrücklich als konkrete Schritte zur Herstellung eines einheitlichen, friedlichen, demokratischen Deutschlands benannt wurden. In den Forderungskatalogen und mitgeführten Losungen waren keine zu finden, die eine Einführung der freien Marktwirtschaft oder gar die Reprivatisierung des Volkseigentums forderten. Zwischen den Arbeitern, die den Rücktritt der DDR-Regierung forderten und jener bundesdeutschen Expertengruppe, die seit März 1952 im „Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands“ über die Konditionen für den Tag X, an dem die DDR Teil der Bundesrepublik und der westdeutschen Marktwirtschaft werden sollte, bestanden kaum geistige Gemeinsamkeiten.

Auch andere Historiker und Personen, die sich mit den Ursachen des 17. Juni beschäftigt haben, lehnen die These von einem Aufstand gegen die gesellschaftlichen Grundlagen in der DDR ab. So stellte der Historiker Ernst Niekisch fest: *„Das Wesentliche und für uns vor allen Dingen in Betracht Kommende ist doch, dass hier ein elementarer Ausbruch aus der Arbeiterschaft erfolgt ist, und davon muss man sich*

*in der Beurteilung und Behandlung der Sache weitgehend leiten lassen.*“ Auch Rolf Stöckigt sah im 17. Juni eine *„offene, gerechte Rebellion enttäuschter und verbitterter Arbeiter, Angestellter, vor allem in Großbetrieben.*“<sup>66</sup> Selbst Willy Brandt betonte bereits 1955 in seiner Schrift *„Arbeiter und Nation“*, dass nirgends eine restaurative Tendenz während der Unruhen 1953 von Arbeitern vertreten worden sei, dass durchaus unzweideutige Vorbehalte gegenüber der westdeutschen Politik vorhanden waren und es den Demonstranten keinesfalls um eine einfache Angliederung der DDR an die Bundesrepublik ging.<sup>67</sup>

Die Verwendung des Begriffes *„Aufstand“* in Verbindung mit den Juniereignissen 1953 kann also nicht überzeugen. Angriffe auf die Staatsmacht oder deren Vertreter erlangten keine Massenbasis und viele der an den Demonstrationen und Streiks Beteiligten distanziierten sich nachträglich von der Zerstörung materieller Werte sowie der Gewaltanwendung gegen Menschen.

Soweit zur Behauptung, dass es den Arbeitern in ihrer Kritik an DDR-Zuständen angeblich um die Restauration einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung gegangen sei.

Dass dem nicht so war, belegt besonders überzeugend auch jene in Ost und West bekannt gewordene Einschätzung der Vorgänge um den 17. Juni 1953 durch den Dichter, scharfsinnigen Analytiker und Zeitzeugen Bertold Brecht, die er in einem Antwortbrief an seinen Verleger Suhrkamp in Frankfurt am Main traf:

*„Lieber Suhrkamp, Sie fragen nach meiner Stellungnahme zu den Vorkommnissen des 16. und 17. Juni. Handelte es sich um einen Volksaufstand, um den Versuch, ‚die Freiheit zu erlangen‘, wie der überwältigende Teil der westdeutschen Presse behauptet? Bin ich einem Volksaufstand gleichgültig oder gar feindlich gegenübergestanden, habe ich mich gegen die Freiheit gestellt, als ich am 17. Juni in einem Brief an die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, von dem der Schlußsatz veröffentlicht wurde, (mich) bereit erklärte, bei der unbedingt nötigen großen Aussprache zwischen Arbeiterschaft und Regierung in meiner Weise (in künstlerischer Form) mitzuwirken? – Ich habe drei Jahrzehntlang in*

<sup>66</sup> Siegfried Prokop, a. a. O., S.46 – 48

<sup>67</sup> Vgl. Torsten Diedrich: Putschversuch-Volksaufstand-Arbeitererhebung? Materialien einer Tagung, Potsdam 1993

*meinen Schriften die Sache der Arbeiter zu vertreten versucht. Aber ich habe in der Nacht des 16. und am Vormittag des 17. Juni die erschütternden Demonstrationen der Arbeiter übergehen sehen in etwas sehr anderes als den Versuch, für sich die Freiheit zu erlangen. Sie waren zu Recht erbittert. Die unglücklichen und unklugen Maßnahmen der Regierung, die bezwecken sollten, überstürzt auf dem Gebiet der DDR eine Schwerindustrie aufzubauen, brachten zu gleicher Zeit Bauern, Handwerker, Gewerbetreibende, Arbeiter und Intellektuelle gegen sie auf. Eine Mißernte im vorigen Jahr, verursacht durch eine große Trockenheit, und die Landflucht von Hunderttausenden Bauern dieses Jahr, bedrohten die Ernährung aller Schichten der Bevölkerung zugleich. Maßnahmen wie der Entzug der Lebensmittelkarten für Kleingewerbetreibende stellten ihre nackte Existenz in Frage. Andere Maßnahmen, wie die Anrechnung des Krankenurlaubs auf den Erholungsurlaub, Streichungen der Vergünstigungen für Arbeiterfahrkarten und die generelle Erhöhung der Normen bei gleichbleibenden oder sich sogar erhöhenden Lebenskosten trieben die Arbeiterschaft, deren Gewerkschaften nur schwächlich arbeiteten und ihrer Position nach nur schwächlich arbeiten konnten, schließlich auf die Straße und ließen sie die unzweifelhaft großen Vorteile vergessen, welche die Vertreibung der Junker, die Vergesellschaftung der Hitlerschen Kriegsindustrie, die Planung der Produktion und die Zerschmetterung des bürgerlichen Bildungsmonopols ihnen verschafft hatten. Die Straße freilich mischte die Züge der Arbeiter und Arbeiterinnen schon in den frühen Morgenstunden des 17. Juni auf groteske Art mit allerlei deklassierten Jugendlichen, die durch das Brandenburger Tor, über den Potsdamer Platz, auf der Warschauer Brücke kolonnenweise eingeschleust wurden, aber auch mit den scharfen, brutalen Gestalten der Nazizeit, den hiesigen, die man seit Jahren nicht mehr in Haufen hatte auftreten sehen und die doch immer dagewesen waren. Die Parolen verwandelten sich rapide. Aus ‚Weg mit der Regierung‘ wurde ‚Hängst sie‘, und der Bürgersteig übernahm die Regie. Gegen Mittag, als auch in der DDR, in Leipzig, Halle, Dresden, sich Demonstrationen in Unruhen verwandelt hatten, begann das Feuer seine alte Rolle wieder aufzunehmen. Von den Linden aus konnte man die Rauchwolke des Columbushauses, an der Sektorengrenze des Potsdamer Platzes liegend, sehen, wie an einem vergangenen Unglückstag einmal die Rauchwolke des Reichstagsgebäudes. Heute wie damals hatten nicht Arbeiter das*

*Feuer gelegt: es ist nicht die Waffe derer, die bauen. Dann wurden – hier wie in anderen Städten – Buchhandlungen gestürmt und Bücher herausgeworfen und verbrannt, und die Marx- und Engels-Bände, die in Flammen aufgingen, waren so wenig arbeiterfeindlich wie die roten Fahnen, die öffentlich zerrissen wurden. (Auf den Fotos, die in der westdeutschen Presse veröffentlicht wurden, können sie ohne Vergrößerungsglas sehen, wer da die Fahnen zerriss.)... Und den ganzen Tag kamen über den RIAS, der sein Programm kassiert hatte, anfeuernde Reden, das Wort Freiheit von eleganten Stimmen gesprochen. Überall waren die ‚Kräfte‘ am Werk, die Tag und Nacht an das Wohlergehen der Arbeiter und der ‚kleinen Leute‘ denken und jenen hohen Lebensstandard versprechen, der am Ende dann immer zu einem hohen Todesstandard führt. Da schien es große Leute zu geben, die bereit waren, die Arbeiter von der Straße direkt in die Freiheit der Munitionsfabriken zu führen. Mehrere Stunden lang, bis zum Eingreifen der Besatzungsmacht, stand Berlin am Rand eines dritten Weltkriegs.*

*Lieber Suhrkamp, machen wir uns nichts vor: Nicht nur im Westen, auch hier im Osten Deutschlands sind ‚die Kräfte‘ wieder am Werk. Ich habe an diesem tragischen 17. Juni beobachtet, wie der Bürgersteig auf die Straße das ‚Deutschlandlied‘ warf und die Arbeiter es mit der ‚Internationale‘ niederstimmten. Aber sie kamen verwirrt und hilflos, nicht durch damit.*

*Die Sozialistische Einheitspartei hat Fehler begangen, die für eine sozialistische Partei sehr schwerwiegend sind und Arbeiter, darunter alte Sozialisten, gegen sie aufbrachten. Ich gehöre ihr nicht an. Aber ich respektiere viele ihrer historischen Errungenschaften, und ich fühlte mich ihr verbunden, als sie – nicht ihrer Fehler, sondern ihrer Vorzüge wegen – von faschistischem und kriegstreiberischem Gesindel angegriffen wurde. Im Kampf gegen Krieg und Faschismus stand und stehe ich an ihrer Seite.“<sup>68</sup>*

### **Welche unmittelbaren Schlussfolgerungen wurden durch die SED-Führung aus den Vorkommnissen gezogen?**

Im Beschluss des ZK der SED vom 26. Juni 1953 „Der neue Kurs und die Aufgaben der Partei“ wurde ausdrücklich hervorgehoben, dass es sich hierbei um eine längerfristige Aufgabenstellung handele und es in nächster Zeit darauf ankomme, eine „ernsthafte Verbesserung der

<sup>68</sup> Zitiert aus Justus von Denkmann: Der Fall Erna Dorn; a. a. O. S.18 – 22.

wirtschaftlichen Lage und der politischen Verhältnisse in der DDR zu erreichen“ und auf dieser Grundlage „eine Verbesserung der materiellen Lage der Bevölkerung“ zu erzielen, das gesamte öffentliche Leben weiter zu demokratisieren und gleichzeitig den Verkehr der Deutschen von Ost nach West zu erleichtern. In der Tat kam es nach dem 17. Juni, trotz „kleinerer „Nachbeben“, zu einer fortschreitenden Beruhigung der Lage. Sie wurde befördert durch das Wirksamwerden der unmittelbar vor Ausbruch der Unruhen bereits beschlossenen Maßnahmen, die auf eine Verbesserung der allgemeinen Lebenslage gerichtet waren. Hinzu kam nun Hilfe seitens der Sowjetunion, die auch durch die Klärung der personellen Führungsfragen nach Stalins Tod wirksam wurde. Im August 1953 beschloss die Regierung der UdSSR den Verzicht auf noch ausstehende Reparationszahlungen in Höhe von 2,4 Milliarden Dollar und die Übergabe der restlichen 33 SAG-Betriebe. Unterstützung kam auch von anderen Volksdemokratien.

In Verbindung mit der Bestimmung der richtigen Vorhaben fand aber eine weitergehende tiefgründige politische Analyse der komplexen Ursachen für die gesellschaftliche Erschütterung in der DDR so gut wie nicht statt. Die Einschätzungen und Schlussfolgerungen auf der 14. und dann auch 15. und 16. Tagung des ZK der SED im Juni, Juli und September 1953 aus den Vorgängen um den 17. Juni gipfelten in der nicht den Tatsachen entsprechenden und damit falschen Feststellung, es habe sich bei diesen Ereignissen um einen faschistischen Putsch äußerer und innerer Feinde, um das Werk imperialistischer Geheimdienste, besonders der USA und der BRD, gehandelt. Die damit verbundene Lesart war: Innere Schwierigkeiten und ihre Auswirkungen gingen ausschließlich auf äußere Einflüsse zurück. Wie später bekannt wurde, ist diese Einschätzung und Interpretation der Ereignisse um den 17. Juni 1953 auch maßgeblich von der Führung der KPdSU beeinflusst worden.<sup>69</sup>

In diesem Zusammenhang wurde seitens der SED-Führung scharfe Kritik am Ministerium für Staatssicherheit geübt. Es habe von dem geplanten Putsch keine Kenntnis gehabt und die in der DDR bestehenden Agentennester und illegalen Organisationen nicht gekannt. Als Konsequenz wurde Minister Zaisser abgelöst und das MfS als ein Staatssekretariat in das Ministerium des Innern

---

<sup>69</sup> Vgl. Autorenkollektiv: Die Sicherheit... a. a. O., S. 134

eingegliedert.

Auch wenn es in der Arbeit des erst drei Jahre jungen MfS ohne Zweifel Mängel und Schwächen gab, so bestätigte sich auch in der weiteren Entwicklung, dass vom Versagen der Politik und damit auch von den tatsächlichen Ursachen und Bedingungen abgelenkt werden sollte. Die Vorgänge um den 17. Juni 1953 führten insgesamt zu gravierenden Veränderungen in der Tätigkeit des MfS. Sie waren von fundamentaler Bedeutung für die weitere systematische Perfektionierung der Arbeit und der Erweiterung seiner Aufgaben und Verantwortung. Die vernichtende Kritik der SED wirkte aber auch – angefangen beim Minister – wie ein Trauma und als Handlungsmaxime, nie wieder ähnliche schwerwiegende Erschütterungen zuzulassen.<sup>70</sup>

Für die Hervorhebung des Anteils faschistischer Kräfte, vor allem beim Umschlag der Arbeiterproteste gegen unsoziale Maßnahmen in konterrevolutionäre Forderungen, gab es allerdings durchaus gewichtige Gründe, nicht aber, das als entscheidende Ursache für die Krisensituation und deren Eruption in der DDR zu bestimmen.

Fakt ist: Das entstandene politische Klima hatte die inneren und äußeren Feinde des Sozialismus auf den Plan gerufen. Wenige Jahre nach dem Ende der Nazidiktatur war auch unter den Menschen in der DDR die faschistische Ideologie keineswegs vollständig überwunden, Antikommunismus und Antisowjetismus waren in einigen Kreisen unverändert ausgeprägt. Nicht wenige, die den Krieg als Soldaten der faschistischen Wehrmacht überlebt oder die ihre Heimat verlassen mussten oder in Deutschland vor den Trümmern ihres Lebens standen, waren nicht bereit, die Ursachen hierfür in dem System zu suchen, dem sie mehr oder weniger gefolgt waren. Viele, die im faschistischen Deutschland eine auskömmliche Position gefunden hatten, waren nunmehr in einfachen Beschäftigungsverhältnissen tätig, verbunden oft mit schwerer körperlicher Arbeit (beispielsweise waren viele Nazilehrer, die aus der Volksbildung entfernt wurden, als Bauarbeiter oder als „Kumpel“ bei der SDAG Wismut beschäftigt). In der aktuellen Situation, in der die DDR-Führung Schwäche gezeigt hatte, gaben etliche die bis dahin gepflegte Zurückhaltung auf und engagierten sich gegen das politische System in der DDR.

---

<sup>70</sup> Vgl. Autorenkollektiv: Die Sicherheit... a .a. O., S. 157

Anschaulich wird das vom Zeitzeugen Dieter Itzerott geschildert, der zum Zeitpunkt der Juni-Ereignisse in den Buna-Werken bei Halle beschäftigt und Mitglied der FDJ-Leitung Buna war:

*„...gegen 11 Uhr drang eine größere Gruppe gewaltsam in die Räume der SED-Kreisleitung ein. Diese befand sich – ebenso wie die FDJ-Kreisleitung und BGL – in D922. Die anwesenden Funktionäre wurden vertrieben und im Raum 1 bildete sich ein aus folgenden Personen bestehendes „Streikkomitee“:*

*Kurt S., tätig als Schlosser, Elektrowerkstatt A972, 34 Jahre alt, wohnhaft in Halle, früher Offizier der Kriegsmarine;*

*Fritz W., tätig als Bote, Güterhalle B76, 45 Jahre alt, wohnhaft in Merseburg, früher Mitglied der NSDAP, bis April 1945 leitender Mitarbeiter beim Buna-Werkschutz;*

*Werner D., tätig als Schlosser, Carbidwerkstatt G 32, 30 Jahre alt, wohnhaft in Merseburg, früher Mitglied der NSDAP;*

*Rudolf S., tätig als Autoschlosser, A82, 28 Jahre alt, wohnhaft in Merseburg, früher Mitglied der SS-Standarte (mit Blutgruppen-Nr.)*

*Franz S., tätig als Meister, Technikum A82, 40 Jahre alt, wohnhaft in Schkopau, Mai 1945 bis 1946 Leiter der SPD-Betriebsgruppe Buna.*

*Dieses selbsternannte „Streikkomitee“ war nie von der Belegschaft gewählt worden. <sup>71</sup>*

Es waren jedoch nicht nur Menschen mit faschistischer Vergangenheit und entsprechenden Geisteshaltungen und Kontakten, die den Zeitpunkt für gekommen sahen, aus ihrer Deckung hervorzukommen, es waren auch antisozialistische Kräfte, westlich orientiert und animiert, die ihrem Hass gegen jede Art von sozialistischer Entwicklung freien Lauf ließen, meist auch nationalistisch und sowjetfeindlich eingestellt. Diese vorhandene Basis war der ideale Boden, um das Aufbegehren der Arbeiter gegen die Verschlechterung ihrer Lebensverhältnisse und die aus deren Sicht unverständlichen Manöver der SED - und Staatsführung umzulenken in konterrevolutionäre Aktionen. In den Sog von Mord, Terror, Brandstiftungen und Erstürmung von Gebäuden staatlicher und gesellschaftlicher Einrichtungen ließen sich auch jugendliche Rowdys einbeziehen, oft auch in besonders aggressiver Weise handelnd.

---

<sup>71</sup> Zitiert aus: Unabhängige Autorengemeinschaft „So habe ich das erlebt“: Spurensicherung, Zeitzeugen zum 17.Juni 1953, GNN Verlag 1999, S. 102/103



Doch diese innere Basis, dieses explosive Gemisch aus Menschen mit faschistischer, antisozialistischer und/oder gewaltbereit-orientierungsloser Einstellung erhielt durch die Entwicklungen eine permanente Anreicherung, die nur noch einer Lunte bedurfte, die von außen gelegt und gezündet werden konnte. Die Vorgänge um den 17. Juni 1953 sind nicht erklärbar, wenn nicht ihr Zusammenhang mit der Systemauseinandersetzung zwischen dem welt dominierenden Kapitalismus und einem jungen, nach Kapitulation des faschistischen Deutschland sich entwickelnden, volksdemokratisch-sozialistischen Systems bewertet würde. Die Grundzüge der Auseinandersetzung zwischen den Siegermächten nach dem 2. Weltkrieg waren nichts anderes, als eben Ausdruck dieser Systemauseinandersetzung. Sie bestimmten auch die Einflussnahme von außen auf innere Vorgänge um den 17. Juni in der DDR.

Die strategische Roll-back-Konzeption der USA war weltweit gegen die Existenz sowjetischer Einflussphären und -gebiete gerichtet und auf langfristige Wirkung angelegt. Dabei erlangte die Auffassung in US-Kreisen immer stärkere Dominanz, die psychologische Kriegsführung sei fast die einzige Möglichkeit, den dritten Weltkrieg zu gewinnen, ohne einen „heißen“ Krieg führen zu müssen. Sie beinhaltete – auf der Grundlage militärischer Stärke und Bündnisfestigung – ihre im Ergebnis des Weltkrieges erlangte ökonomische Überlegenheit für eine Schaufensterfunktion zu nutzen und damit „Erosionsergebnisse“ zu erzielen. Das sollte gerade den unter den Kriegsfolgen leidenden Völkern Ost- und Mitteleuropas ein „Leben in Wohlstand, Freiheit und Demokratie“ vermitteln, das nur auf der Grundlage kapitalistischer Produktionsweise erreichbar sei.

Die Transportierung dieser Botschaft sollte vorrangig mittels Medien erfolgen, aber auch alle anderen Kampfformen des Kalten Krieges einschließen: Politische Isolierung, Wirtschaftsboykott und -sabotage, Zerstörung wichtiger materieller Güter, Terroranschläge, Abwerbungen, Anreize und Organisierung von Massenfluchten u. a. Die USA schafften sich mit Gründung und Unterstützung der BRD und unter tatkräftiger Hilfe der Adenauer-Administration ausgezeichnete Bedingungen für ihre „Rückrollpolitik“. Sie besaßen Handlungsspielraum als Siegermacht, konnten alliierte Abkommen und Rechte nutzen und auch missbrauchen. Sie besaßen mit

Westberlin ein politisches Faustpfand, Subversionszentrum und Schaufenster zugleich. Mit der Einbeziehung der BRD in den „Marshall-Plan“, der ihr mit Milliarden Dollar eine rasche Entwicklung ihrer Wirtschaft und Profite durch Lieferungen an die USA im Koreakrieg ermöglichte, wurde die „Schaufensterfunktion“ und „Magnetwirkung“ gen Osten angetrieben.

Die im Jahre 1953 noch offenen Grenzen in Berlin und weitgehend auch an der gesamten Staatsgrenze zwischen BRD und DDR boten idealen Raum für Subversion. Auf Einwirkungsvorteile durch einheitliche Sprache, Kultur, Tradition, verwandtschaftliche Bindungen usw. muss nicht besonders hingewiesen werden. Und so war die Nutzung der BRD als Speerspitze der USA im Kalten Krieg in Europa vorprogrammiert.

Weder den USA noch der BRD blieben die Zuspitzungen hinsichtlich der politischen Lage in der DDR verborgen. Kein Wunder – hatten sie doch nicht nur ausreichende Informationsquellen in der DDR geschaffen, sondern auch Kräfte, die mit konspirativen, wie auch vielfältigen subversiven Aktivitäten im Einsatz waren. Neuere Dokumente weisen auf ein tief gestaffeltes Netz von Agenten westlicher Geheimdienste und anderer zum Kampf gegen die DDR geschaffener Organisationen hin. So unterhielt die CIA ein Netz von 1.500 Mitarbeitern auf dem Territorium der DDR.<sup>72</sup>

Auch die westdeutsche Organisation Gehlen (Vorläufer des BND) hatte ihre Finger im Spiel. Schließlich war ihre Spitzenquelle Herman Kastner, ab 1948 zeitweise Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates in der Regierung Grotewohl, Vertrauter des sowjetischen Hochkommissars Semjonow und perspektivisch als Ministerpräsident vorgesehen. Eine weitere Spitzenquelle, Elli Barczatis, Deckname „Gänseblümchen“, war zeitweise Sekretärin des DDR-Ministerpräsidenten Otto Grotewohl.<sup>73</sup>

Inzwischen ist öffentlich, dass die Organisation Gehlen zwischen dem 17. Juni und dem 5. Juli 1953 548 „Quellen“ und 17 Agentenfunker mobilisierte. Am 19. Juni wurde selbst das dem Kriegsfall vorbehaltene spezielle Agentenfunknetz zum Einsatz gebracht.<sup>74</sup>

<sup>72</sup> Vgl. Wagner/Uhl: BND kontra Sowjetarmee, Ch. Links Verlag, Berlin 2007, S. 38

<sup>73</sup> Vgl. Herbert Graf, a. a. O. S. 229

<sup>74</sup> Vgl. Wagner/Uhl: a. a. O., S. 90f

Man wusste also, dass sich in der DDR im Frühjahr 1953 eine explosive Lage entwickelt hatte, man witterte Morgenluft, die „Befreiungsmision“ zu verwirklichen.

Bereits am 24. März 1952 hatte sich in Westberlin der schon erwähnte „Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands“ konstituiert. Sein Auftrag bestand darin, „*ein detailliertes Sofortprogramm für alle Überleitungsmaßnahmen im Falle der Machtübernahme in der sowjetischen Zone auszuarbeiten.*“

Die Düsseldorfer Börse vermeldete rege Nachfrage bei Aktien von Betrieben mit „Ostzonenbesitz“, z. B. von Siemens, AEG oder Dessauer Gas. Der Minister für Gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser (CDU), mahnte zur Eile: „*Es liegt durchaus im Bereich der Möglichkeit, dass dieser Tag X rascher kommt, als die Skeptiker zu hoffen wagen ... Was nun die Bundesregierung angeht, so haben wir .... schon lange an die Vorbereitung für den Tag X gedacht.*“

Das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ schrieb am 9. Juli 1952: „*Der Generalstabsplan für die administrative Machtübernahme ist so gut wie fertig. Es fehlt nach der Unterzeichnung des Generalvertrages durch Adenauer nur die Gelegenheit, ihn in der Praxis anzuwenden.*“ Das „Gesamtdeutsche Ministerium“ – das sich selbst gern als „Propagandaministerium gegen Pankow“ bezeichnete – arbeitete mit einer Reihe von Organisationen zusammen, die sich dem Kampf gegen die DDR verschrieben hatten. Es erteilte Aufträge zur Herstellung von Hetzmaterialien und besorgte mit ihnen gemeinsam die Einschleusung und den illegalen Vertrieb in der DDR.

An der Verschärfung der Lage war auch das „Ostbüro der SPD“ aktiv beteiligt. Zu dessen Rolle und den verfolgten Zielen unter Obhut der SPD-Führung lagen zu dieser Zeit dem MfS bereits umfangreiche Erkenntnisse vor. Es hatte in der DDR ein umfangreiches Agentennetz (auch verniedlichend als „SPD-Vertrauensleute in der DDR und Ostberlin“, „V-Leute“, „Quellen“ benannt) aufgebaut. Zur Aufgabe der „Ostbüros der SPD“ erklärte der „Neue Vorwärts“ am 23. September 1952: „*Die Wahrheit über die Tätigkeit dieses Büros ist, dass es mit allen im illegalen Kampf geeignet erscheinenden Mitteln in der Sowjetzone eine entsprechende Aufklärung betreibt und eine aktive Unterstützung für die Widerstandsgruppen in den Hochburgen*

*der deutschen Arbeiterbewegung in Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg und Brandenburg ist. ... Die Tätigkeit des Ostbüros wird von den politischen Richtlinien des Parteivorstandes bestimmt. ... Erst wenn das kommunistische Regime der Sowjetzone durch andere politisch wirksame Faktoren gestürzt werden kann, erst dann wird sich das Ausmaß und der Sinn der illegalen Widerstandsarbeit der Sozialdemokratischen Partei in der Sowjetzone erweisen und bestätigen. Auf diesen Tag wird systematisch hingearbeitet.“*

Es ging dabei nicht nur, wie oft behauptet, um Flugblattaktionen, es ging um Erhalt und Ausbau von SED- und DDR-feindlichen Gruppen, es ging um Ausrüstung mit Vervielfältigungstechnik vor Ort, um Ausrüstung mit Funktechnik zur illegalen Nachrichtenübermittlung und um konkrete „Arbeit“ in den Tagen um den 17. Juni.

Dem berechtigten Arbeiterprotest zur Verbesserung der Lebenslage sollte ein antisozialistischer, konterrevolutionärer Charakter verliehen werden. So hieß es auch im „theoretischen Organ des Ostbüros, der „Einheit“: *„Die mitteldeutsche Arbeiterschaft blieb ihrer sozialdemokratischen Tradition treu. Sie scharte sich um die illegalen Funktionäre der SPD und zeigte am 17.Juni (...) der ganzen Welt, dass sie die ihr von der Besatzungsmacht aufgezwungene SED-Diktatur ablehnt.“*<sup>75</sup>

Im Zusammenhang mit den Versuchen der SPD, die Rolle ihres Ostbüros im Kampf gegen die DDR zu verharmlosen, bemühte und bemüht sie sich um Abgrenzung von Organisationen, die mit eindeutig kriminellen Methoden ihre abgestimmte Rolle im Kampf gegen die DDR ausführten. So auch hinsichtlich der „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ (KgU). Inspirator, Organisator und Finanzier dieser klassischen Terrororganisation, die sich zur skrupellosesten und gefährlichsten Agentenzentrale in Westberlin entwickelte, war der Leiter der Region VIII des US-amerikanischen militärischen Geheimdienstes *Counter Intelligence Corps*(CIC), Severin F. Wallach, der die Losung ausgegeben hatte: *„In der Zone muss es bumsen, bumsen, bumsen!“*<sup>76</sup>

Die Entlarvung und Festnahme von Terroristen der KgU, die u. a.

<sup>75</sup> „Einheit“: Marx kontra SED, S. 9; zitiert nach Wolfgang Buschfort in hefte zur ddr-geschichte, Heft 80, S. 42

<sup>76</sup> Eichner/Dobbert: Headquarters Germany, edition ost, Berlin 1997, S.152/153

Sprengstoffanschläge gegen Eisenbahn- und Straßenbrücken sowie Talsperren, Brandanschläge und selbst die Vergiftung von Trinkwasser geplant, vorbereitet und z. T. durchgeführt hatten, gehörte zu den ersten großen Erfolgen des MfS. Darüber hinaus betrieb die KGU umfangreiche Spionage, vor allem auf militärischem und wirtschaftlichem Gebiet. Weitere Kampfformen waren: Wirtschaftssabotage durch Fälschung von Anweisungen der DDR-Außenhandelsorgane, Lebensmittelkarten, Bezugsscheine etc. sowie in besonders aggressiver Form auch die Herstellung und Verbreitung von Hetzschriften gegen die DDR, auch mittels explosiver Ballons unter Verletzung des DDR-Luftraumes.<sup>77</sup>

Auf die unmittelbare organisatorische Leitfunktion des RIAS in den Junitagen 1953 wurde bereits hingewiesen. Dieser US-amerikanisch kontrollierte Radiosender in Westberlin wurde als das effektivste Mittel „zur Durchdringung des Eisernen Vorhangs“ angesehen. Dem ersten amerikanischen Hochkommissar John F. McCloy zufolge war der RIAS „*das geistige und psychologische Zentrum des Widerstandes in einer kommunistisch regierten, abgeschotteten Region.*“<sup>78</sup>

Seine Sendungen aus Westberlin konnten überall in der DDR empfangen und auch gehört werden, nach US-Angaben von 70 Prozent der Ostdeutschen. Und so boten sich schon Jahre zuvor ideale Möglichkeiten für unterschwellige und offene Propaganda gegen ideologische, politische, sozialökonomische, kulturelle Vorgänge, gegen alle staatlichen und gesellschaftlichen Festlegungen und Orientierungen.

Es gab spezielle „Zonensendungen“ für bestimmte Zielgruppen. Und es gab regelmäßige Sendungen in denen die Bevölkerung in verleumderischer Weise vor Personen „gewarnt“ wurde, die sich aktiv für die DDR einsetzten. So konnte Furcht vor eigenem gesellschaftlichem Engagement erzeugt werden.

Doch wieso und woher hatte der RIAS alle diese Informationen, meist inhaltlich und zeitlich aktuell vor den Mikrofonen? Nochmals sei zitiert: „*Freilich informierte der RIAS nicht nur im Sinne der „freien Welt“, der Sender diente durch Kontakte zur Hörerschaft auch der*

<sup>77</sup> Vgl.: Die Sicherheit..., a. a. O., S.594/595

<sup>78</sup> Mc Cloy an Außenminister Dean Acheson, 24. 8. 1950, Zitiert aus Christian Ostermann, a .a. O., S.351

*Beschaffung geheimdienstlicher Informationen und der Rekrutierung von „geheimen Quellen und Agenten in der Sowjetzone“<sup>79</sup>*

Im Oktober 1953 schrieb die „New York Herald Tribune“: „Der RIAS verfügt wahrscheinlich als einziger unter den großen Rundfunksendern der Erde über einen eigenen Spionagedienst. Er hat die Aufgabe, Funken in ein Pulverfass zu werfen.“<sup>80</sup>  
Und diese Aufgabe hat er ja auch erfüllt.

Auf eine Charakterisierung weiterer gegen die DDR tätiger Organisationen und Einrichtungen, wie dem Untersuchungsausschuss freiheitlicher Juristen (UfJ), Ostbüros der CDU und FDP, Ostreferate westdeutscher Jugend- und Studentenorganisationen, Revanchistenverbände, die Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS), die Vereinigung politischer Ostflüchtlinge (VPO), des Informationsbüro West (IWE) oder die Arbeitsgemeinschaft 13. August soll hier aus Platzgründen verzichtet werden. Sie alle leisteten ihren Beitrag, die Schwachstellen zu erkennen, die Lage in der DDR zu destabilisieren und den „Tag X“ vorzubereiten.

### **Zusammenfassend zum Charakter der Ereignisse um den 17. Juni 1953 lässt sich feststellen:**

Im engeren Sinne waren sie ein berechtigtes Aufbegehren vor allem der Arbeiterschaft gegen die Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen in der 2. Hälfte des Jahres 1952 sowie im Frühjahr 1953, die insbesondere im Zusammenhang mit der administrativen Normenerhöhung kulminierten.

Diese Lageverschlechterung ist nicht mit der Entscheidung für den Aufbau von Grundlagen des Sozialismus in der DDR in unmittelbarem Zusammenhang zu sehen. Sie war vielmehr das Ergebnis einer Verschärfung des Kalten Krieges durch die USA und deren Partner, wodurch sich die Sowjetführung veranlasst sah, auch von der DDR erhebliche Mittel vor allem für die verstärkte Grenzsicherung und den Aufbau einer Verteidigungsarmee einzufordern. Die Durchsetzung dieser Forderungen erfolgte mit besatzungsrechtlichem Druck und seitens der SED- und Staatsführung der DDR mit administrativen

<sup>79</sup> Vgl. Ostermann, a. a. O., S.351

<sup>80</sup> Vgl. Bentzien: Was geschah am 17.Juni? a. a. O., S. 128

Mitteln. Die Rücknahme von Festlegungen, die zur Verschlechterung der sozialen Lage führten, erfolgte zu spät und widersprüchlich.

Die Empörung der Menschen und ihre Forderungen nach Verbesserung der Lage führten zu Streiks und Demonstrationen in erheblichen Ausmaßen, die aber insgesamt nur einen geringen Teil der Werktätigen erfasste. Streiks und Demonstrationen wurden von sozialismusfeindlichen Kräften und noch verbliebenen Faschisten und faschistischem Gedankengut nicht nur in konterrevolutionäre Forderungen umgedeutet, sondern letztlich auch zu einem konterrevolutionären Putschversuch missbraucht, begleitet von Mord, Terror, Erstürmung und Verwüstung von staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen.

Die Ereignisse um den 17. Juni 1953 sind untrennbar verbunden mit Folgen des von der US-Administration geführten Kalten Krieges sowie mit inspirierender, organisatorischer, materieller und auch personeller Unterstützung durch DDR-feindliche Institutionen, Einrichtungen und Organisationen in der Bundesrepublik und in Westberlin zur Herbeiführung des lange vorbereiteten „Tages X“ zur Beseitigung der DDR.

## **6. Abschließende Gedanken**

Es stellt sich die Frage, ob die Ereignisse um den 17. Juni 1953 – angesichts der außerordentlich komplizierten Lagebedingungen, ihren komplexen äußeren und inneren Ursachen – Anregungen für heutige Kämpfe um Friedenserhalt und für erneute Schritte hin zu sozialistischen Entwicklungen unter neuen Bedingungen geben können? Wir meinen: ja, wenn es um grundsätzliche Fragen geht, die auch in den turbulenten Monaten und Tagen um den 17. Juni 1953 erkennbar wurden.

- Der 17. Juni ist im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung der beiden Großmächte USA und Sowjetunion im Kalten Krieg und vor dem Hintergrund einer schweren innenpolitischen Krise in der DDR zu sehen. Die Geschichte zwischen 1945 und 1990 in Deutschland war eine permanente Auseinandersetzung zwischen zwei konträren Weltsystemen, zwei feindlichen Militärblöcken,

zwei gegnerischen Staaten, zwei grundverschiedenen Idealen und zwei andersartigen Entwürfen für die Zukunft.

In der Folge einer für sie strategisch wichtigen Entwicklung in der Sowjetunion sahen die USA eine Chance, zu erreichen, was ihr durch keinen heißen Krieg möglich geworden wäre. Im US-Plan zur Destabilisierung der sozialistischen Gemeinschaft nahm die DDR die Rolle eines Eckpfeilers ein. Mit der Beseitigung der DDR – so die Überlegung der Washingtoner Strategen – würde die Sowjetunion nicht nur einen strategischen Partner sondern zugleich ihr vorderstes Schild gegen die NATO verlieren. Inzwischen ist klar, dass es den USA nicht nur um die deutsche Einheit ging. Sie war nicht ihr Hauptziel. Sie war ein Mittel, um die Streitkräfte der UdSSR aus dem Zentrum Europas zu drängen.<sup>81</sup>

Die Sowjetunion sicherte ihre Einflussosphäre, sie verteidigte in und mit der DDR ihre westliche Grenze. Das war ihr legitimes Recht, welches am Ende auch die Westalliierten anerkennen mussten. Der 17. Juni 1953 brachte den Sozialismus in der DDR nicht zum Scheitern, sondern sicherte ihm Zeit – am Ende waren es noch 37 Jahre. Dass diese Chance nicht besser genutzt wurde, ist auch und nicht zuletzt der SED-Führung anzulasten, ebenso der andauernden Politik des Westens, den Osten politisch, wirtschaftlich und militärisch niederzuringen.

- Geschichtlich gesehen und auf das 20. Jahrhundert bezogen, waren die Vorgänge um den 17. Juni ein eher kleiner Vorgang in den vielen weltweiten Kriegen und Auseinandersetzungen, verursacht durch die Widersprüche des Kapitalismus unter imperialistischen Bedingungen. Und doch haben auch sie mit dem herausragenden Ereignis der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Russland zu tun, dem Anfang eines langen Kampfes zur Überwindung vorheriger Ausbeutergesellschaften. Es war Aufbruch und geschichtliches Neuland, begonnen unter unsäglichen Schwierigkeiten in Russland, das erst an der Schwelle zur Industrialisierung angekommen war, in der sich die Volksmassen noch nicht einmal die „Vorzüge“ der bürgerlichen Demokratie

---

<sup>81</sup> Egon Krenz: „Die Niederlage der DDR – Teil des Zusammenbruchs des real existierenden Sozialismus in Europa“, vorgetragen in Peking, Oktober 2016



erkämpft hatten. So musste der vier Monate junge Sowjetstaat mit dem Diktatfrieden von Brest-Litowsk Flächen abtreten, auf der sich 34 Prozent der Gesamtbevölkerung, 54 Prozent der Industrieanlagen und 90 Prozent seiner Kohlegruben befanden. Immer wieder mussten auch konterrevolutionäre Aufstände und ausländische Interventionen bekämpft werden.

Wer kann leugnen, dass der mit großen Opfern verbundene Sieg der Sowjetunion über die faschistischen Aggressoren den Menschen zu verdanken ist, die binnen zweier Jahrzehnte aus einem rückständigen Agrar-Land eine Macht entwickelten, die imperialistischen Aggressionen zu trotzen vermochte. Und die mit ihrem Eingreifen und weiterer Unterstützung der sozialistischen Entwicklung in der DDR und in anderen Volksdemokratien über Jahrzehnte Gestaltungsmöglichkeiten verschafften.

- Die Verschlechterung der innenpolitischen Lage in der DDR in den frühen 50er Jahren resultierte vor allem aus den sowjetischen Befürchtungen eines heraufziehenden, US-geführten 3. Weltkrieges. Diese Befürchtungen waren real. Sie ergaben sich aus der Verschärfung des Kalten Krieges durch die Westmächte, die offen den Übergang zu einer Politik der Beseitigung sozialistischer Regime proklamierten und in Korea schon zum heißen Krieg übergegangen waren. Unreal waren jedoch die sich hieraus ergebenden weitreichenden personellen und materiellen Anforderungen, welche die Sowjetunion hieraus an die DDR stellte und diese überfordern musste. Es war eine Konsequenz sowjetischer Führung in Auswertung des 17. Juni 53, diese Forderungen weitgehend zurückzunehmen und durch umfangreiche Unterstützungsmaßnahmen zu ersetzen. Das führte zu einer stabilisierenden Wirkung in der DDR.
- Bemerkenswert ist, dass während der 1952 entstandenen schwierigen innenpolitischen Lage in der DDR in der BRD ein „Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands“ gegründet wurde. Seine Aufgabe bestand darin, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur und Politik im Sinne der Anpassung an das westdeutsche Gesellschaftsmodell zu strukturieren und konkretisieren. Man wollte für den „Tag X“

gewappnet und im Augenblick der Öffnung des „strategischen Fensters“ zur Stelle sein. Bemerkenswert sind hierbei übernommene Anleihen aus NS-Erfahrungen der Einverleibung Österreichs 1938 sowie der Zerstückelung Polens durch Annexion der Westprovinzen und die Gründung eines sogenannten Generalgouvernements 1939. Hierbei wurden u. a. mit einer Währungsunion die annektierten Territorien schlagartig von ihren ökonomischen Außenbeziehungen abgetrennt und für einen radikalen Durchdringungsprozess seitens der eigenen Unternehmen geöffnet.

Der Forschungsbeirat trat zwar in den 70er „Entspannungsjahren“ zeitweilig in den Hintergrund, erlebte aber in der Ära Kohl sein „come back“. Noch rechtzeitig genug, um seine Erfahrungen in Gestalt der „Treuhandanstalt“ für die Abwicklung des Volkseigentums in der DDR wirksam werden zu lassen.<sup>82</sup>

So lagen bereits konkrete Empfehlungen über die Enteignung der volkseigenen Betriebe, zur Rücknahme der Bodenreform, zur Währungsreform, zur Zerschlagung der Gewerkschaften und vieles andere vor.

- Die Vorbereitungen und die Organisierung eines versuchten konterrevolutionären Umsturzes in der jungen DDR haben die herausragende Rolle der Medien wohl zum ersten Mal in dieser Dimension und Wirksamkeit gezeigt. Es ist deshalb in diesem Zusammenhang lehrreich, die Einschätzungen eines Cheforganisators in diesen Junitagen zu wiederholen: *„Zum ersten Mal wurden Verantwortung und Macht eines elektronischen Mediums deutlich, das ohne den zeitraubenden Vorgang des Denkens und ohne von Grenzen aufgehalten zu werden, Menschen verbindet, die am Lautsprecher hängen, und sie innerhalb weniger Stunden zu gleichem Verhalten veranlaßt.“*<sup>83</sup>

Entlarvend erscheint die Verknüpfung von *„ohne den zeitraubenden Vorgang des Denkens“* mit *„Menschen verbindet“*. Diese Manipulation des Denkens haben viele Demonstrationsteilnehmer im Juni 1953 angesichts sozialismusfeindlicher Losungen, Gewalt, Mord und Terror selbst

<sup>82</sup> Grundlage: Karl Heinz Roth: Die westdeutschen Planungen zur Übernahme der DDR 1952-1990, 2.Auflage 2016

<sup>83</sup> Vgl. Bahr: Zu meiner Zeit, a .a. O., S. 80

nachvollziehen können, begangen von Menschen, mit denen sie sich nicht verbunden fühlten. Die Parallelen zu den heutigen „bunten Frühlingsrevolutionen“ in Nahost haben die vervielfachten Möglichkeiten der Medien deutlich gezeigt. Sie zeigen auch, dass die von monopolkapitalistischen Interessen getriebenen und gesteuerten Aktionen Widersprüche und berechtigte Forderungen in bestimmten Ländern aufnehmen, anheizen und in ihrem Sinne zu steuern versuchen. Die Ergebnisse zeigen wiederholt die Unmöglichkeit, solche Prozesse zu beherrschen, sie stürzen ganze Regionen in Chaos und destabilisieren die Lage in nicht gewünschter Richtung. Die Folgen sind schlimme „Kollateralschäden“ auf Kosten der betroffenen Länder und Menschen.

- Wenn die Westmächte hinsichtlich des Verhaltens in den kritischen Tagen Zurückhaltung übten, dann muss dies hinsichtlich ihrer strategischen Zielstellung, insbesondere der USA, natürlich relativiert werden. Die Beseitigung der DDR war Bestandteil ihrer strategisch ausgerichteten Roll-back-Politik – also: kein Zufriedengeben mit einer Eindämmung sowjetischer Einflussphären, sondern mit deren schrittweise Beseitigung. Und ihr Hauptverbündeter und zugleich Speerspitze in Westeuropa, die Bundesrepublik Deutschland, kannte kein wichtigeres Ziel, als die Beseitigung der DDR und die Wiedergewinnung „verlorener Gebiete“ – von Anfang an. Aber auch er hatte gelernt, dass strategische Ziel selten kurzfristig und ohne ausreichende Vorbereitung durchsetzbar sind. Auch in der Nachkriegsentwicklung in Europa hat sich gezeigt, dass die Triebkräfte für Kriege und Konterrevolutionen vom Monopolkapital ausgehen. Es ist unersättlich und getrieben von den seinem System innewohnenden Gesetzmäßigkeiten. Die Vorgänge um den 17. Juni 1953 hätten einen erneuten Weltkrieg auslösen können. Auch die gegenwärtige Lage ist gekennzeichnet von menscheitsgefährdender Aggressionspolitik der USA unter Einschluss der NATO. Die Herausbildung neuer Kraftzentren in der Welt mit atomarem Potential erhöht diese Gefahr.
- Die Entwicklungen vor und nach dem 17. Juni 1953 haben bestätigt, dass eine Umwälzung zu einer grundsätzlich anderen,

höheren Gesellschaftsordnung (Friedrich Engels bezeichnete den Übergang zum Sozialismus/Kommunismus als einen Übergang zur eigentlichen Menschwerdung des Menschen), ein langwieriger, komplizierter, nicht rückschlagfreier Prozess ist. Die Entscheidung der SED-Führung für einen Weg in diese Richtung war eine mutige Entscheidung, wie sie in der Geschichte der menschlichen Gesellschaften von jeher auf einer bestimmten Entwicklungsstufe und oft in einem engen Zeitfenster getroffen werden mussten, auch ohne Garantie auf Erfolg. *„Das sozialistische Staatseigentum schuf die Voraussetzungen für Schritte zur Sicherung einer friedlichen Welt und sozialen Gerechtigkeit. Es verhinderte Profitwirtschaft, Preistreiberei und Spekulationen mit lebenswichtigen Gütern. Es unterband, solange es bestand, den Ausverkauf des Staates DDR an fremde Mächte. Es war die Grundlage für eine wirtschaftliche Entwicklung unter schwierigsten Bedingungen, mit geringer Verschuldung.“*<sup>84</sup>

Die Entwicklung einer geschichtlich neuen, sozialistischen Gesellschaft ist ein suchender, dennoch nicht planloser Prozess. Dieser ist geprägt von materiellen Bedingungen, den inneren und äußeren politischen Kräfteverhältnissen, der Stärke der handelnden Menschen. Revolutionäre Forderungen und deren Verwirklichung spielen auch heute eine bedeutsame Rolle für vorwärts führende Entwicklungen, wie z.B. auch die Vorgänge und Ergebnisse auf dem südamerikanischen Kontinent zeigen.

Bemerkenswert hierbei sind Zielstellungen, die, nach Brechung des kapitalistischen Machtmonopols, auf ein entsprechend den kulturellen Gegebenheiten gutes Leben, ohne überflüssigen Massenkonsum und im Einklang mit der Natur orientieren.

*„Die profitgetriebene Gesellschaft mit ihrem Wachstumswahn, ihrer Ellenbogenmentalität, ihrer sozialen Polarisierung ist nicht zukunftsfähig. Die Frage, wie ein gutes Leben für alle möglich sein könnte, wird zur wichtigsten Frage, weil diese zur Überlebensfrage wird.“*<sup>85</sup>

- Maßgeblich für die Niederlage einer erstmals auf deutschem Boden existierenden sozialistischen Ordnung war offenkundig,

<sup>84</sup> Klaus Blessing, 95 polemische Thesen gegen die herrschende Ordnung, edition berolina 2017

<sup>85</sup> Harry Nick, Ökonomiedebatten in der DDR, GNN Verlag Schkeuditz 2011

dass die junge DDR (und die anderen neu entstandenen Volksdemokratien) in politischer, ökonomischer und militärischer Hinsicht von der Sowjetunion und deren Entwicklung abhängig waren. Ihren historischen Verdiensten beim Sieg über den Hitler-Faschismus, ihrer Stärke und ihrem weltpolitischen Einfluss war es einerseits zu verdanken, dass die DDR über Jahrzehnte existieren und sich auch entwickeln konnte. Andererseits waren Fehlentwicklungen in der jungen DDR (und auch später) im Anspruch der KPdSU begründet, ihre spezifischen sowjetischen Konzeptionen und Erfahrungen als den optimalen, Sieg versprechenden Weg für alle Länder auf sozialistischem Entwicklungsweg nicht nur zu empfehlen, sondern auch mittels ihres Einflusses durchzusetzen.

Verbunden mit eigenen Überspitzungen und dogmatischem Vorgehen wurden nicht selten unrealistische Lageeinschätzungen und für die Werktätigen in der DDR oft nicht nachvollziehbare, auch widersprüchliche Entscheidungen und Verlautbarungen veröffentlicht. Das führte gerade auch in den Zeiträumen vor und in den Junitagen 1953 zu Vertrauensverlust bei den Werktätigen und zu Verunsicherungen in der Parteibasis.

Die ungenügende Beachtung historischer deutscher Entwicklungen und Besonderheiten trugen dazu bei, dass die SED die notwendige führende Rolle bei der Schaffung von Grundlagen für eine sozialistische Entwicklung nur unvollkommen wahrnehmen konnte. Dies alles kam inneren und äußeren Feinden zugute.

- Es hat sich gezeigt, welche große Bedeutung der Umsetzung grundlegender, bereits revolutionärer Forderungen zukam, wie: Überführung lebenswichtiger Bereiche in gesellschaftliches bzw. genossenschaftliches Eigentum an Grund und Boden, in der Industrie, im Verkehrswesen.

Die Schaffung entsprechender gesellschaftlicher Bedingungen ermöglichten es u. a., schon sehr früh ein modernes Bildungssystem und Zugang zu Kultur ohne Vermögensgrenzen, die Sicherung lebenswichtiger Grundlagen, wie: preiswerte Elektrizität, Wasser, Wohnraum, Verkehrsmittel und – übergreifend – das Recht auf Arbeit für jeden zu sichern. So konnten sich in einer Gesellschaft, frei von dominierender Profitorientierung, zwischenmenschliche Beziehungen entwickeln, die sich widerspiegeln in Kollektivität, Solidarität und humanistischer Grundhaltung. Lebensinhalte, die

auch heute noch von vielen DDR-Bürgern schmerzlich vermisst werden.

Das wirkte, trotz aller Enttäuschungen über die Verschlechterung der Lebensbedingungen in den Jahren 1952/1953, in den folgenden Jahrzehnten letztendlich stabilisierend. Und nicht zuletzt hat es durch ein hart erkämpftes militärisches Gleichgewicht und entsprechend grundsätzlicher sozialistischer Interessenlage bis zur "Wende" keinen heißen Krieg in Europa und keine deutschen Soldaten auf internationalen Kriegsschauplätzen gegeben.

Auch wenn die äußeren und inneren Bedingungen für einen dauerhaften Übergangsprozess noch nicht ausreichten, so hatte die DDR doch die Möglichkeit, nach Wegen zu suchen und auch Erfahrungen zu gewinnen, wie unter den spezifischen und komplizierten deutschen Bedingungen sozialistische Verhältnisse entwickelt werden konnten. Viele dieser dem Sozialismus wesenseigenen Züge haben positive Spuren für die menschliche Entwicklung hinterlassen.

Sie sind unter kapitalistischen Verhältnissen grundsätzlich nicht realisierbar, weil sie dem Wesen der Profitwirtschaft und der mit ihr zusammenhängenden gesellschaftlichen Prozessen widersprechen. Deshalb sind diese Erfahrungen in ihrem Kern kostbares Erbgut für eine zukünftige, tatsächlich menschliche Welt.

*„ Der Sozialismus des vergangenen Jahrhunderts war legitim... Wer für einen neuen Sozialismus kämpfen will, muss sowohl die Vorzüge als auch die Unvollkommenheiten des vergangenen analysieren. “*<sup>86</sup>

- Es wäre unredlich, in Anbetracht der furchtbaren Kriegsoffer und Kriegsfolgen, des faschistischen Erbes, der geschichtlichen Bestimmung für das geteilte Deutschland, ein Schwerpunkt in der Systemauseinandersetzung zu sein, den Blick für die außerordentlichen Leistungen der Bürger der jungen DDR, der SED als führender Partei und der mit ihr verbündeten Parteien und Massenorganisationen zu verlieren. Sie haben unter schwierigsten Bedingungen, unter unablässigen Versuchen sozialismusfeindlicher innerer und mächtiger äußerer Kräfte, die DDR zu beseitigen, ihr Bestes gegeben. Sie haben trotz Abhängigkeiten und Fehlern, trotz massiver Angriffe äußerer und

---

<sup>86</sup> Zitiert aus: Diskussionsbeitrag von Egon Krenz, Forum in Peking, Oktober 2016

innerer Feinde sozialismusorientierte Wege und Lehren für die folgenden Zeitabschnitte und für die Zukunft aufgezeigt. Das bleibt unvergessen!

- Die Vorgänge vor und nach dem Ende des furchtbaren 2. Weltkrieges haben die Kontinuität des dem kapitalistischen System innewohnenden Dranges nach Expansion nachgewiesen. In der Zeit nach dem 2. Weltkrieg sind inzwischen 248 Kriege geführt worden, davon 81 Prozent mit aktiver Beteiligung der USA. In diesen Kriegen wurden 30 Millionen Menschen getötet – davon rund 90 Prozent Zivilisten.<sup>87</sup>

Zu Ende des 2. Weltkrieges hatte Stalin auf der Konferenz in Jalta erklärt, dass Festlegungen getroffen werden müssten, die in Europa in den kommenden 50 – 75 Jahren keine Kriege zuließen. Mit der Zerschlagung Jugoslawiens und dem wortbrüchigen Vormarsch der Nato bis an die russischen Grenzen hat der Westen seine wahren Ziele dokumentiert – verbunden mit aggressiver Politik und antirussischer Rhetorik. Die Folgen sind offensichtlich. Die Welt ist nicht friedlicher, nicht sicherer und auch nicht gerechter geworden. Unter den heutigen Bedingungen akuter imperialistischer Aggressionen in aller Welt – mit Potential für die Auslösung eines 3. Weltkrieges – ist es vordringliche Aufgabe, die Friedensbewegungen weltweit – unter Zurückstellung aller politischen, weltanschaulichen und sonstigen Unterschiede und Divergenzen – zu stärken und ihre Zersplitterung zu überwinden.

---

<sup>87</sup> Klaus Blessing, 95 polemische Thesen gegen die herrschende Ordnung, S. 20, edition berolina, Berlin 2017

## Literaturempfehlungen

- *Andrä, Kurt: Zum Umgang mit der Geschichte – Der 17. Juni 1953. Schriftenreihe der KPD, Berlin Februar 2003, ISBN 1433-6375*
- *Autorengemeinschaft: Spurensicherung. Zeitzeugen zum 17. Juni 1953. GNN Verlag, Schkeuditz 1999, ISBN 3-932725-80-8*
- *Bentzien, Hans: Was geschah am 17. Juni? Vorgeschichte-Verlauf-Hintergründe. edition ost, Berlin 2003; ISBN 3-360-01042-6; Neuauflage edition ost, Berlin 2013; ISBN 978-3-360-01843-4*
- *Blessing, Klaus: Die sozialistische Zukunft. Kein Ende der Geschichte! edit. berolina, Berlin 2014, ISBN 978-3-86789-831-7*
- *Blessing, Klaus: 95 polemische Thesen gegen die herrschende Ordnung – eine Streitschrift für eine gerechtere Welt, edition berolina 2017, Berlin ISBN 978-3-95841-064-0*
- *Bratanovic, Daniel u. a.: 100 Jahre Oktoberrevolution – Irrgang oder Ausweg? edition berolina, ISBN 978-3-95841-080-0*
- *Buchholz, Erich: Unrechtsstaat DDR? Rechtsstaat BRD? Ein Jurist antwortet. edition ost, Berlin 2006; ISBN 978-3-360-01077-03*
- *Buchholz, Erich: Totalliquidierung in zwei Akten-Juristische Annexion der DDR. Kai Homilius Verlag, Berlin 2009,*
- *Buchholz, Erich: DDR-Strafrecht unterm Bundesadler. Kai Homilius Verlag, Berlin 2011; ISBN 978-3-89706-831-5*
- *Buchholz, Erich: Dem Unrecht wehren. Edition Zeitgeschichte. Kai Homilius Verlag, Berlin 2006; ISBN 978-3-360-01077-3*
- *Clausner, Wolfgang: RotFuchs, Heft 8/2012, Beilage sowie RotFuchs, Heft 6/2013, Beilage*
- *Diedrich, Torsten/Hertle Hans Hermann (Hrsg.): Alarmstufe „Hornisse“ – Die geheimen Chefberichte der Volkspolizei über den 17. Juni 1953, Metropol, Berlin 2003, ISBN 3-936411-27-1*



- *Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde (GBM e.V.): Standpunkt zum 17. Juni 1953, in: jungeWelt vom 10. April 2013*
- *Graf, Herbert: Interessen und Intrigen: Wer spaltete Deutschland? Ein Exkurs über Internationale Beziehungen. edition ost, Berlin 2011, ISBN 978-3-360-01818-2*
- *Graf, Herbert: Mein Leben. Mein Chef Ulbricht. Meine Sicht der Dinge. edition ost; Berlin 2008, ISBN 978-3-360-01097-1*
- *Grimmer/Irmeler/Opitz/Schwanitz: Die Sicherheit. Zur Abwehrarbeit des MfS. edition ost, HC-Ausgabe Berlin 2002, PB-Ausgabe Berlin 2003, ISBN 3-360-01030-2; Lizenzausgabe bei „Unsere Buchempfehlungen“, Berlin 2012; Artikel-Nr: 70320*
- *GRH e. V. (Hrsg.): Siegerjustiz? Die politische Strafverfolgung infolge der deutschen Einheit. Edition Zeitgeschichte, Kai Homilius Verlag, Berlin 2003; ISBN 3-89706-887-7*
- *Großmann, Werner/Schwanitz, Wolfgang (Hrsg): Fragen an das MfS. edition ost, Berlin 2010; ISBN 978-3-360-01813-7*
- *Huhn, Klaus/Frischbier, Peter: Was ein Yankee über Saalfeld/DDR weiß. Spotless im Verlag Das Neue Berlin, Berlin 2011; ISBN 978-3-360-02056-7*
- *Nick, Harry: Ökonomiedebatten in der DDR. GNN-Verlag, Schkeuditz 2011; ISBN 978-3-89819-366-5*
- *Ostermann, Christian: Die USA und der Aufstand vom 17. Juni 1953 in: Deutschland Archiv, Mai/Juni 1997, ISSN 0012-1428*
- *Otto, Wilfriede: Die SED im Juni 1953. Interne Dokumente. (Reihe: Texte/Rosa-Luxemburg-Stiftung; Bd. 10) Karl Dietz Verlag, Berlin 2003; ISBN 3-320-02045-5*
- *Prokop, Siegfried: Der 17. Juni 1953 – Geschichtsmythen und historischer Prozess. hefte zur ddr-geschichte Nr. 81; Helle Panke, Berlin 2003*

- *Roesler, Jörg: Der 17. Juni 1953 – Aufstand gegen die Norm?. hefte zur ddr-geschichte Nr. 82, Helle Panke, Berlin 2003*
- *Roesler, Jörg: Artikelserie „Der 17. Juni 1953“, in: jungeWelt, Teil I (28. 01. 2013), Teil II (6. 03. 2013), Teil III und Teil IV*
- *Roth, Karl Heinz: Anschließen, angleichen, abwickeln – Die westdeutschen Planungen zur Übernahme der DDR 1952 – 1990, edition berolina, Berlin 2015, ISBN 978-3-95841-027-5*
- *Sarge, Günther: Im Dienst des Rechts. Der oberste Richter der DDR erinnert sich. edition ost, Berlin 2013, ISBN 978 -3-360-01844-1*
- *Schneider, Horst: Hysterische Historiker. Verlag Wiljo Heinen, Böklund 2007, ISBN 978-3-939828-14-3*
- *Schneider, Horst: Zur Funktion des „17. Juni“ in der BRD. offensiv, Heft 6/2003*
- *Schwarz/Judick/Buschfort: Wie kam es zum 17. Juni 1953? hefte zur ddr-geschichte Nr. 80; Helle Panke, Berlin 2003*
- *von Denkmann, Justus: der fall erna dorn. betrifft: 17. juni 1953. Spotless-Reihe Nr. 138; ISDN 3933544-64-5*
- *Wolff, Friedrich: Verlorene Prozesse. Meine Verteidigung in politischen Verfahren 1952 – 2003. edition ost, Berlin 2003; ISBN 978-3-360-01800-7*
- *Wolff, Friedrich: Einigkeit und Recht. Die DDR und die deutsche Justiz. edition ost, Berlin 2005; ISBN 3-360-01062-0*
- *Wolff, Friedrich: Ein Leben. Vier Mal Deutschland. Erinnerungen: Weimar, NS-Zeit, DDR, BRD. PapyRossa-Verlag, Köln 2013*



## Impressum

Herausgeber:

Vorstand der Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären  
Unterstützung (GRH ) e.V.,

Mitglied des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden (OKV).

Vorsitzender: Rechtsanwalt Hans Bauer;

Geschäftsführer: Dieter Stiebert

Geschäftsstelle des Vorstandes: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,

Tel./ Fax : 030/2978 4225

Internet: [www.grh-ev.org](http://www.grh-ev.org)

E-Mail: [verein@grh-ev.org](mailto:verein@grh-ev.org)

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Dienstag & Donnerstag, jeweils 9.00 bis 16.00 Uhr

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die „Informationen“ dienen der Unterrichtung der Mitglieder und Sympathisanten der GRH e.V. und dürfen bei Behörden nicht als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Spenden zur materiellen Unterstützung von Opfern der politischen Strafjustiz und zur Finanzierung weiterer humanitärer Tätigkeit der GRH e.V. werden erbeten auf das

**Konto der Berliner Volksbank, IBAN DE53 1009 0000 5788 9000  
09, BIC BEVODEBB**